

Ore 10.03

Vorsitz: Präsident Pahl
Presidenza del Presidente Pahl

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.
Ich bitte um den Namensaufruf.

MINNITI: *(Sekretär): (ruft die Namen auf)*
(segretario): (fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Danke für den Namensaufruf.
Entschuldigt hat sich der Abg. Dellai für den Vormittag, weiters die Kollegen Grisenti und Holzmann.
Ich verlese das Protokoll.

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine. Somit gilt es als genehmigt.

PRÄSIDENT: Meine Damen und Herren, zum Fortgang der Arbeiten: Wir haben jetzt zwei Tage nicht nur über den Haushalt diskutiert, sondern auch über die zwei Dienstreisen Moskau und Budapest. In Zusammenhang mit den zwei Dienstreisen glaube ich, dass darüber genug gesagt worden ist, sodass sich jede weitere Wortmeldung in dieser Sache erübrigt. Deshalb möchte ich diese jetzt auch nicht mehr zulassen, weil sie nicht mehr auf der Tagesordnung stehen, und somit ist die Diskussion zum Antrag auf die Einsetzung zweier Untersuchungskommissionen beendet. Es erfolgt nach Abschluss der Generaldebatte zum Haushalt nur noch die Abstimmung über die zwei Kommissionen und wir wissen bereits, dass es eine breite Mehrheit für die Einsetzung dieser zwei Kommissionen geben wird. Unabhängig davon hat die Regionalregierung von sich aus eine Untersuchung eingeleitet – das ist ihre Sache. Die zwei Kommissionen werden morgen von mir eingesetzt, bis morgen um 10 Uhr sind sie vollständig. Die Mehrheitsparteien haben mir ihre Vorschläge bereits in inoffizieller Form übermittelt, offiziell werde ich sie noch erhalten. Ich bitte die Oppositionsparteien, mir bis heute Abend ihre Vorschläge bekannt zu geben. Es trifft noch einen deutschen Vertreter der Opposition, des Proporz wegen, und jeweils einen Vertreter der Opposition. Geben Sie mir Ihre Vorschläge bekannt. Wenn es einen einheitlichen Vorschlag der Opposition gibt, nehme ich sie so, wie sie vorgeschlagen werden. Bekomme ich bis heute Abend die Vorschläge nicht, dann setze ich sie ein, so wie ich es für richtig halte, nach der Stärke der Vertretung im Regionalrat.

Ich bitte aber jetzt, dass wir die Diskussion zum Haushalt,
Gesetzentwurf Nr. 47: Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 2002 und dreijähriger Haushalt

2002-2004 (eingebracht vom Regionalausschuss) fortsetzen und die Diskussion zu den anderen Fragen nicht mehr berühren, weil das Sache der Kommissionen ist, die ja ganz sicher eingesetzt werden, nachdem ein breiter Konsens da ist. Diese Kommissionen sollen dann bis zum 31. Jänner ihre Arbeiten abschließen. Sie bekommen hier im Regionalrat von mir auch einige Unterlagen, einschließlich der Aussagen der beiden Vizepräsidenten Grandi bzw. Atz. Die Zeitungen haben Sie selbst alle gelesen und wissen, was dort drinnen steht. Dann können die Kommissionen ihre Arbeiten also aufnehmen. Ich erinnere daran, dass die Kommissionen ihre Arbeiten so schnell wie möglich machen sollen, aber ich hoffe, dass nicht laufend Presseerklärungen gegeben werden, bevor die Kommissionen den Bericht abgeliefert haben. Der ist dann dem Präsidenten des Regionalrates zu übergeben. Auf jeden Fall wird die Sitzung heute bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen weitergeführt. Damit bitte ich um die nächsten Wortmeldungen.

Abg. Pöder, bitte.

PÖDER: Vielen Dank, Herr Präsident. Ich werde also die Worte Dienstreise, Grandi und Atz nicht mehr in den Mund nehmen. Ich werde mich hüten, das Wort Zaffi zu erwähnen. Ich werde auch nicht mehr von Millionen reden, schon gar nicht von 40 Millionen und von Autos usw.

Ich habe nur eine einzige Frage, die ich gerne geklärt hätte. Sie werden verzeihen, denn es hat nur indirekt mit dieser Sache zu tun. Wenn wir hier über den Haushalt und über Auskünfte zum Haushalt reden, dann bekommen wir sie sei es vom zuständigen Regionalassessor und natürlich auch von der Regionalausschusspräsidentin. Nun haben wir von der Regionalausschusspräsidentin - zumindest in den Medien - verschiedene Aussagen erhalten. Ich muss Ihnen gestehen, ich habe gerade gelesen, dass die Regionalausschusspräsidentin über den Vorfall, den ich hier nicht mehr erwähnen soll, doch zu einem früheren Zeitpunkt informiert war, als sie es ursprünglich angegeben hatte. Herr Präsident, Sie werden verstehen, dass ich mich und auch andere Kolleginnen und Kollegen hier nicht gerne anlügen lassen. Ich behaupte nicht, dass ich angelogen wurde. Ich sage nur, dass ich mich nicht gerne anlügen lasse, schon gar nicht von einem Regierungsmitglied, schon gar nicht von der Präsidentin der Regionalregierung und schon gar nicht während einer Haushaltsdebatte, wo ich dann noch Fragen habe und schließlich nicht mehr weiß, ob die Antworten dann so richtig sind oder am nächsten Tag wieder richtiggestellt werden, relativiert, dementiert oder in irgendeiner Form interpretiert werden. Also wurde von der Präsidentin des Regionalausschusses in der Angelegenheit der Zeiten bezüglich der Vorfälle, über die wir hier nicht mehr sprechen sollen, die Unwahrheit gesagt? Warum wurde ursprünglich eine Version angeboten über die Tatsache, wann sie vom Vorfall der Verhaftung erfahren hat, und warum wurde diese Version jetzt revidiert? Zumindest wird das in den Medien so kolportiert. Es steht heute da geschrieben „Ja, ich wusste von Zaffi und ich wurde um 10.00 Uhr Vormittags informiert“. Ursprünglich hat es bisher eine andere Version gegeben. Also was stimmt jetzt, und warum wurde die Unwahrheit gesagt?

PRÄSIDENT: Ich glaube, dass das alles in den Untersuchungskommissionen geklärt werden kann. Da haben sie die Zeit, denn...

....Die Präsidentin wird ja die Replik nach der Diskussion geben und dann ist sie frei zu sagen, was sie sagen will.

Der nächste Redner ist der Abg. Taverna. Er hat das Wort.

TAVERNA: Signor Presidente, ho chiesto di parlare sull'ordine dei lavori, perché nel corso dell'intervento di ieri ho sollecitato la Presidente della Giunta a riferire, circa la mancata produzione del decreto di affidamento delle deleghe alla collega Dominici. Prego? Bene, volevo sapere di questo. Prendo atto che è stato firmato il decreto di conferimento delle deleghe all'assessore Dominici. Grazie.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Divina. Er hat das Wort.

DIVINA: Presidente, voglio parlare anch'io sull'ordine dei lavori. Credo non sia né possibile, né fruttuoso affrontare, come nulla fosse, la discussione sul bilancio della Regione. Presidente del Consiglio, una proposta che lei deve poi recepire e fare sua. Noi ieri abbiamo chiesto le dimissioni della Presidente Cogo, perché per ben due volte in aula ha manifestato dichiarazioni palesemente false, che oggi essa stessa confessa sui due quotidiani locali, di più, cosa che noi non conoscevamo, anche il Presidente Grandi sembra che abbia dato versioni dei fatti non corrispondenti a verità, la stessa Presidente invita il suo Vice a dimettersi. C'è una questione istituzionale di una gravità tale che non può passare in secondo piano e nessun consigliere è in grado tranquillamente di esprimersi su numeri, quando questioni così gravi restano irrisolte.

E' bene che lei, Presidente, inviti la Giunta regionale, tutta, a rassegnare le dimissioni o ad impegnarsi di rassegnare le dimissioni, visto che la stessa Presidente pretende le dimissioni del Vicepresidente, mentre l'aula, a pieno diritto, pretende anche le dimissioni della Presidente Cogo. Dopo di che convochi immediatamente i capigruppo, convochi le rappresentanze di tutte le forze politiche e si trovi un accordo per approvare in tempi snelli il bilancio in questa giornata. Tutti saremo responsabili nel non far patire all'istituzione il fatto, che potrebbe anche non essere scontato, la possibilità di non arrivare oggi all'approvazione del bilancio. Le forze politiche, parlo per la mia, ma credo che tutte le opposizioni siano d'accordo nel dare corso all'approvazione del bilancio della Regione, fermo però che dall'altra parte ci vuole una grande responsabilità

La pantomima ha raggiunto livelli ormai di un disgusto inaccettabile, è bene che questa Giunta rassegni le dimissioni. Una volta che questo fatto avvenga, tutte le opposizioni aiuteranno affinché il bilancio passi nel migliore dei modi, nella giornata e nei tempi ristretti.

Presidente, una cosa che lei ieri non ha voluto recepire, che devo ribadire purtroppo, come Presidente del Consiglio inviti la Presidente della Regione a bloccare immediatamente quella falsa commissione interna e lasciamo che su questa vicenda operino le commissioni politiche, perché quello che possiamo leggere oggi, bocche cucite all'interno di tutti i dirigenti, se quella

commissione interna è diretta e presieduta dalla stessa Presidente Cogo, non può essere una commissione che fa luce su tutta la vicenda.

Da voci che circolano, si sa già delle prese di posizione della Presidente della Regione nei confronti di dirigenti e funzionari, che ha impedito ad ognuno di parlare, se non concordando con la stessa Presidente quale versione dei fatti sia da dare. Quella commissione interna è già stata falsata, si blocchi e si lascino le commissioni politiche che sono libere, aperte e scevre e queste commissioni la trasparenza la garantirebbero, non quella che mette in piedi la falsa, ipocrita commissione interna della Presidente Cogo.

PRÄSIDENT: Abg. Divina, ich möchte informieren, dass in der Kommission, die die Regionalregierung eingesetzt hat, keine Politiker vertreten sind. Sie wird vom Generalsekretär Avv. Conci geleitet, also nur auf Beamtenebene.

Zweitens: wenn die Regionalregierung eine Kommission einsetzt, so kann sie es tun. Aber der Regionalrat hat seine eigenen Kommissionen und schon vom Rang her steht der Regionalrat als Legislative über der Administration. Das versteht sich von selbst. Und seine Kommissionen werden sich davon nicht in irgendeiner Weise konventionieren lassen. Das ist klar.

Was den Misstrauensantrag betrifft, habe ich schon gestern gesagt, er wird am ersten Sitzungstag im Jänner als Punkt 1 behandelt.

Der nächste Redner ist der Abg. Seppi. Er hat das Wort.

SEPP: Come mai solo tre minuti, Presidente? Io volevo intervenire sul dibattito generale.

PRÄSIDENT: Sì, però vi annuncio, come già detto, la seduta non termina prima dell'approvazione o non approvazione del bilancio, ve lo dico solamente, anche se rimaniamo qui fino alle sei di mattina.

TAVERNA: La ringrazio, signor Presidente. La voglio tranquillizzare, nessuno di noi intende, credo, bloccare l'approvazione del bilancio, però, signor Presidente, visto come si stanno mettendo le cose, mi rivolgo alla Presidente della Giunta, alla Giunta nel suo complesso, alle forze di maggioranza, a tutto il Consiglio, ritengo che si debbano, a questo proposito ed in via del tutto preliminare, fare due considerazioni, altrimenti corriamo il rischio di essere confusi in una sorta di magmatica assemblea, nella quale nessuno più è in grado di uscire con dignità.

Signor Presidente del Consiglio, mi rivolgo a lei perché in questo momento lei ha un incarico importante e delicato di rappresentare, al di sopra delle parti, l'intera assemblea legislativa, mi rivolgo a lei perché ieri si è assistito ad una commedia che ha risvolti anche tragici, nei confronti dei quali nessuno di noi può sopassedere.

Signor Presidente del Consiglio, nella assoluta garanzia che mi permetto di esprimere, a nome di Alleanza Nazionale, per quanto riguarda la questione relativa al bilancio, proprio per avviare un dialogo che porti a qualcosa di positivo, mi permetto di chiedere che l'approvazione del bilancio deve essere accompagnata dalla crisi formale e sostanziale della Giunta e chiedo pertanto ufficialmente le dimissioni della Giunta, ritengo che la Giunta

regionale abbia il dovere politico e morale di rassegnare le proprie dimissioni, anche perché in presenza di una situazione di siffatta natura è necessario rispondere all'opinione pubblica, alle nostre popolazioni con un atto di coraggio e di chiarezza politica, quindi mi permetto di rivolgermi alla Presidente della Giunta e al consiglio di portare, a nome di tutta la Giunta, le dimissioni e di offrire queste dimissioni al Consiglio regionale.

Questa è una tappa obbligata, correttamente valida sul piano istituzionale, al fine di sbloccare la situazione, al fine di rendere le cose più facili. E' vero, qualcuno lo ha detto, qualcuno lo ha scritto, al di là delle istituende commissioni di indagine, in questo momento si deve fare qualcosa di più coraggioso. Mi rivolgo in modo pressante ai colleghi della Giunta, alla Presidente della Giunta, affinché rassegnino immediatamente le dimissioni ed in questo modo io credo si possa spianare il cammino all'approvazione del bilancio in un contesto di assoluta chiarezza, sotto il profilo etnico, sotto il profilo politico e soprattutto sotto il profilo istituzionale.

PRÄSIDENT: Collega Seppi, ne ha facoltà.

...come già detto, la discussione sulla mozione di sfiducia si farà il primo giorno in gennaio. Prima non è possibile perché deve essere messo normalmente sull'ordine del giorno...

SEPPI: Grazie Presidente...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Il consigliere Valduga ha la parola.

VALDUGA: Presidente, le opposizioni hanno presentato una mozione di sfiducia a questa Giunta, che non solo non ha saputo governare la Regione in questi anni, cosa che può essere nei limiti umani, ognuno dà quello che può dare, ma questa Giunta sta infangando la istituzione Regione, perché la sua Presidente e i due Vicepresidenti si sono resi artefici di comportamenti e di atti che sono stati censurati da parte dell'assemblea, ma quello che è più, sono censurati dall'opinione pubblica, la quale è disorientata di fronte non tanto e non solo all'uso più o meno corretto dei soldi, non tanto e non solo alla capacità di custodire i beni propri, le automobili, ma soprattutto dalla squallida commedia, messa in atto per cercare di nascondere le proprie responsabilità, squallida commedia che ha visto come protagonisti in assoluto la Presidente Cogo, di cui noi avevamo la netta coscienza della sua incapacità amministrativa, ma non avevamo ancora la coscienza della sua pochezza dal punto di vista etico e morale.

Il Vicepresidente Grandi, che da questo punto di vista è notorio di essere capace di tutto e del contrario di tutto, anche in questa situazione non solo si è rivelato meschino e vigliacco, ma anche fedifrago, capace di raccontare bugie e addirittura nelle interviste mandare messaggi mafiosi rispetto a persone che gli sono state vicine. Vorrei che una volta per tutte il signor Grandi ci dicesse in che cosa ha aiutato Zaffi e la moglie di Zaffi lo sa,

perché vorremmo sapere se lo ha aiutato nel fare carriera, nel nascondere soldi, in che cosa.

Ebbene, questi personaggi squallidi devono togliere il campo ed allora, Presidente, non occorre aspettare il 15 gennaio, lo possono fare già da oggi, rassegnare spontaneamente le dimissioni, per dare un minimo di credibilità all'istituto Regione. Nel momento in cui questi signori tolgono la loro presenza, si mettono da parte e riconducono all'aula e alle forze politiche la possibilità di editare una nuova Giunta regionale, credo che le opposizioni – io parlo per quanto riguarda il Centro-UPD – non abbiano difficoltà, anche alla luce degli emendamenti che sono stati proposti, a procedere nella trattazione e nel varo del bilancio, che noi sappiamo essere comunque il documento portante della vita dell'ente.

Dico comunque, anche se ci troviamo di fronte ad un bilancio che è di tipo ragionieristico, che non ha alcuna prospettiva dal punto di vista progettuale e che è la squallida e bigia produzione di questa Giunta, che non ha idee, che ha solo la capacità di occupare posti, di fare intrallazzi, di spendere male i soldi della nostra comunità, ma noi potremmo esserci, correggendolo con gli emendamenti ed approvarlo e darlo in mano a gestire, ad interim, ancora purtroppo a queste persone ed in tempi brevi si spera che le forze politiche avranno la capacità, l'intelligenza, il senso di responsabilità di editare una nuova maggioranza, con personaggi che non mettano la Regione nella condizione in cui la ha messa la signora Cogo ed il signor Tarcisio Grandi, con la compartecipazione straordinaria del Vicepresidente Atz.

PRÄSIDENT: Abg. Giovanazzi, sull'ordine del giorno?

GIOVANAZZI: Ieri sera, prego?

PRÄSIDENT: Sull'ordine del giorno, cons. Giovanazzi? Vuol parlare sul bilancio?

GIOVANAZZI: Sull'ordine dei lavori. Dicevo che mi ero iscritto per parlare ancora ieri sera, poi lo spazio era poco ed ho rinunciato per fare l'intervento questa mattina, però nel frattempo avevo detto che il sonno avrebbe portato consiglio, ma questa mattina leggiamo sul giornale che la Cogo chiede le dimissioni di Grandi, praticamente all'interno di questa Giunta c'è una bufera, provi ad immaginare, Presidente, l'imbarazzo ed il disagio che i consiglieri provano nell'andare a discutere un documento, che dovrebbe autorizzare il governo regionale ad impegnare questi soldi, che non sono pochi, perché se andiamo a vedere il bilancio di competenza, mi sembra che sia nell'ordine di 1.200 miliardi.

Nel frattempo è intervenuto questo fatto nuovo delle dimissioni ed immagino che tutto questo sia fatto anche per coprire le responsabilità della Presidente, perché anche la Presidente ha dichiarato il falso, giocando sulle ore, per quanto riguarda l'informazione, dicendo di non essere stata informata, mentre anche la Presidente Cogo era perfettamente al corrente della vicenda che stava vivendo il funzionario dott. Zaffi.

Lei Presidente ci ha invitati a non parlare più delle commissioni, però noi dobbiamo dire che le commissioni devono essere quelle nominate dall'assemblea legislativa, non deve essere una commissione interna che mira solo ed esclusivamente a far uscire un certo risultato e potrei dire che sono quasi certo che le dichiarazioni che saranno fornite dai funzionari, saranno quelle dichiarazioni che molte volte, nei paesi comunisti, venivano raccolte sotto minaccia o sotto ricatto.

Quindi credo che la commissione interna non vada nel modo più assoluto costituita, questa indagine deve essere fatta attraverso quelle commissioni che vengono nominate dal Consiglio regionale e mi associo a quanto hanno detto i colleghi, nell'invitare questa Giunta a dimettersi, per fare chiarezza, per sgomberare il campo e da lì ripartire. Non possiamo nel modo più assoluto discutere un bilancio senza prima conoscere se avremo un governo o non lo avremo, se avremo un governo che mira ad investire queste risorse per produrre benefici alla comunità, o se mira invece ad utilizzare questo denaro per farsi campagna elettorale e fare clientelismo.

PRÄSIDENT: Abg. Seppi, Sie haben das Wort.

SEPPI: Possiamo finalmente parlare di questo bilancio e già dalle premesse penso ci sia da porre in seria discussione non solo il bilancio, ma chi dovrà gestirlo. Abbiamo...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Dopo l'intervento – adesso non scherziamo più – dopo l'intervento del cons. Seppi può parlare...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Cons. Seppi, vada avanti.

SEPPI: Presidente, onestamente non riesco a capire, non so su cosa tu devi parlare...

(interruzione)

SEPPI: Guarda, cons. Boso, che la parola non me la sono presa, me l'hanno concessa, scusa Boso...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Cons. Boso non ha la parola! Vada avanti cons. Seppi...

(interruzione)

PRÄSIDENT: La parola al cons. Seppi.

(interruzioni varie)

PRÄSIDENT: Assessore Dominici...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abgeordnete Seppi.

SEPPI: Per tranquillizzare il collega Boso, dirò che parlerò solo un quarto d'ora...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abgeordnete Seppi.

SEPPI: Dicevo che questo bilancio di previsione, già nelle premesse, parla di 665 miliardi ed allora parlare di 665 miliardi davanti ad una relazione tecnica o una relazione di servizio allegata, quando non sono chiare nemmeno nella relazione ed a questo punto le cose devono essere per forza chiare, perché questa poca chiarezza è stata stigmatizzata ieri da un consigliere della maggioranza, il collega Molinari, che ha chiesto dei rilevanti tagli di bilancio e francamente ritengo che se lo chiede un membro della maggioranza, non perché meriti più dignità di quello dell'opposizione, per l'amor di Dio, ma la serietà del cons. Molinari sicuramente ha posto la maggioranza stessa nelle condizioni di non poter accettare e di non poter controllare quello che la Giunta fa, dal momento che gli stessi membri della maggioranza pongono seri dubbi su come viene descritto il bilancio della Regione.

Penso che il cons. Molinari – e non voglio parlare di lui – non abbia potuto prevedere tagli di quel tipo a spese ed a bilanci, se non per porre in serio rilievo il fatto che su queste voci, da lui previste, c'è poca trasparenza e chiarezza.

Questo è il messaggio che interpreto da un membro della maggioranza, che ho sempre ritenuto serio, al di là delle sue vicissitudini, che saranno sicuramente chiarite a suo favore, ritengo che questo messaggio che viene dalla maggioranza debba essere colto, perché è quello che più di rilevante c'è stato, da un punto di vista politico, in tutta la giornata di ieri.

Quindi non è un'opposizione che vuole chiarezza, ma sono membri della maggioranza che chiedono la stessa chiarezza, la stessa trasparenza, perché anche loro evidentemente sono consapevoli che questa chiarezza e trasparenza non esiste e questo è il messaggio davvero più importante che ci giunge.

Noi non possiamo più, davanti ad un bilancio di 700 miliardi, davanti a funzionari che viaggiano con le tasche piene di quattrini, davanti a macchine che vanno in giro per tutta l'Europa, non possiamo assolutamente pensare di dare 700 miliardi ad una Giunta, che ha dimostrato di non essere in grado di gestirli, ma dimostra di non essere in grado di farlo nemmeno in futuro, quando si parla, per esempio, di impegno per le minoranze, ora sappiamo, perché il collega Atz lo ha raccontato, che in Ungheria sono stati fatti dei corsi per

rivitalizzare quelli che sono i concetti della lingua tedesca all'interno dello Stato ungherese. Ebbene, se non sono gli eredi dell'Impero austro-ungarico e porsi questo problema e quindi se non è l'Austria a porcelo, non ho capito perché deve porcelo la Regione.

Questo è solo uno dei tanti esempi, come quelle scuole che andiamo a prendere per 1 miliardo e 300 milioni e le ristrutturiamo, dove non esiste un progetto, dove non siamo posti a conoscenza di nulla e dove andiamo a visitare altre situazioni di questo tipo, per portare apporti di denaro, che possono anche essere considerati in termini positivi, ma che non lo diventano più dopo quanto è successo.

Quando si parla nella relazione di impegno per le minoranze, si dice testualmente: "L'attività della Giunta regionale in favore della tutela e della promozione delle minoranze linguistiche si concentra sulla piena valorizzazione delle minoranze ladina, mochena e cimbra residenti sul territorio". Questa premessa è puramente demagogica, ma quello che si dice poi è più pesantemente demagogico. Il relatore di questo bilancio, che penso sia il Vicepresidente Grandi, dice: "A tal fine verranno rafforzati i legami collaborativi con l'Istituto culturale ladino di Vigo di Fassa e l'Istituto culturale mocheno-cimbro di Palù del Fersina".

Benissimo, fino adesso cosa si è fatto? Possiamo su una relazione di bilancio scrivere demagogie di questo tipo, quando sono attività che si stanno facendo da una vita? Possiamo pensare che qualcuno si prenda la briga di scrivere una relazione che possa essere capita ed interpretata come tale e che non sia una massa di demagogia sopra demagogia, una massa situazioni che possono essere fotocopiate e che vanno bene per il bilancio, per l'assestamento del bilancio del 2000, come del 1996, e forse del 2010.

Francamente, Vicepresidente Grandi, noi pretendevamo uno sforzo maggiore, ma evidentemente uno sforzo maggiore non è possibile, perché solo dietro la demagogia e dietro il vago possono anche attuarsi delle questioni che meriterebbero un approfondimento più ampio.

"Verranno sostenute le ricerche in area ladina finalizzate alla determinazione di un ladino comune a tutte le valli ladine in ambito amministrativo, nonché le iniziative editoriali in lingua minoritaria". Allora il problema di questo bilancio è di fare in modo che i ladini della Val di Fiemme abbiano lo stesso ladino della Val Gardena, ma penso che questo non sia il problema di fondo, perché noi conosciamo benissimo che queste due lingue hanno delle inflessioni e delle parole diverse, ma questo è un programma di Giunta? E' questo il programma di bilancio per il 2002?

Sono convinto che il problema dei ladini è importante, ma mi meraviglio che il collega Willeit pensi che si possa uscire da quelli che sono i crismi stessi della caratterizzazione delle popolazioni ladine dell'Alto Adige e del Trentino, per arrivare a creare un ladino comune, io non sono d'accordo. Se il ladino delle valli trentine ha delle inflessioni e delle parole diverse da quello della Val Gardena e della Val Badia, queste inflessioni fanno proprio parte della caratterizzazione localistica di una lingua e non so perché il collega Grandi o chi per lui voglia parlare di un ladino comune.

Ritengo che sia assolutamente sbagliato, ma è un problema vostro, è sicuramente però un problema, benché di certa importanza, problema sul quale

attendo una risposta, perché dal punto di vista personale ritengo che le minoranze vadano rispettate, ma vadano rispettate le loro prerogative, non solo linguistiche, ma anche localistiche. Di conseguenza non è sicuramente con la ricerca di un ladino comune che si possa pensare a risolvere la questione, anzi io dico “ladino no global”, di conseguenza ladino delle valli trentine sia quello che è, il ladino della Val Gardena e della Val Badia rimanga quello che è, non un ladino comune, non un ladino globalizzato, ma un ladino caratterizzato.

Sarebbe un problema marginale, se dietro questa situazione poi non andrete a costruire tutta una serie di studi, di ricerche, tutta una serie di situazioni, nelle quali assessore dovremo poi andare a vederci chiaro, come comunque la sua trasparenza, fino a qui dimostrata, non ha messo in discussione.

Si va oltre su questo bilancio, si parla di “iniziative dirette a sviluppare, soprattutto nei giovani, il senso di appartenenza alla dimensione europea, mediante lo svolgimento di attività di scambio, di incontri tra culture diverse, da attivare tra realtà della nostra regione e le popolazioni europee, con particolare riguardo alle aree dell’est europeo, per un loro inserimento nel processo di formazione dell’unità europea”. Davvero, collega Grandi, io penso che lei debba avere un filo diretto con il compianto Edmondo De Amicis, che mentre scriveva il libro “Cuore” – ci risulta storicamente – bastonasse moglie e figli dalla mattina alla sera. Esistono persone che hanno nell’animo il dott. Jekyll e Mister Hyde, forse la collega Paola Conci, che è più studiosa di me in questo senso, conosce la vita di Edmondo De Amicis, ci sono persone che scrivono queste cose di giorno, ma poi vanno in Russia di notte.

Mi rifiuto di pensare che una relazione, fatta ad un bilancio di previsione di 800 miliardi e non posso sicuramente chiedere, in questa mia requisitoria, una opinione fondata ed esperta, quale potrebbe essere nell’ottica di un bilancio pubblico, quella del collega Di Puppo, che quando presenta una relazione di bilancio, la presenterà discutibile da un punto di vista di linee politiche di spesa, la presenterà discutibile, dal nostro punto di vista, su quelle che sono scelte di fondo, ma sicuramente una cosa di questo tipo si vergognerebbe di scriverla, perché offenderebbe se stesso.

In una relazione al bilancio non si può scrivere che i soldi della Regione verranno spesi per “manifestazioni a carattere convegnistico – termine da laureato in scienze confuse, me lo consenta Vicepresidente Grandi, perché convegnistico mi sa tanto da compagnia di merenda, più che di convegni – e seminariale per analizzare ed approfondire i temi fondamentali dell’uropeismo quali: il federalismo, il regionalismo, la sussidiarietà, la cooperazione interregionale e transfrontaliera, la solidarietà e l’educazione alla pace”.

Non so se la caduta verso il basso di questa Giunta, di chi ha scritto questa relazione, possa essere determinante ai fini della costruzione di una Giunta più seria, sotto il profilo politico, ma sicuramente se il fondo non è stato raggiunto con la descrizione di questo bilancio, ritengo che quanto sia accaduto in terre lontane, sia ancora di minor spessore rispetto alla scelleratezza politica, alla demagogia assurda con la quale questa relazione è stata redatta. Vorrei che i giornalisti ne avessero una copia di questa relazione, perché è la settimana enigmistica, dove si parla fra un enigma e l’altro.

“La Giunta regionale intende intensificare il proprio ruolo in questo momento particolarmente drammatico – ma non è drammatico per il mondo, è drammatico per voi – anche con riferimento agli incresciosi eventi bellici, al fine di cooperare allo sviluppo delle popolazioni extracomunitarie”, quali, dove e perché e con cosa? Non si sa, forse lo sa il dott. Zaffi, io non lo so, non lo sa nessuno di noi.

Presidente Pahl, come faccio io, come fa lei, come fa chi ha una coscienza in quest’aula, ad approvare un bilancio nel quale si dice che saranno spesi dei quattrini “al fine di cooperare allo sviluppo delle popolazioni extracomunitarie, per alleviarne le difficoltà e per dare risposta a situazioni di emergenza.” Dove? Quando? Perché? Quanti soldi a disposizione? Con quali mezzi, con quale regia, con quale mente andiamo a costruire questo?

Questa relazione al bilancio, Vicepresidente Grandi, è quando di più assurdo abbia potuto reggere non all’interno di un Consiglio regionale, assolutamente mai in un Consiglio provinciale, dove le battaglie sono all’ultimo sangue quando si parla di bilancio, ma perlomeno si capisce quello che si sta scrivendo, ma nemmeno in un consiglio di circoscrizione di Pio X a Trento si può presentare un bilancio di questo tipo.

“La significativa presenza della Regione nel settore – in quale settore? Degli extracomunitari – si fonda sulla consapevolezza dell’esigenza di un coinvolgimento complessivo di Stati”, detta con le mani ai fianchi sembra una dichiarazione fatta da qualche balcone nel ventennio, certamente la ridicolaggine politica di chi potrebbe farla oggi, al posto di quel qualcuno, raggiunge veramente il più basso profilo politico e anche oltre che politico.

“La significativa presenza della Regione nel settore si fonda sulla consapevolezza dell’esigenza di un coinvolgimento complessivo di Stati, autonomie locali, associazioni e singoli individui in azioni di cooperazione e di aiuto dello sviluppo”. Viva l’Italia.

Assessore al bilancio, io non mi vergognerei per quello che è successo in Russia, perché non lo so, certamente non avrei mai abbandonato nessuno, nemmeno l’ultimo dei segretari di un assessore avversario politico, anzi penso che quando una persona ha una coscienza umana deve vergognarsi profondamente di essere accompagnato con qualcun altro e di abbandonarlo in una situazione, nella quale non sa nemmeno come ne uscirà. Davvero sono rimasto allibito ieri dalle sue parole, sono rimasto allibito dalla sua freddezza umana, non politica, umana, una freddezza tipica di chi non ha un minimo senso di quelli che sono i doveri etici di una persona e che non possono abbandonare da nessuna parte un colui che in quel momento non si vede più, specialmente in una terra che può nascondere ogni tipo di situazione.

Questo lo devo dire, Vicepresidente Grandi, perché un conto è la politica ed un conto è l’umanità e davanti a questioni che pongono in discussione l’umanità di una persona, francamente mi rifiuto di andare oltre su questo ragionamento, perché lei ha toccato il fondo, per quanto mi riguarda.

Quindi sia chiaro che non solo non ci sarà nei suoi confronti il rispetto politico, ma da questo momento non ci sarà nei suoi confronti, per quanto mi riguarda, alcun tipo di rispetto umano, perché ritengo che quello che lei ha fatto come si sia comportato, la classifichi in maniera talmente negativa da non avere con me nulla più da spartire, nemmeno come collega.

Andiamo avanti. “La Giunta regionale sosterrà – con quali fondi, con quanti soldi e con chi li gestirà non si sa – in questo specifico ambito...”, sapete qual è l’ambito? *“Interventi per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale”*, potrebbe essere una mostra pornografica del comune di Rovereto, questo è il titolo ed in un titolo così confuso uno magari pretenderebbe che la descrizione dei particolari che ne seguono vadano a specificare e li specifica molto bene, caro Grandi.

“La Giunta regionale sosterrà in questo specifico ambito:

- l’adesione dell’Ente ad organizzazioni ed enti economici e culturali”.

Quali? Dove?

L’altro ieri mi è arrivato sul banco – non so se è stato finanziato da qualcuno, mi dispiace non ci sia la Presidente, ma vorrei fare un’interrogazione – e penso sia arrivato a tutti i colleghi, un fascicolo della Regione Emilia Romagna, forse se fosse Presidente di questo consesso il collega Leitner vi sarebbe arrivata una bella rivista che poteva parlare dei problemi della Carinzia, allora lo avrei accettato; oppure se io fossi seduto al posto della Presidente Cogo avrei potuto mandare magari i saluti da Genova, dove il comune chiede che il monumento alla Vittoria non si tocchi ed allora sarebbe inquadrato tutto un certo atteggiamento, ma che mi arrivi su questo tavolo un fascicolo della regione Emilia Romagna, mi mette nelle condizioni di pensare che magari la Regione ha pagato qualche fondo alla regione Emilia Romagna, per avere quella schifezza di fascicolo che è arrivato ieri.

Della regione Emilia Romana a me francamente e penso anche ai miei colleghi, interessa molto poco, se poi la regione Emilia Romagna, di sua spontanea volontà, conoscendo la situazione cooperativistica che esiste nell’ambito di solidarietà, nei confronti di una Presidente “rossa” come loro, di inviare a titolo gratuito, benissimo, si avvisi la regione Emilia Romagna di non inviarlo più, perché a me non importa niente, ma sicuramente vorrei sapere se la Regione Trentino Alto Adige ha dato soldi per la direzione, fossero solo 100 mila lire, perché ho seri dubbi che sia successo.

Vado oltre Presidente. Qui si parla di “organizzazione, partecipazione e concessione di patrocinio finanziario a convegni, congressi, manifestazioni e celebrazioni pubbliche”. Di chi e di che cosa? Quale sarà il programma? Chi sarà a gestirlo? Quanto si presume di spendere in questa direzione? Come si presume di spendere?

“Studi, rilevazioni ed interventi a sostegno di pubblicazioni di interesse regionale”. Eccolo qua, compreso il fascicolo della regione Emilia Romagna? Certo, quelle stesse rilevazioni che sono sempre affidate e sono sempre stampate a cura degli amici degli amici, per forza, bisogna pur avere la possibilità di gestire parte di questi 700 miliardi, in direzioni che possano garantire a questa Giunta di sopravvivere, benché non morta, ma ormai putrefatta dalla storia.

Collega Dominici, lei prima si è arrabbiata con il cons. Boso, io non la voglio far arrabbiare, ma ti dico: esiste al mondo un assessore che non abbia le deleghe? Ti garantisco che ho fatto una rapida inchiesta, non esiste in tutta Italia, tu devi essere “orgogliosa” di questo, devi essere “orgogliosa” del fatto che sei l’unica assessore in tutta Italia che è stata eletta non momentaneamente senza deleghe, perché le sono state tolte, perché le aveva

in attesa di un rimpasto, no, che è stata eletta e dopo 20 giorni da quando sei stata eletta sei senza deleghe. Tu sei senza deleghe e non esiste al mondo, ma in questo c'è la corresponsabilità della S.V.P., perché la S.V.P., per quella serietà che comunque ha sempre manifestato, certamente una serietà politica che non ha mai fatto gli interessi nostri, ma ha fatto i loro con la vostra connivenza, ha voluto creare questa situazione.

E mi meraviglio, quando prima qualcuno voleva la parola sull'ordine dei lavori ed ha fatto la proposta dai banchi dell'opposizione, banchi dai quali non mi dissocio, anzi ho sempre dimostrato che se c'è una linea comune da tenere, noi la terremo anche in questa situazione, ma non dovevano essere i cons. Taverna, Giovanazzi o Boso, secondo il mio punto di vista, a chiedere le dimissioni di questa Giunta, sarebbe stato compito del capogruppo della S.V.P., gli state togliendo le castagne dal fuoco, il collega Denicolò è contento di questo, perché i casi sono due, o le intenzioni di mandare a casa questa Giunta da parte della S.V.P. ci sono ed allora deve essere lui ad esprimerlo ed assumersi la responsabilità politica di quello che fa e non lasciarle rilette alle opposizioni e questo è un grosso errore politico che è stato fatto in quest'aula stamattina, oppure questa intenzione la S.V.P. non l'ha ed allora è inutile che stiamo a parlare.

Quindi manca anche il tatticismo da parte delle opposizioni, dobbiamo anche in questo convenire su determinati ragionamenti, dopo di che, quando siamo convenuti, li portiamo avanti assieme. Io mi accodo comunque, perché riconosco la buona fede delle opposizioni, però francamente ritengo che doveva essere il cons. Denicolò a chiedere a questa Giunta di essere destituita.

E' evidente, signori, che se io rappresentassi un partito come la S.V.P., non potrei lasciare che un mio uomo in Giunta, il Vicepresidente, venga criticato e venga posto nelle condizioni di un processo istituzionale, quando tutto un mio popolo, da Monguelfo fino a Salorno, sta nelle osterie e nei bar da tre giorni a parlare delle macchine ungheresi. Stanno ponendo la S.V.P., non il Vicepresidente Atz, in serio ridicolo, con massima soddisfazione dei colleghi Pöder, Klotz e del collega dei Freiheitlichen. Ci volevano queste situazioni, dal loro punto di vista, ed io sono contento, da questo punto di vista, che sia successo, però è chiaro che doveva essere la S.V.P. a chiedere le dimissioni di questa Giunta, doveva essere la S.V.P. a tirare fuori il Vicepresidente Atz da questa Giunta.

Evidentemente non so se le opposizioni, per un loro gioco mentale, incapace a volte di confrontarsi, tolgono le castagne dal fuoco a qualcuno. A questo punto, una richiesta specifica delle opposizioni di far crollare questa Giunta, è quanto di meglio la S.V.P. si sta aspettando.

Doveva essere la S.V.P. a liquidare il Vicepresidente Atz, doveva essere la S.V.P. a fare questa mossa importante sullo scacchiere ed allora mi chiedo se assieme al Vicepresidente Atz non debbano crollare, in questa situazione, tutti quelli che bene o male hanno avallato – nessuno escluso – un determinato atteggiamento politico. Non mi si venga a dire, da parte di tutti gli assessori della Giunta, che queste cose accadono e nessuno lo sa.

La collega Zendron, che fa parte di questa Giunta, non può sapere cosa vada a fare il dott. Zaffi in Russia o dove finiscono le macchine del Vicepresidente Atz, ma sicuramente quando vede una gestione di questo tipo,

all'interno della Giunta, deve sapere che questo atteggiamento può provocare le situazioni che sono provocate. Allora è più colpevole colui che sa il caso specifico o lo commette, o è altrettanto colpevole colui che non sapendo quello che succede, pone le condizioni affinché possa succedere.

Ecco perché non sono d'accordo, al di là delle considerazioni umane che mi sono permesso di fare sul Vicepresidente Grandi, che vengano messi sotto processo Grandi, Zaffi e Atz, sotto processo è questa Giunta, perché non può far finta di non sapere, non quanto è accaduto se non c'era, ma questo sistema di maneggio di denaro pubblico può portare a considerazioni di questo tipo; non è mai successo, perché è come le scimmie: chiudono gli occhi, il naso e la bocca.

Presidente, vedo che il collega Boso freme, lascerò questo mio primo intervento ai 30 minuti esatti, riservandomi la possibilità di intervenire nuovamente per integrare il tempo rimasto a mia disposizione.

PRÄSIDENT: Cons. Boso, ne ha facoltà. Senza offese, per favore, non nei miei confronti, ma nei confronti di tutti i colleghi.

BOSO: Presidente, io reagisco quando vengo provocato. Da alcuni giorni sono abbastanza deciso a chiarire alcune situazioni e vorrei, Presidente Pahl, un attimo la sua attenzione.

Presidente Pahl, doveva forse essere suo dovere e non delle altre opposizioni a richiamare la Giunta, visto che lei è Presidente del Consiglio e chiedere chiarimenti se i tre componenti della Giunta avessero volontà di dimettersi, o chiedere lei, come Presidente del Consiglio, per dignità della sua persona e del nostro mandato politico, che queste tre persone si dimettessero, perché dopo ciò che lei ha ascoltato con molta attenzione e so che ha capito dove queste persone vogliono parare e dopo quello che hanno scritto oggi i giornali, le contraddizioni di un Presidente e due Vicepresidenti della Regione, lei dovrebbe chiamarli, assieme ai capigruppo e chiedere chiarimenti delle loro dimissioni.

Questo sarebbe stato il suo dovere, perché è troppo comodo nascondersi dietro la foglia di fico e lei dovrebbe, come Presidente del Consiglio, bloccare immediatamente la farsa della commissione voluta dalla Presidente Cogo, perché solo la Presidente Cogo può intimidire i funzionari ed i funzionari intimiditi non avranno mai la possibilità di riferire il vero, se non vogliono essere stroncati sulle proprie scelte o sulle proprie carriere. Questo, Presidente Pahl, lei avrebbe dovuto fare.

Questa mattina il collega Molinari, molto amareggiato, mi ha fatto una battuta: la triade di malaffare della Regione, se fossero onesti, si dovrebbero dimettere.

Presidente del Consiglio, visto che ieri la Presidente Cogo ha chiesto la sospensione della seduta per un interesse personale, o per intimidire il suo Vicepresidente Grandi, lei Presidente Pahl dovrebbe chiedere una sospensione, chiamare i capigruppo, spiegare a questo Consiglio dove vogliono parare, eventualmente preparare e far firmare un documento che alla votazione del bilancio questi tre personaggi danno le dimissioni, perché sono tre persone che hanno creato dei danni economici alla Regione e se ci fossero Procuratori

seri in provincia di Bolzano o in provincia di Trento, spiccherebbero mandato di arresto per tutti e tre, Presidente Pahl.

Facilmente la giustizia non è uguale per tutti e non è giusta per tutti, per cui chiedo a lei, Presidente Pahl, di farsi garante dell'umore dei consiglieri, di quelli che hanno ancora una dignità a presentarsi nei locali e dove ti chiedono: hai già cambiato macchina, perché l'Audi non la hai più? Io non c'entro niente con la Giunta regionale.

Allora le chiedo, Presidente Pahl, abbia un atto di orgoglio e di onestà per noi tutti, chiami i capigruppo, faccia un atto di dovere come Presidente del Consiglio e chieda spiegazioni a queste tre persone e che intenzioni hanno, perché anche i colleghi della maggioranza si sentono umiliati da questa non volontà, se avessero dignità presenterebbero le dimissioni tutti e tre.

Quindi, Presidente Pahl, nella sua dignità di uomo, nella sua correttezza di politico, la prego di fare questo passo, nella nostra dignità di consiglieri regionali.

PRÄSIDENT: Cons. Mosconi, ne ha facoltà.

MOSCONI: Grazie Presidente, intervengo brevemente sull'ordine dei lavori. Purtroppo non ho potuto essere presente ieri ai lavori del Consiglio, quindi sono in possesso di qualche informazione di questa mattina e soprattutto dell'informazione della stampa, mi ero comunque espresso nella riunione dei capigruppo di martedì mattina e ritengo di dover ritornare un attimo su questo argomento, perché mi sento a disagio.

Parto dal fatto che stiamo discutendo sul bilancio della Regione e penso che questo dovrebbe indurre tutti noi a fare riflessioni di ben altro segno di quello che ho sentito fino a questa mattina, un continuo intrecciarsi di interventi anche abbastanza spinti e motivati, perché hanno una motivazione reale, sui fatti di Mosca e l'intreccio con valutazioni che dovrebbero essere di tutt'altra pacatezza e di tutt'altra motivazione in riferimento al bilancio, porta veramente a banalizzare ciò che dovrebbe essere la riflessione nostra sul documento principale, che programma l'attività della Giunta regionale per il 2002.

Quindi la riflessione che voglio fare è questa: se la Regione avesse voce propria, sicuramente chiederebbe in quest'aula la parola per fatto personale, in difesa della propria immagine e della propria dignità e lo dovrebbe fare paradossalmente proprio nei confronti dei propri rappresentanti, di chi fisicamente in carne ed ossa rappresenta la Regione. Noi che dovremo rappresentare sull'esterno la Regione, stiamo comportandoci in modo tale, per cui l'immagine all'esterno della Regione, in queste ore in cui stiamo parlando, penso abbia raggiunto livelli estremamente bassi, siamo sotto il livello della soglia della dignità e dell'autorevolezza che dovrebbe avere l'ente che rappresentiamo.

Se le cose stanno in questi termini, la mia richiesta è di fare ordine nei lavori del Consiglio, perché diversamente non si può agire, prendo atto che lei, per quanto riguarda l'ordine dei lavori, una decisione l'ha già presa e quindi

ha fatto in modo che la discussione su questi fatti incresciosi avvenga al termine della discussione generale sul bilancio della Regione.

A questo punto mi sento di poter dire che, mentre apprezzo per un certo verso il suo rigoroso rispetto dei regolamenti, che consentono di controllare i lavori dell'aula nel nostro Consiglio regionale, per altro verso sono anche portato a dire che quando la sostanza è prevalente così vistosamente, anche sulle formalità dei lavori, si dovrebbe riflettere su un modo diverso di agire e di operare.

Quindi la proposta che mi sento di fare, se mi ascolta il Presidente, dovrebbe essere proprio quella di trovare il modo di chiudere questo deludente capitolo della dignità dell'istituzione e quindi chi in particolare la rappresenta in quest'aula e mettere la parola "fine" su ciò che si deve fare in via definitiva, per accogliere quello che è ormai un'esigenza, dichiarata sia dalla minoranza che dalla maggioranza e fare in modo che quando si discute sul bilancio si parli seriamente di programma di attività, di interventi della Regione, dell'utilizzo delle risorse che viene fatto, che sono abbastanza sostanziose.

Mi riservo di intervenire poi sul bilancio in modo particolare, però non penso si possa neanche liquidare un bilancio di centinaia di miliardi, paragonandolo al bilancio di una ONLUS, perché leggendo la relazione che accompagna il bilancio, lo diceva anche il collega Seppi, si coglie la sostanza del bilancio, quindi dell'utilizzo anche dei fondi, sia prevalentemente orientata all'attività che sarebbe più tipica di qualche associazione, che non di un organo che deve gestire la Regione del Trentino Alto Adige, sia pur considerando che le competenze rimaste in capo alla Regione sono quelle che sono. Questo discorso ci porterebbe molto lontano a fare riflessioni di altro tipo.

Chiudo e ripeto la mia sollecitazione proprio a lei Presidente, riconoscendo anche da parte mia, molto schiettamente, l'equilibrio che ha saputo mantenere nella sua funzione di guida dei nostri lavori consiliari, di fare in modo che le discussioni che si fanno siano nettamente distinte, da una parte ci sono provvedimenti da assumere con convinzione, in difesa dell'immagine e della dignità della Regione, dall'altra parte c'è la necessità di discutere il bilancio della Regione e discutere il bilancio della Regione di fronte ad una Giunta, che vede al proprio interno intreccio di accuse, di prese di posizione o di scarico di responsabilità fra il Presidente ed un suo Vicepresidente, sicuramente non è l'immagine migliore che possiamo dare verso l'esterno.

Viene anche da chiedersi se una volta approvato il bilancio, ciò che personalmente mi auguro in tempi abbastanza brevi, purché si possa dire quello che si pensa sul bilancio, debba essere poi affidato ad un esecutivo, la cui autorevolezza, la cui immagine e la cui compattezza lascia veramente seri dubbi. Grazie.

PRÄSIDENT: Cons. Giovanazzi. Ne ha facoltà.

GIOVANAZZI: E' chiaro che non potrò esimermi dal fare riferimenti al caso che ormai tiene banco da due giorni in questo Consiglio. Come dicevo prima, quando sono intervenuto sull'ordine dei lavori, l'invito che avevo rivolto, perché prima della discussione sul bilancio venisse fatta chiarezza sugli atteggiamenti, sulla situazione interna alla Giunta regionale, non era sicuramente un pretesto

per rinviare il dibattito, ma perché rimango ancora della convinzione che se ci fossero le dimissioni dell'intera Giunta, questo faciliterebbe poi il dibattito ed i lavori di questo Consiglio.

Non posso immaginare di andare a discutere un bilancio di previsione, che è più un calcolo ragionieristico, che non contiene un progetto politico, non contiene idee, ma da questo bilancio risulta che questo governo ha cercato di far quadrare le cifre, perché gli stanziamenti ci sono ed in qualche modo devono essere collocati nei vari capitoli per far pareggiare l'entrata e l'uscita, perché il bilancio di previsione non può presentare disavanzi o avanzi di amministrazione, ma deve pareggiare ed allora è stato fatto un calcolo ragionieristico.

Leggo le dichiarazioni di oggi: "La Cogo chiede le dimissioni di Grandi", "Ha visto ed è ripartito, si dimetta". Come posso pensare che questa Giunta potrà gestire questo bilancio in serenità e tranquillità, no, nel modo più assoluto e mi sembra che tutte queste dichiarazioni e prese di posizione mirino soprattutto a tentare di scaricarsi responsabilità. La Presidente Cogo, da moralizzatrice o da donna che vorrebbe uscire con un'immagine di moralizzatrice, tenta di istituire anche una commissione di indagine interna, che naturalmente fa capo alla stessa Presidente. Noi apprendiamo anche che la stessa Presidente Cogo ha mentito ed è stata sbugiardata a seguito delle dichiarazioni contrastanti che ha reso alla stampa, in un primo momento diceva di non essere stata informata, di essere stata informata in ritardo, cercando così di giustificare l'inefficienza dell'ente Regione, della stessa Presidente, che avrebbe dovuto muoversi subito, per risolvere un caso istituzionale e sul piano umano. Questo non lo ha fatto ed ha cercato di giustificarsi dicendo che non era stata informata.

Sempre leggendo notizie dalla stampa, vediamo che la Presidente dice di voler adottare provvedimenti tali da impedire che i funzionari girino con tanto denaro in contante e che comunque ha già individuato dei provvedimenti tali da evitare che si ripeta quello che è successo fino ad oggi, però lei afferma di essere stata fermata, non le hanno permesso di andare avanti e ancora una volta, Vicepresidente Grandi, la Presidente Cogo, quando viene a conoscenza che qualcosa non funziona, da donna moralizzatrice interviene e pone rimedio a tutto.

La Presidente Cogo però ha dimenticato i viaggi che ha fatto, le trasferte e le gite, è volata in Palestina per una missione di pace sicuramente, però non capisco perché in questa delicata missione si sia portata le due segretarie particolari e non capisco perché le spese delle due segretarie particolari siano finite sul bilancio della Regione. Guarda caso, la segretaria Maestri è anche consigliere comunale dei D.S. nel comune di Trento. Queste due segretarie hanno fatto parte della delegazione per la missione di pace in Palestina, non sono grandi cifre, perché si aggirano sui 3 milioni per la Maestri e 2 milioni e mezzo per la Simoni, ma è una questione etica e comportamentale. Noi non possiamo andare a fare lezioni di morale agli altri e poi peccare, non mi interessa se sono 50 mila lire o 50 milioni, è una questione di correttezza. Allora mi sembra che su questo la Presidente Cogo debba stare zitta.

Forse si giustifica un po' di più il viaggio in Cina della Presidente Cogo, sempre che abbia prodotto qualcosa, perché è chiaro che la Cina è un paese interessante da scoprire e poterci andare a spese della Regione può essere altrettanto interessante per qualcuno, si è portata anche il suo Capo di Gabinetto, dott. Olivo, con una spesa di 6 milioni e mezzo a carico della Regione; non vi parlo poi dell'osservatorio permanente sui Balcani, perché anche qui figura Nardelli Michele, che non mi risulta iscritto nelle liste della Democrazia Cristiana, perché qui ancora qualcuno dice che esiste la Democrazia Cristiana, perché dicono che la Democrazia Cristiana continua ad esistere nei vari mutamenti. Quando sul Bollettino Ufficiale della Regione vediamo l'elenco dei collaboratori esterni per l'Osservatorio permanente sui Balcani, troviamo anche un Nardelli Michele che percepisce 5 milioni dalla Regione, non solo, ma andiamo a vedere se percepisce altri finanziamenti anche dalla Provincia, lo chiedo anche a lei collega Morandini che si è interessato sul Forum per la pace.

Questo è il modo di operare della Sinistra, quella Sinistra che vuole fare la moralizzatrice e che fa la battaglia sulle pari opportunità, dicendo a noi che la presenza delle donne è indispensabile e poi leggo sul giornale che c'è un ricorso, per quanto riguarda l'elezione dei componenti della direzione nazionale dei D.S. perché non sono state inserite le donne.

La vogliamo smettere di fare demagogia, la vogliamo smettere di cavalcare questi cavalli che ormai sono bolsi, li troverete con il sedere per terra qualche giorno.

Non cito qui i viaggi del Vicepresidente Panizza, perché egli fa parte di un'altra istituzione, che è il Consiglio regionale, che dovrebbe essere un'istituzione al di sopra delle parti, non lo cito, perché quel giorno che vado a prendermi tutte le trasferte ed i viaggi del Vicepresidente Panizza non so se avrò carta sufficiente per segnarmeli, dovrò chiedere aiuto a qualcuno, mentre per quanto riguarda i risultati ottenuti da tutte queste trasferte, penso che su un fogliettino autoadesivo giallo posso scrivere tutto. Questo per significare una cosa, che soprattutto in questo ultimo periodo si è pensato che arrivare all'interno delle istituzioni sia il modo migliore per utilizzare i soldi della comunità, per fini che sono quasi di tipo privatistico personale.

Così non deve essere assolutamente, Presidente Pahl, che io stimo e apprezzo per come lei conduce i lavori in questo Consiglio, noi finiamo per essere tutti vittime, senza alcuna distinzione, negli articoli di fondo che fanno i direttori dei giornali, ad esempio leggetevi l'articolo di oggi sul giornale Alto Adige, a firma di Visetti. Noi non ci sentiamo minimamente coinvolti e responsabili di quanto è successo, perché la responsabilità deve essere ricondotta ad alcune persone, facendo nomi e cognomi.

Ieri ho partecipato alla riunione di capigruppo e lì c'è stato un primo tentativo di risolvere il problema in quella sede ed anche questo l'ho ritenuto un modo di operare assolutamente sbagliato. Poi naturalmente questo problema è arrivato in aula e qui ha prodotto, in qualche persona che si sentiva fortemente responsabile di quanto è successo e nell'impossibilità di giustificare il proprio operato, accuse ingiuste nei miei confronti, nel tentativo di trovare una scappatoia per uscire da questo scottante problema. Mi riferisco alle dichiarazioni fatte dalla Presidente Cogo, che è stata talmente codarda, che ha

lanciato il sasso e poi ha nascosto la manina, perché quando ho chiesto di intervenire per fatto personale, proprio perché intendevo chiedere alla Presidente Cogo che mi producesse le prove di quanto ha detto o mi chiedesse scusa, è rimasta fuori dall'aula, non ha nemmeno presenziato ai lavori.

Questo è una forma di vigliaccheria, che si fa sempre più forte e consistente in questo mondo politico di incapaci e disonesti. E' chiaro che questo problema verrà trattato in altra sede, probabilmente dovrà rispondere in altra sede, visto che non ha voluto essere presente qui.

Credo che bisogna avere il senso delle istituzioni e questo che cosa vuol dire? Significa che quando una persona ricopre incarichi importanti non può pensare di essere l'ultimo dei consiglieri, qui c'è continuamente l'assenza della Presidente Cogo, insomma c'è questa Giunta o non c'è? C'è la Presidente o non c'è? Se è incapace di gestire i lavori dell'assemblea, se è incapace di riaprire questo ruolo, abbia l'onestà di dichiararlo una volta per tutte e non annunciando le dimissioni in aula e poi ritirarle, ma depositando le dimissioni e permettendo che su questo si apra un dibattito in aula.

Mi chiedo anche dove era l'assessore alla trasparenza, quando sono state fatte tutte queste delibere di autorizzazione, perché in questa Giunta ci sono due o tre assessorati che servono esclusivamente per mantenere gli equilibri all'interno delle Giunte provinciali, c'è un assessorato alla trasparenza, che più offuscato di quello non esiste e c'è l'assessorato della collega Dominici, che deve ringraziare quest'aula se ha avuto le deleghe, poiché fino a ieri non le aveva, perché serviva una presenza sua all'interno della Giunta perché non si spostasse da un'altra parte, sapendo che l'affidamento di deleghe... prego?

Quando la collega Dominici è arrivata in Consiglio la prima volta, collega Mosconi, ha dichiarato che non sapeva dove stare, lo ha dimostrato anche con la sua ladinità, io la capisco, perché vive uno stato confusionale e vi dico la verità che se non avessi i nervi saldi e facessi qualche momento di raccoglimento e di riflessione, correrei il rischio di venire contagiato da questo stato confusionale che vive la collega Dominici. Ho seguito con tanta attenzione la battaglia che ha fatto sui ladini ed è stata bravissima, perché ha ritrovato riferimenti storici interessantissimi, probabilmente se andassimo indietro nel tempo magari potremmo essere anche parenti! Mi auguro di non esserlo con la Presidente Cogo!

Ho visto questa battaglia sulla ladinità dei nonesi e subito dopo si è aggregato il collega Panizza, perché dove intravede qualcosa che può avere una ricaduta positiva in termini elettorali, lui si aggrega subito. E' stata fatta una campagna sulle zecche, le zecche si appiccicano subito, non te ne accorgi e non le vedi perché penetrano lentamente, ti succhiano il sangue e fra l'altro sono anche pericolose, perché portano delle infezioni terribili, toccano anche il sistema neurovegetativo.

Collega Dominici, dicevo che lei ha fatto una battaglia sulla dignità dei nonesi ed anche lei purtroppo, quando le hanno chiesto di dichiarare l'appartenenza al gruppo linguistico, per non perdere un posto in Giunta, si è dichiarata italiana, giustificandosi poi con il fatto di dire che ha fatto questa scelta, perché diversamente non sarebbe andata in Giunta per continuare a sostenere le battaglie dei nonesi per il riconoscimento della dignità. E' una buffonata, voleva solo un posto in Giunta, voleva essere chiamata assessore,

però alla fine è stato fatto un mero calcolo numerico, si è detto: se alla cons. Dominici non diamo un incarico, probabilmente alza la manina con il centro-destra ed allora dobbiamo evitare questo, le mettiamo la camicia di forza e la nominiamo assessore senza deleghe. Ripeto, se lei ha avuto le deleghe è grazie a noi, poi non so se abbiamo fatto bene o male a insistere perché gli vengano attribuite le deleghe, lo vedremo in futuro.

Questi sono i giochi che avvengono all'interno di questa maggioranza, dove c'è una componente fortissima dei D.S. che ha fatto scuola per quanto riguarda la tenuta e la gestione del potere. Naturalmente non voglio fare ulteriori considerazioni su questo, però sono preoccupato come cittadino di come funzionano le istituzioni. Quando ieri nella bouvette ho visto l'assessore Andreoli in una intensa conversazione con Bonfanti, ho pensato: spero che a Bolzano non si disegnano le strategie future dell'economia e del rilancio del Trentino, speriamo di no, perché stavano conversando in modo intenso e sembrava che convenissero su alcune cose e avessero raggiunto un accordo per rilanciare il Trentino. Speriamo che il rilancio del Trentino non avvenga come il rilancio delle Terme di Garniga, perché quelli sono stati favoriti dalla composizione orografica, dalla conformazione del territorio, perché è in pendenza ed il rilancio è diventato anche facile da fare, mi auguro che non succeda questo.

Praticamente è stato dato valore e peso a tutta quella massa di persone che formavano il sottobosco della sinistra e nel momento in cui la sinistra è andata al governo hanno preso forza e sono diventati attori protagonisti di questo processo di degrado della politica regionale.

In merito al bilancio di previsione, basta prendere la relazione e scorremla rapidamente e vediamo che è approvato un bilancio in Euro, che per quanto riguarda la competenza porta ad un bilancio di 1.224 miliardi di lire, che a me sembrano troppi per quello che la Regione intende fare.

Con calma cominciamo a leggere alcuni commi dei vari articoli.

Art. 4 - *Disposizioni diverse* - comma 3. "Ai sensi dell'art. 39 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, la Giunta regionale è autorizzata a rinunciare alla riscossione di entrate di natura non tributaria, entro un importo massimo di euro 150,00."

Questo potrebbe essere anche condivisibile, però qui non c'è alcun regolamento, non c'è alcuna delibera che stabilisce le modalità per rinunciare alla discussione di queste entrate, ma questo è un fatto che possiamo anche sorvolare. Comunque è per dirvi che c'è un'assenza totale per quanto riguarda la capacità di progettare complessivamente la spesa della Regione.

Guardiamo la relazione illustrativa.

Progetto istituzionale.

"Da qui una crescente attenzione verso i processi ed i momenti di confronto anche pubblico riguardanti il regionalismo, il federalismo, la collaborazione transfrontaliera, la realtà delle minoranze linguistiche".

Su questo ritornerò, perché sono due passaggi importanti che sollevano molti dubbi.

"In questa seconda fase della legislatura, la Giunta regionale è impegnata a delineare il rinnovato ruolo della Regione nell'ambito del nuovo Statuto, che rappresenterà la terza fase dell'autonomia regionale".

Adesso mi dovete spiegare cosa avete fatto, cosa intendete fare, cosa vuol dire questa frase, basta parole, dovete rispondermi punto per punto su questo passaggio, perché suona come una presa per i fondelli per i consiglieri a cui viene chiesto di condividere questa proposta.

Enti locali.

“L’impegno politico di sussidiarietà e di valorizzazione degli Enti locali è ripartito su due binari:

- 1) l’azione ordinaria conseguente alle leggi vigenti;
- 2) il disegno di legge regionale sull’ordinamento dei Comuni.

Gli interventi previsti nel primo settore riguardano:

- l’effettuazione di corsi di abilitazione all’esercizio delle funzioni di segretario comunale”.

Signori, l’effettuazione di corsi di abilitazione all’esercizio delle funzioni di segretario comunale si fa da quando c’è la Regione, non serviva dirlo. I corsi per i segretari si alternano fra Trento e Bolzano e questa è una scelta fatta anni fa e continua ad andare avanti, non c’è bisogno di ricordarlo, ormai è avviata, è norma consolidata anche dai fatti, pertanto mi chiedo perché è stata inserita qui dentro.

“L’assegnazione di contributi al Consorzio dei Comuni Trentini ed alle Delegazioni U.N.C.E.M. di Trento e di Bolzano e al Consorzio dei Comuni della provincia di Bolzano, per la attività da loro svolta a sostegno dei comuni e del loro ruolo specifico all’interno del quadro della nostra autonomia speciale, nonché per specifici progetti mirati all’aggiornamento e qualificazione professionale del personale dipendente dai comuni”.

Siccome non sono codardo e vigliacco, su questo passaggio ho sempre detto che bisognava incominciare a pensare di riportare in capo alla provincia questa competenza. Quando ero assessore regionale ho finanziato con il Presidente Grandi l’associazione dei comuni, però ho continuato ad insistere nel dire che non poteva esserci una sovrapposizione per quanto riguarda la competenza provinciale e la competenza regionale, perché questi sono due interventi distinti all’associazione dei comuni di Bolzano e all’associazione dei comuni di Trento. Lo potevano fare benissimo le province autonome, riportando in capo alla provincia questa competenza.

E’ vero che qui si vuol far passare come un discorso ordinamentale e che fino ad oggi, in parte, perché con una legge provinciale la legge sui comuni è stata mutilata, però queste competenze si potevano benissimo portare in capo alle due province e questo non è stato fatto, si è accettato quello che già c’era, che era in atto, non si è pensato a modificare proprio niente. E’ chiaro che se in capo alla Regione rimane la possibilità di trasferire soldi all’associazione dei comuni, è chiaro che un po’ di potere si può esercitare. Qui è stata fatta la distribuzione per quanto riguarda la gestione del potere, nient’altro.

“L’erogazione di speciali contributi alle unioni di Comuni finalizzati alla parziale copertura degli oneri di gestione ed al finanziamento di spese di investimento, nonché degli oneri relativi a studi, progetti e iniziative preliminari dei comuni interessati alla prospettiva di costituirsi in unione, come indicato dalla L.R. 23 ottobre 1998, n. 10.

Le modifiche introdotte con il disegno di legge attualmente all’esame

dell'Aula consiliare dovrebbero dare nuovo impulso all'utilizzazione di questa forma collaborativa fra comuni, tenuto conto dell'eliminazione del vincolo della fusione dei comuni quale conclusione del procedimento associativo".

Collega Mosconi, la legge 10 cosa prevedeva? Prevedeva la possibilità per i comuni di fare l'unione dei comuni, finalizzata alla fusione. Avevano una possibilità di stare assieme per 10 anni con un intervento della provincia, che gradualmente andava a ridursi, perché alla fine dei 10 anni quell'intervento della Regione era finalizzato a concorrere all'abbattimento dei servizi fatti in comune, che poi andava ad azzerarsi per ripartire con la fusione dei comuni. Oggi cosa succede? Che questo obbligo della fusione non ci sarà più nel caso venga approvato questo disegno di legge, ma c'è solo la possibilità dell'unione dei comuni con intervento della Regione. Allora mi chiedo: che senso ha farlo attraverso la Regione? Facciamolo direttamente attraverso la provincia, facciamolo sulla legge 36, perché su questa legge possiamo intervenire ed almeno cominciamo ad uniformare la legislazione, in modo che non ci sia più confusione. Sappiamo che il riferimento, per quanto riguarda il trasferimento ai comuni, è uno unico.

"Nel secondo settore l'impegno della Giunta regionale è rivolto alla presentazione di un disegno di legge specifico che disciplini in particolare il settore dei servizi pubblici, contemperando le esigenze del mercato e dell'abolizione dei monopoli con le particolarità e specificità della nostra realtà regionale anche alla luce dei contenuti delle norme di attuazione nel settore delle acque e dell'energia".

Adesso o io non capisco niente, collega Andreotti e lei mi deve assistere, o sono veramente fuso, o non ho mai avuto la fortuna di avere un pizzico di intelligenza che è il minimo vitale che uno può avere, ma ditemi voi cosa vuol dire questo passaggio. Cosa intende fare la Regione attraverso questo insieme di parole? Vuole sostituirsi alla Provincia? Per quanto riguarda la provincia di Bolzano è già un processo ultimato questo, la provincia di Trento no, perché la provincia di Trento ha bisogno di verificare qual è la soluzione migliore per gestire i servizi ed attraverso questi servizi gestire anche il potere. Deve trovare la formula migliore perché sia più efficace il secondo aspetto, che è quello della gestione del potere, attraverso la gestione dei servizi.

La provincia di Trento, quando si è insediata la Giunta Dellai, con la presenza dell'assessore Berasi, la prima cosa che ha fatto è corsa sul territorio a bloccare tutti i progetti che riguardavano la realizzazione di nuove discariche per rifiuti solidi urbani e se ne è fatta un vanto. Però noi leggiamo sui giornali di ieri che le discariche sono in fase di esaurimento e che probabilmente arriveremo al 2005, dove dovrà essere messo a regime tutto il ciclo delle acque e di conseguenza dovrà essere fatto un discorso completo sulla gestione dei rifiuti, arriveremo al 2005 senza discariche e senza inceneritore, perché l'inceneritore inquina, i Verdi non lo vogliono ed i Verdi fanno parte del governo, diventano determinanti per mantenere in piedi questa maggioranza e finiremo che i nostri rifiuti li dovremo portare all'estero, con dei costi che voi potete immaginare e questa è una spesa che ricade sul cittadino, perché non sono state fatte le scelte necessarie per garantire questo tipo di servizio.

Arriviamo al capitolo interessante dei convegni.

“Un convegno di studio avente a tema i reati devoluti alla competenza penale del Giudice di Pace con speciale riferimento alle pene alternative”; dott. Lo Sciuto, lei che è esperto in materia penale, penso che qui siano sicuramente interessati anche i componenti della Giunta, cioè la Presidente Cogo.

Impegno per le minoranze.

“L’attività della Giunta regionale in favore della tutela e della promozione delle minoranze linguistiche si concentra sulla piena valorizzazione delle minoranze ladina, mochena e cimbra residenti sul territorio regionale”.

E’ recente la proposta, cioè quella contenuta nella collegata alla finanziaria provinciale di Trento, che l’Istituto mocheno-cimbri dovrà essere separato, cioè l’Istituto mocheno dove farà capo la minoranza mochena ed i cimbri che non faranno più riferimento all’Istituto mocheno-cimbri, ma faranno capo al comune di Luserna, che si sostituirà all’Istituto cimbro, perché non vanno d’accordo. Allora questo istituto è servito per alimentare incomprensioni o era nato per cercare di far convivere anche queste due realtà? Probabilmente l’effetto che ha prodotto è stato quello di portarli alla separazione.

Allora come possiamo pensare di parlare dell’Europa, quando non riusciamo a far convivere due piccolissime realtà linguistiche che abbiamo sul nostro territorio? Questo è quello che sta succedendo.

“A tal fine verranno rafforzati i legami collaborativi con l’Istituto culturale ladino di Vigo di Fassa e l’Istituto culturale mocheno-cimbri di Palù del Fersina”. Questo penso che andrebbe cancellato.

“Si procederà alla preparazione di una grammatica mochena e cimbra per le scuole di primo grado e di un vocabolario di base”. Tutto questo per giustificare gli investimenti che sono contenuti in questi capitoli.

“Verranno sostenute le ricerche in area ladina finalizzate alla determinazione di un ladino comune a tutte le valli ladine in ambito amministrativo, nonché le iniziative editoriali in lingua minoritaria”. Sappiamo benissimo che ci sono sette idiomi, adesso qui si vuole cercare un ladino comune, magari facendo venir meno la specificità che c’è in questo popolo.

“Sono previsti puntuali interventi in conto capitale a sostegno di strutture già operanti o in via di realizzazione in favore delle minoranze linguistiche”. Cosa volete investire ancora? Avete acquistato masi abbandonati, avete fatto i musei, cosa volete investire ancora in conto capitale? La vogliamo smettere di inserire cifre, che poi servono solo per farvi la campagna elettorale!

Ci sono poi:

- iniziative dirette a sviluppare, soprattutto nei giovani, il senso di appartenenza alla dimensione europea – cominciamo bene qui, è meglio che i giovani facciano uno stage fuori e si dimentichino della Regione e quando rientrano fra qualche anno forse la Regione non c’è più e non hanno questo cattivo esempio dal punto di vista istituzionale – mediante lo svolgimento di attività di scambio, di incontri tra culture diverse, da attivare tra realtà della nostra Regione e le popolazioni europee, con particolare riguardo alle aree dell’est europeo, per un loro inserimento nel processo di formazione dell’unità europea;
- manifestazioni a carattere convegnistico e seminariale per analizzare ed approfondire i temi fondamentali dell’europeismo quali: il federalismo, il regionalismo, la sussidiarietà, la cooperazione interregionale e

transfrontaliera, la solidarietà e l'educazione alla pace.

Pensate quante cose sta facendo la Regione.

“La significativa presenza della Regione nel settore si fonda sulla consapevolezza dell'esigenza di un coinvolgimento complessivo di Stati, autonomie locali, associazioni e singoli individui in azioni di cooperazione e di aiuto dello sviluppo”.

Su questo ho già annunciato che dichiarerò la mia astensione all'interno del comitato per gli aiuti umanitari, perché ci sono due interventi destinati alla Georgia, però due interventi distinti, uno di 250 milioni ed uno di 130 milioni, non so se sono stati distinti per distrarci un pochino.

Poi ci sono altri interventi:

- l'organizzazione, la partecipazione e la concessione di patrocinio finanziario a convegni, congressi, manifestazioni e celebrazioni pubbliche.

L'unica competenza valida è il catasto ed il Libro fondiario. Devo dire che in questo settore non ci sono osservazioni da fare, perché il catasto ed il Libro fondiario funzionano e devono essere mantenuti in capo alla Regione, proprio perché evita anche i problemi di dover operare a scavalco di due province. Guarda caso, propongono di trasferirli alle province come competenza amministrativa, è l'unica competenza che dovrebbe rimanere in capo alla Regione ed invece si pensa di trasferirla alle province.

Proseguendo c'è la cooperazione, che è il piatto forte del nostro Vicepresidente del Consiglio regionale.

“In particolare la Giunta regionale vuole offrire al movimento cooperativo regionale gli strumenti per promuovere la cultura cooperativa, anche nel mondo della scuola, la formazione di operatori d'impresa e di quadri dirigenti, per avvicinare i giovani ai valori ed agli ideali della cooperazione e per favorire il confronto con altre realtà ed esperienze cooperative in Italia ed all'estero”.

Vi rendete conto che ormai queste iniziative per la formazione dei operatori non servono più a niente, perché oggi c'è una miriade di soggetti che fanno formazione, ma la fanno in funzione di quella che è la sfida del mercato che ormai è globalizzato ed è con quello che ci dobbiamo confrontare. Non è che noi dobbiamo continuare a ripetere gli ideali di don Guetti, lasciatelo tranquillo, perché in quel momento è stato un eroe, c'era un periodo di crisi, la situazione era completamente diversa e attraverso la cooperazione si è riusciti a risollevarne le sorti del paese. Oggi continuare a insistere su questo, è solo un tentativo di giustificare uno spreco di denaro e state attenti che non esca il fatto che io ho criticato la cooperazione, ma bisogna fare interventi miranti, che non sono sicuramente questi.

Siccome il tempo a mia disposizione si sta riducendo di molto, volevo fare un riferimento alle cifre in bilancio. Si è detto che la spesa è di 1.250 miliardi, per gli organi regionali ne abbiamo 52, per il personale 118, per l'integrazione europea e minoranze 24 miliardi; se li confrontiamo sono la metà di quello che è il funzionamento degli organi regionali. Per gli enti locali e servizi elettorali sono 24 miliardi e abbiamo 37 miliardi per l'amministrazione generale. Scorrendo veloce abbiamo 24 miliardi per l'integrazione, cioè disponibili per viaggi, convegni, eccetera; per l'integrazione europea, minoranze, interventi di interesse regionale e umanitari abbiamo altri 5 miliardi; per la cooperazione e la

promozione di questi convegni abbiamo altri 3 miliardi e mezzo e abbiamo 5 miliardi di fondi di riserva. Allora ci sono quasi 40 miliardi destinati a questo tipo di intervento.

Allora mi chiedo: come possiamo fare noi ad approvare questo bilancio? No nel modo più assoluto...

PRÄSIDENT: Consigliere, potrebbe terminare per favore?

GIOVANAZZI: Chiudo Presidente, ancora 30 secondi.

Non ci troverete d'accordo nemmeno per quanto riguarda il servizio antincendi eccetera, perché anche questo servizio effettivamente può passare alle province, allora è inutile che la Regione continui a far gestire, attraverso delega, determinati servizi, faccia entrare soldi in questo bilancio e poi li trasferisca alle province. Si faccia chiarezza su questo e si cominci ad individuare, esattamente, le competenze che devono rimanere in capo alle due province e quelle che devono rimanere in capo alla Regione.

Concludendo, Presidente, dico che questo non deve essere fatto in funzione di un annientamento della Regione, ma deve essere fatto intendendo un rafforzamento dell'ente Regione, con competenze diverse, alcune delle quali sono state illustrate ieri, con la proposta a firma del collega Morandini.

PRÄSIDENT: Grazie consigliere. Consigliere Divina, ne ha facoltà.

DIVINA: Presidente, mi sembra di dover fare una cosa dovuta, chiamare in causa un assessore regionale, che fino adesso è stato completamente assente dalla scena, che però più volte è stato chiamato in causa in senso morale ed è l'assessora Zendron, assessore alla trasparenza, è stata l'assessore più trasparente in questa fase, non si è vista, se c'era non ha nemmeno battuto il fatidico colpo.

Tutti quanti, come il polifonico che abbiamo sentito ieri sera, con toni più disparati, hanno puntato il dito, come possono accadere certe cose? Come può la Presidente Cogo svegliarsi oggi e dire: forse le cose andavano regolate. Svegliarsi un giorno con l'acqua alla gola e dire: ma i rubinetti forse andavano registrati qualche giorno prima.

Sulla Presidente Cogo abbiamo parlato, sul Vicepresidente Grandi abbiamo parlato, ma sull'assessora alla trasparenza nessuno ha parlato, ma la Presidente Cogo ha dato solo incarichi o ha dato anche funzioni? Ha fatto solo deleghe o ha chiesto anche collaborazione alla sua maggioranza?

Apprestandomi a leggere la relazione di questo bilancio, se dovessi dare le prime valutazioni a caldo, purtroppo dalle prime righe, un uomo come me che ha militato nella Lega, che ha creduto in una battaglia ideale fin da un decennio a questa parte, della necessità di rivoluzionare, in senso istituzionale, l'organizzazione delle pubbliche amministrazioni, nonché statale e costituzionale, nel leggere le prime righe di queste premesse verrebbe da dire: magna soddisfazione. Infatti, leggo delle parole che, suonando come musica alle mie orecchie, mai furono scritte: "verso un profondo mutamento dell'impianto costituzionale in senso devolutivo e federalista".

Mai ebbi a leggere da maggioranze o da forze appartenenti non all'area della Lega o del centro-destra, che ha sposato appieno le tesi della devoluzione e del federalismo, mai mi sarei aspettato di trovarle scritte da una Giunta di centro-sinistra. "...e di riaffermata applicazione del principio di sussidiarietà". Mi sento un po' come un soldato che va alla guerra, bello armato di munizioni e mi trovo davanti al nemico che mi deruba armi e munizioni e mi dice: queste sono le mie. Non so più cosa fare, non so più se combattere, se allearmi, se le mie armi, il mio progetto, le mie idealità sono le tue, qualcuno dei due gioca sporco. Io ho dovuto lottare, cadere sotto le macerie del vecchio sistema per affermare, ma sempre con coerenza, quelle che credevo fossero le giuste motivazioni, le giuste idee, i giusti progetti per questo grande paese, piccolo paese, piccola provincia e mi sentivo sempre dire: no, no, no. Porte chiuse, non si fa, cose cattive, la devoluzione impoverisce una parte di paese e arricchisce quella che è già più ricca, il federalismo avrebbe spaccato il paese e non si sarebbero più rinsaldate le due metà, rotte, fratturate, sangue a metà di questo paese sarebbe sgorgato, eccetera, mai poi vi è un principio di sussidiarietà, ma scherziamo, dirigismo con la pianificazione comunista, questa era da sempre la logica delle sinistre, bene questo tutto muta e le nostre munizioni stanno diventando argomenti per la sopravvivenza politica dei nostri avversari, che le hanno sempre rigettate al mittente.

Bene, in termini di principio avete recepito che con diagnosi diverse la medicina dovrà essere la stessa, ma ahimè dura poco questa soddisfazione, perché poi andiamo a leggere e vediamo che sono affermazioni di principio, necessitate dal momento storico, ma non fino in fondo credute ed osservate.

Non per logica, ma per ordine come ci è stato presentato, questa Giunta afferma che vi è la necessità di istituire corsi di abilitazioni alle funzioni di segretario comunale, quanti sono i comuni che non hanno questo servizio, che sono costretti a chiedere a scavalco e fanno fatica ad avere quello che la legge li obbliga ad avere, che è il notaio del comune, il segretario comunale. Dopo lo ripeterò, perché dovrò citarlo quando parlerò di poste di bilancio, che in tutto quest'anno, con tutte le necessità, nessun corso è stato attivato, nessuna abilitazione nuova è stata attribuita. Ergo, si affermano le cose, perché si scrivono, ma non si fanno.

Parliamo di Giudici di pace, sempre per ordine di esposizione nella relazione accompagnatoria al bilancio. Si sostiene che è un servizio reso ai cittadini per dare risposte concrete alla crescente domanda di giustizia. Ci prendiamo in giro? Voi sapete quanto è minimale la competenza del Giudice di pace? Il Giudice di pace può decidere per materie di second'ordine, ha competenze fino a 5 milioni, elevabili a 30 solo per i sinistri derivati da incidenti sulla strada, tutto il resto è di competenza dei tribunali. C'è di più, che il nostro sistema di giustizia periferica sta rischiando grosso, perché il governo dell'Ulivo, che ci ha lasciati, nel 1998 ha pensato bene di fare una legge di riordino del sistema giudiziario, ha ideato una serie di parametri, al di sotto dei quali le ex Preture, che erano diventate, per effetto della riforma, stazioni staccate dei tribunali, sarebbero dovute essere soppresse.

Se noi stiamo a vedere, con tutti questi parametri, il volume del contenzioso, il rapporto popolazione-territorio, le distanze chilometriche, asettiche, perché qua si dice solo tra la sede di Corte d'appello e di Tribunale

più vicina, tutte le sezioni staccate esistenti in Trentino dovranno essere chiuse. Come fate voi a dire che bisogna enfatizzare la figura del Giudice di pace, con relativi costi, con relative cancellerie periferiche, quando alla fine le competenze sono irriskorie, perché se veramente vi è richiesta da parte dei cittadini di concrete risposte in merito alla domanda di giustizia, bisogna impegnarsi su tutto il fronte, perché tranne per un piccolo regolamento di confini, nemmeno per l'incidente stradale ormai si va più dal giudice di pace, perché l'incidente stradale che comporta esclusivamente beni materiali o un danno soltanto alle autovetture, non si va in Tribunale, si concorda con i moduli prestabiliti e le assicurazioni hanno tutto l'interesse a non caricarsi di costi aggiuntivi e di concordare le liquidazioni fra loro, intercompagnie. Se viceversa vi sono questioni di danni alle persone, 30 milioni sono irriskori e tutte le cause sono davanti ai tribunali. Il Giudice di pace a questo punto serve ben poco.

Si enfatizza anche gli interventi umanitari in quei paesi dove sono riscontrati eventi bellici, chiaramente riguardanti le popolazioni extracomunitarie e si dice che si vuole alleviare a queste difficoltà, dovute a queste situazioni di emergenza. Qua stanno anche le critiche alle risorse spese dalla Regione e dai responsabili assessori e relative delegazioni che si spostano nel modo, per alleviare queste difficoltà derivanti da eventi bellici.

Esistono o non esistono organismi sopranazionali, le famose organizzazioni non governative, che devono dare risposte a questi specifici problemi, al di là dell'ONU, pensiamo all'UNICEF, a quante altre organizzazioni, una fra tutte che è conosciuta in tutto il mondo Medici senza Frontiere, questi sono organismo che portano un immediato aiuto alle popolazioni colpite da eventi come questi; i nostri assessori chi vanno a curare quando si spostano in giro per il mondo a portare tanti o pochi soldi, a vendere questa o quella iniziativa? Serve ai paesi in cui si va, oberati da milioni di problemi, o serve all'immagine di chi si sposta, che tornando magari a casa con un bel servizio fotografico si riesce a far vedere che si è fatto il nulla, la goccia nel deserto e magari messa anche nel posto sbagliato per mancanza di conoscenze e di approfondimenti?

Ricordo che la provincia autonoma di Trento, che è molto più organizzata che non la Regione, quando fece gli interventi in Irpinia, il giorno dopo del terremoto, pensò di fare cosa buona, ma non seppe organizzare nulla, perché tutto si ferma dove si fermano le strade, ma lì tutti arrivano e tutti gli aiuti e tutte le provvidenze si concentrano, i problemi erano diffusi su un territorio non dotato di strutture, non dotato di strade, ma dotato di un sistema di masserie, corrispondenti ai nostri masi, sparsi in giro, tutte devastate, dove lì nessuno arrivava e dove lì semmai si deve lasciare ogni emergenza a chi conosce i territori, i bisogni, l'orografia, a chi sa farli, perché chi vuole intervenire finisce che arriva dove arrivano tutti e fa quello che non serve a nessuno.

Vorrei tralasciare il problema del finanziamento di convegni, congressi, manifestazioni e celebrazioni, perché queste le ho messe nella sottospecie, rubrica mia, degli sprechi, per cui li vorrei trattare con le poste di bilancio.

Capisco che la Regione ha questa competenza in materia di cooperazione, ma solo perché si ha la competenza in materia di cooperazione

non si può mica trascurare, come ente pubblico, che esistono anche tutti gli altri settori dell'economia. "Promuovere la cultura cooperativa, anche nel mondo della scuola, la formazione di operatori d'impresa e di quadri dirigenti", la prima cosa che obbietto e gli altri imprenditori, gli artigiani non hanno diritto di vedere che l'ente pubblico Regione, ha pari attenzione anche nei loro confronti?

Leggo: "Saranno finanziate, fra l'altro, le seguenti iniziative: partecipazione a fiere internazionali e nazionali"; un paragrafo simile sono sicuro che lo trovo anche all'interno del bilancio della provincia di Trento e di quella di Bolzano, ma cosa promuove la Regione? Cosa va a fare in una fiera internazionale o nazionale, perché la provincia autonoma di Trento potrà promuovere il suo territorio, la sua economia e penso che anche la provincia si troverebbe a disagio, a tal punto che preferisce finanziare le APT, chiamate appunto aziende per la promozione turistica ed eventualmente le categorie economiche che propaganderanno e promuoveranno i loro prodotti, il loro commercio, i loro beni che mettono sul mercato, ma cosa va a fare in fiera la Regione? Cosa mette sullo stand? Non esiste neanche un marchio Regione Trentino Alto Adige da spendere a livello internazionale, mentre esiste a livello di Südtirol, mentre esiste la farfalla a livello di Trentino, ma la Regione cosa va a proporre?

In questa sede potremmo anche dire: piuttosto che mettere in piazza, la Regione farebbe meglio guardarsi in casa e lavarsi i panni senza che nessuno la osservi.

Tornando sulla cooperazione, perché mai bisogna offrire al sistema e l'incentivo, pertanto indiretto dello studio, delle borse di studio solo per "master in gestione di ONLUS", oppure per il corso in diritto ed economia cooperativa attivato presso la Facoltà di economia dell'Università di Trento? Si sa o non si sa che tanti giovani sono indirizzati, per l'uno o per l'altro verso, nello scegliere una facoltà al posto dell'altra, da una serie di motivazioni, una dovrebbe essere la prospettiva futura di lavoro, di uscire con un titolo che trova rispondenza nel mercato del lavoro, ma che trova anche fattive, reali possibilità di esercitare quella professione, che l'Università ha dato almeno le basi per la formazione. Istituire le borse di studio è un secondo incentivo, un ragazzo può essere stimolato di scegliere un piano di studi di un tipo, piuttosto dell'altro, non perché è più interessante, non perché dà più prospettive, ma per il fatto che c'è la borsa di studio.

Così facendo aiutiamo o inquiniamo le scelte vere che possono fare i ragazzi? Se si vuole dare una mano in materia di studio, si diano le borse di studio all'Università di Trento e di Bolzano, le quali stabiliranno in che modo gestirle, perché dire solo per queste materie, se poi all'esterno non troveranno alcun tipo di sbocco! Famose facoltà stabilimenti e produttori di disoccupazione, ci sono, pensiamo ad esempio a Lettere, chi si iscrive a Lettere uscirà con una laurea in Lettere, ma non uscirà sicuramente con una prospettiva di lavoro, saranno fabbriche di disoccupati, perché chi esce con quel diploma di laurea sa che dovrà dedicarsi esclusivamente all'insegnamento, ma noi vediamo quanto è saturo il mercato dell'insegnamento. Vale la pena incentivare l'iscrizione con borse di studio, per arrivare ad avere ancora più disoccupati, laureati nella disciplina delle Lettere?

Abbiamo sentito parlare di fondi a carattere previdenziale a sostegno della non autosufficienza, voi lo mettete tra i vostri impegni, ma come intendete concretizzarlo? Scriverlo qua vuol dire quasi nulla, è un intendimento, ma come faremo a istituire dei fondi obbligatori per la non autosufficienza, io vorrei leggere come vengono istituiti, non un libretto delle idee buttate lì.

A me sembra che quando si volle fare demagogia e non vi è responsabilità né di questa, né della precedente legislatura, quando si fece la pensione per le casalinghe, si vendette come una grande iniziativa di lungimiranza e di attenzione, tutte belle cose, tutte rispondenti fin tanto che questo fondo non è andato a regime, ma chi propone queste cose ha anche un obbligo di verificare se queste cose stanno in piedi ed è di questa legislatura l'intenzione della Presidente Cogo di rimaneggiare tutto questo fondo perché non sta più in piedi, perché fino a quando c'erano cento che pagano ed una era in pensione il fondo reggeva, ma adesso che il fondo è cento che pagano e magari cinquanta sono in pensione, già non regge più, ma quando ci saranno cento che pagano e cento in pensione che cosa sarà? Il deficit continuo della Regione, che non farà più attività istituzionale, probabilmente non farà più niente, perché avrete deciso voi di chiudere i battenti, ma non sarà nemmeno in grado di erogare quelle pensioni che ha promesso.

Voi sapete che se uno si iscrive con queste precise disposizioni, ha diritto di vedersi riconoscere, alla fine del periodo maturato, quanto le norme prescrivevano.

Mi spaventa una cosa, che voi andate a citare il decreto legislativo 259 del 2001, che prevede la facoltà per le province di Trento e di Bolzano di istituire contributi anche obbligatori a carico di cittadini residenti, eccetera, per istituire questi fondi. Ve la sentite voi di chiedere altri soldi aggiuntivi ai cittadini? Lo dica la Regione, perché l'ultima frase che ho sentito è che chiunque contribuisce, chiunque ha un reddito, chiunque ha anche una pensione, si vede la famosa addizionale IRPEF regionale come trattenuta, voi state dando un giusto esempio di come vengono amministrati i soldi dei contribuenti, avete il coraggio in questa fase di andare a chiederne altri obbligatori per istituire altri fondi, che poi dei fondi poco si sa, se non che vanno male, ma che gli assessori vanno molto bene in giro per tutto il mondo, questo era risaputo ed oggi è arrivato come un boomerang addosso a tutti voi, per il modo in cui sono stati gestiti! Avete ancora coraggio di chiedere contributi obbligatori aggiuntivi?

Previdenza complementare. Mi sembra che ha scontentato un po' tutti, l'ultima assemblea di categoria, alla quale ho partecipato, era quella degli artigiani, che hanno criticato violentemente la gestione della previdenza complementare, presuppongo che tutti gli autonomi si lamentino e forse anche chi è stato obbligato e non capisce bene l'articolazione come andrà a funzionare, abbiamo però un dato immediato di riscontro, sappiamo che vi possono essere momenti contingenti, dove la capitalizzazione non remunera quanto ci si era prefissati e lo ripeto, la capitalizzazione può non remunerare, vuol dire che sugli interessi di questi fondi può esservi anche incertezza, ma non può esservi incertezza sul capitale, la gestione della previdenza complementare, il centrum non ha saputo far rendere i fondi, ha perso il capitale! Questo è grave, questo dipende anche dal fatto che la Regione ha sempre concesso, ma secondo noi è mancato un rigido controllo.

Parliamo di previdenza, non giochiamo in borsa con i risparmi, parliamo con ciò che deve essere accantonato perché in tempi prossimi debba trovare una remunerazione differita. Possono andare male gli investimenti, possono andare bene, non vi è una certezza nelle previsioni, possono rendere più del 5, meno del 4, più dell'8, meno del 2, ma non possono intaccare quanto viene accantonato.

Vorrei parlare di alcune poste a bilancio. Indennità di carica del Presidente della Giunta e degli assessori. Vediamo una cosa, che c'è una previsione di aumento dell'indennità di carica. Oggi gli assessori ed il Presidente hanno un'indennità di carica complessiva di 600 milioni di lire. Leggendo che i residui all'1.01.2002 saranno zero, viene da pensare che quei 600 milioni sono già stati tutti impegnati.

Siccome dall'anno prossimo dovremmo imparare a ragionare in euro, 600 milioni equivalgono a 309 mila euro, la spesa in competenza per il 2002 non sarà 309, ma sarà di 326. Facciamo due calcoli: 26 per una media del 6% di aumento dell'indennità di carica del Presidente e degli assessori; non c'è che dire, in modo sommesso, non eclatante, l'indennità dei consiglieri fanno un clamore incredibile e le indennità dei consiglieri nessuno le va a recriminare, nessuno le va a sollecitare, abbiamo deciso che è vergognoso stabilire noi quanto ci compete, abbiamo trovato un sistema automatico che a noi compete per le funzioni che abbiamo, l'80% di quello che compete ad un parlamentare nazionale, il quale a sua volta ha deciso di non darselo lo stipendio, ma di dire: siccome siamo eletti dal popolo, legiamoci ad una carica significativa e si sono legati al Presidente di una sezione di Corte di cassazione.

E' possibile che il parlamentare, rappresentante, di tutta la nazione, potesse percepire meno di un suo dipendente, un alto funzionario seppure, si sono legati ed a cascata quello che succede, se è giusto aumentare una paga al giudice, perché non è giusto aumentarla ad un parlamentare, ergo per l'80% se non è giusto adeguarla a quella di un consigliere.

Questo fa molto scandalo, pur non chiedendo nulla, la Giunta regionale viceversa chiede, perché se li aggiorna, li mette a bilancio, però nessun giornalista è così attento da andarlo a scovare, ma guarda qua, lavorano troppo, non hanno competenze, se ne disfano, firmano i protocolli d'intesa per le deleghe, ergo lavoreranno ancora meno, però le indennità aumentano. Questo, cari giornalisti, è un vero scandalo.

Spese per viaggi del Presidente della Giunta regionale e degli assessori. Non sono reali, perché le spese non corrispondono solo ai 150 milioni, ma corrispondessero anche ai 150 milioni, che tradotti in euro sono 77 mila euro, per l'anno 2002 da 77 passeranno a 93 mila euro, ergo avendo molto più tempo perché avranno meno competenze vi sarà più tempo libero, perciò bisogna aumentare le spese di viaggio, perché se uno non ha più niente da fare in ufficio si deve muovere e se si muove va in trasferta e se si muove viaggia e se si muove bisogna adeguare il parametro per i viaggi degli assessori.

Non è finita, perché Presidente ed assessori hanno altre indennità. Alla rubrica 17 si parla di indennità di rappresentanza e di spese di rappresentanza, tutti noi sappiamo che le spese è un qualcosa che va documentato e il Presidente e gli assessori hanno 200 milioni all'anno di spese di rappresentanza, vuol dire che la carica, la chiamata, lo spostamento, il

rapporto con altre istituzioni, enti, eccetera, comporta delle spese aggiuntive ed i relativi Presidente ed assessori hanno la possibilità di spendere liberamente 200 milioni; poi che mi ha incuriosito è perché se vi sono le spese di rappresentanza vi è anche l'indennità di rappresentanza? Ho fatto mente locale e reminescenza mi dice che indennità è un qualche cosa che spetta alla persona ed infatti spetta esclusivamente al Presidente della Giunta ed al vice sostituto della Giunta e sono 50 milioni, non so come se li divideranno, avranno trovato il sistema, 30 al Presidente e 20 al Vicepresidente, ma essendo indennità non va mica giustificata come la spesa, è uno che dice: per essere rappresentante mi devo mettere in tasca qualche cosa, perché avrò da pagare in qualche maniera.

Ciò mi fa pensare che questo è il metodo, bisogna avere i soldi in tasca da non rendicontare per spendere tranquillamente ad ogni evenienza, ciò che è accaduto non sta che a dimostrare quello che sto dicendo.

Una spesa che mi ha irretito, perché non ho avuto alcun tipo di risposta dalla Presidente Cogo, è quel miliardo e 70 milioni che si spendono per attività di informazione e stampa, nonché documentazione. Nel corso dell'anno 2001, il servizio stampa e documentazione – non so se si chiami così – la copisteria della Regione ha lavorato mesi e mesi interi per stampare volantini pieghevoli, di una manifestazione che si sarebbe dovuta svolgere in una provincia dell'Emilia, dove la Presidente Cogo era invitata, organizzata da una società per azioni, che chiedeva il patrocinio della Provincia ed a questo punto la stampa di tutto il materiale, parliamo di migliaia e migliaia di copie che dovevano girare tutta Italia, perché era una manifestazione nazionale. Il nostro servizio copisteria, duplicazioni, servizio stampa, non so come si chiami, ha lavorato mesi e mesi.

Io chiesi: chi ha dato le disposizioni? Lì tutti si sono irrigiditi, perché non c'era una delibera. Come si fanno a mettere in produzione migliaia e migliaia, più di 70 mila documenti senza avere la copertura? I dipendenti allargano le braccia, se ordine viene dato dalla Presidenza noi lo dobbiamo fare, ma la delibera che autorizza dove sta? Non esiste. Mi sono informato presso altri servizi, la delibera non è mai stata fatta, ho chiesto alla Presidente Cogo: possiamo avere questa delibera, che a questo punto può essere solo in sanatoria, ma siccome ho scovato un inghippo, la Regione può finanziare enti o associazioni senza scopo di lucro, che organizzano sul territorio nazionale, perché ha messo 1 miliardo e 70 milioni a bilancio? Può finanziare questo tipo di associazioni o enti, ma non può finanziare una società per azioni. Lì probabilmente è sfuggito a tutti, ecco perché quella delibera non si potrà mai fare, voglio che la Presidente renda conto anche all'assemblea perché si fanno queste cose, si danno disposizioni, si spendono centinaia e centinaia di milioni con questa leggerezza, senza conoscere la legge sulla quale si vanno a fare queste spese.

Tutti noi poi ci chiediamo: quanto sarà il lavoro che gira sotto le decisioni, sotto le delibere della Giunta regionale. Se andiamo a vedere quanto costano, perché ci sono dei componenti interni delle commissioni, che hanno un costo di 350 milioni all'anno e poi ci sono indennizzi per rimborsi, spese ad estranei dell'amministrazione per studi, per servizi, per prestazioni erogate in favore dell'amministrazione e ammontano a 500 milioni. Dovremmo avere i

migliori tecnici che suggeriscono, state attenti che se andate all'estero bisogna prima dichiarare le valute, state attenti che se date soldi a questa associazione deve rispondere almeno legalmente ai requisiti che la norma prevede, io dico con questa pletora di commissioni, di esperti che si pagano con questo fior di soldi, ci dovrebbe essere un fiore di amministrazione. A voi sembra che sia rispondente al quadro che sta offrendo l'amministrazione regionale? E' una domanda provocatoria che conosce bene la risposta.

Vado avanti il pomeriggio Presidente. Quanti minuti ho ancora? 22 minuti. Grazie.

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist bis 15.00 Uhr unterbrochen.

(ore 13.00)

(ore 15.04)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich bitte um den Namensaufruf.

MINNITI: (Sekretär): (ruft die Namen auf)
(Segretario): (fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Il cons. Divina può parlare ancora 23 minuti. Ne ha facoltà.

DIVINA: Mi rendo conto, Presidente, che non è facile riprendere a freddo un discorso che aveva un suo cappello, un'introduzione, c'è stata la pausa pranzo, sarebbe stato interessante sentire cosa aveva da dire la maggioranza, a riguardo della riunione fiume che ha effettuato nella pausa pranzo. Vi diremo la verità, ci auguravamo tutti noi di poter assistere alla chiusura di questo ignobile spettacolo, con la rassegnazione delle dimissioni di questa Giunta e la richiesta di responsabilità nel varare, nei tempi più celeri possibile, questo bilancio, dopo di che le vacanze porteranno consiglio, gli esecutivi "in prorogatio" e le forze politiche si sarebbero poi dovute trovare e in ogni caso un segno di discontinuità per l'opinione pubblica, che sotto queste festività ha pur diritto di vedersi in qualche modo ricompensare dalle istituzioni.

Così non è stato, viene da pensare che o c'è ancora da concordare qualche questione lasciata aperta, concordare in senso istituzionale le risposte, perché andando a ruota libera abbiamo visto come ci si sconfessa l'un l'altro, come in quest'aula, d'accordo che non è un aula di Tribunale, qua non c'è l'obbligo del dire tutta la verità, nient'altro che la verità, esclusivamente la verità, però dopo aver sentito menzogne su menzogne, bugie su bugie, oltre che a farneticazioni varie, ci si aspettava un bel gesto. Scusateci, pensavamo di mettere la toppa, si è verificato che la toppa è peggio del rammendo, ce ne andiamo e nessuno avrebbe più che tanto infierito, una specie di commiserazione generale, sulla Croce Rossa non si spara, vi lasciavamo anche andare a casa a festeggiare le festività tranquillamente.

Riprendo quei quattro punti sintetici che sul bilancio non si possono a questo punto non evidenziare e soprassedere.

Vi sono ben due capitoli che vanno a coprire spese per interventi a favore dell'integrazione europea. Il primo capitolo sono interventi diretti e constano nella ragguardevole cifra di 6 miliardi e 750 milioni ed il secondo fondo è per sovvenzioni a comuni o altre associazioni, sempre finalizzate all'integrazione europea, questo secondo fondo annovera ben 3 miliardi e 750 milioni. Ci viene da chiedere una cosa: primo, 6 miliardi e 750 milioni per favorire il processo di integrazione europea, noi crediamo che tutti gli Stati che hanno aderito alla comunità hanno innanzitutto due obblighi, di osservare direttive, regolamenti e raccomandazioni della comunità, cosa che tra il resto l'Italia mi sembra essere il paese che più si scosta da osservarle tutte queste impartizioni; secondo, trasmettere questo senso di nuova civitas, dopo essere cittadini del proprio comune, cittadini della propria regione, cittadini del proprio Stato, far nascere o sensibilizzare sulla nuova appartenenza cittadini di questa nuova Europa.

Questi sono compiti statutari, questi sono compiti degli organismi comunitari, questi sono compiti dei singoli Stati. Sembra che un po' tutti si siano arrogati questo diritto, sembra che la provincia autonomia di Trento per la campagna euro e per la sensibilizzazione all'Europa abbia speso ingentissime somme. Vedere che la Regione interviene a sua volta e stanziava in bilancio più di 6 mila miliardi, ci viene da pensare: si farà fatica a spenderli ed ecco perché bisogna girare mezza Europa per impegnare questi soldi, perché per integrarsi bisogna frequentarsi, per frequentarsi bisogna girare e per girare sappiamo servono soldi ed i soldi la Regione puntualmente li stanziava.

Se lo deve fare la Regione, che senso ha finanziare anche i comuni perché vadano in giro per l'Europa, già ci sono i valichi tutti intasati, è necessario che anche i comuni si spinga perché sovvenzionino queste politiche di integrazione europea e non con poco, con 3 miliardi e 750 milioni! Perché mai lo devono fare i comuni? Uno dice: è bene che tutte le organizzazioni, pubbliche amministrazioni operino secondo questa impostazione o questo schema, ma a questo punto la bocciolina del "Pedavena", in un'occasione di gemellaggio o di scambio interculturale europeo, potrebbe operare attività di integrazione facendo una partita con la bocciolina Innsbruck, che sarà altrettanto famosa.

La bocciolina ci serve solo da esempio, perché forse sarebbe proprio un esempio che questa istituzione dovrebbe prendere e non da essere messa semmai al bando, non vi è limite alla macchia d'olio che potrebbe comprendere tutto, tutti lavoriamo nella logica dell'integrazione europea. Vogliamo rispettare un po' i ruoli? Tutti vogliamo spendere soldi per le stesse e identiche cose?

Parlavo prima degli interventi a favore di Stati extracomunitari colpiti da eventi bellici o in altre difficoltà, eccetera. Qui non è che si va a fare sensibilizzazione, presenza, no, si stanziavano 5 miliardi e 700 milioni. In occasione dell'assestamento di bilancio nel luglio scorso, analizzai una serie di iniziative e sembravano piccole polverizzazioni di interventi, che non avrebbero portato a risultati di nessuna consistenza pratica. Ho già detto, meglio sarebbe darli ad un'organizzazione non governativa che ha un unico costo centrale e che fa interventi veri, una fra tutte "Medici senza frontiere", volete aiutare i

popoli colpiti da un evento bellico? Gli si dia la nostra compartecipazione e chi è attrezzato e porta aiuti reali, vada e faccia quello che noi gli si dice di fare.

Vi chiedo un attimo di attenzione, se noi stabiliamo di stanziare fra tutti questi miliardi una cifra simbolica, 10 milioni al popolo afgano, colpito dalla guerra e nessuno potrebbe dire nulla, ma se quei 10 milioni che spende la Regione devono servire ad un assessore e 3-4 funzionari al seguito da portare in Afghanistan, quando questi arrivano a Kabul e vanno in albergo a fare la prima colazione, hanno già speso tutti i soldi con i biglietti d'aereo e con i costi relativi al viaggio! A cosa serve fare questa miriade di interventi, che non lasciano nulla di sostanza sul posto, servono solo a mettere in moto persone in giro per il mondo, perché se volessimo che 10 milioni rimanessero veramente, dobbiamo almeno partire con 20 milioni e sappiamo che il 50%, a questo punto, si è già perso per strada.

E' questo che vuole la Regione? E' questo che vorrebbero i cittadini che finanziano la Regione? Sapere che i soldi vanno spesi in questa maniera!

Uno che volesse fare una lettura ragionieristica del bilancio della Regione verrebbe colpito da una cosa, vi leggo il cap. 351: "Oneri derivanti dal rimborso delle spese per la riparazione degli automezzi propri, sostenute dai componenti della Giunta o dai dipendenti regionali in caso di incidente avvenuto durante i viaggi di servizio". La Giunta per l'anno 2001 ha stabilito 100 milioni e tradotti in euro li ripropone per l'anno 2002.

Sapete la cosa strana, ragionieristica? Che tutti hanno dei residui, il residuo è quello che l'anno scorso si è impegnato e che si pensa di non spendere o eventualmente è stato impegnato, ma le fatture sono ancora in giro e si spenderanno l'anno dopo, per cui si mette a residuo ciò che bisognerà pagare. Strano che per questa voce, così pulita, 100 milioni, non vi sia neanche una lira, zero residui e quando c'è scritto zero residui vuol dire che tutto quanto stanziato è stato impegnato. E' possibile che gli incidenti che hanno toccato i mezzi propri degli assessori non siano stati 99 milioni e 50 mila lire, ma siano stati 100 milioni esatti? E' singolare, ragionieristicamente parlando è un dato rilevante, che all'inizio dell'anno per una spesa così variabile si azzeccchi alla lira l'importo che poi alla fine d'anno si sarà andati a spendere.

Questa è una curiosità che non potevo esimermi dal sottoporre anche a voi.

Sull'organizzazione di convegni, congressi e altre manifestazioni credo abbiano parlato tutti in quest'aula, sul pronto cassa come la provincia affronta queste attività all'estero e come si è generosi nel favorire a enti e associazioni e comitati, attività di partecipazione a convegni, congressi e altre manifestazioni, stanziando le cifre di 700 e 120, totale 820 milioni per finanziare associazioni che partecipano a qualche convegno, che comunque hanno un certo interesse della Regione.

Un altro punto, che però qua ha una valenza politica, pertanto una curiosità politica all'interno di questo bilancio, è il cap. 1491: "Spese per l'esercizio del diritto di iniziativa popolare nella formazione delle leggi regionali". Tradotto sarebbe quanto la Regione accantona per ipotetici referendum popolari o per altre manifestazioni, petizioni che la Regione o le province sono tenute poi a sostenere, perché la legge lo prevede. Sapete quanto spende la Regione per questo capitolo? Neanche una lira, c'è la classica sigla "P.M." che

significa per memoria, è soltanto un capitolo che si tiene per memoria, non si sa mai niente.

Ricordo vecchi slogan che adottava il Partito Comunista e la Presidente è una rappresentanza di quello che fu quel partito, che cambiò nome, cambiò sigle, che si estinse un po', che da rosso diventò roseto, comunque fu quello, P.C.I.-P.D.S.-D.S., diventerà D.C. probabilmente, Democratici di Centro con questo spostamento, ma questi sono affari politici, ma mi ricordo che per l'allora P.C.I. il termine forte era "partecipazione" nelle piazze, degli operai, dei ceti medi alla politica, delle donne, dei bambini, della scuola, il mondo doveva partecipare. Ed è vero, come fa la classe dirigente politica a fare delle scelte giuste se chi poi queste scelte le deve subire non partecipa, non dà un aiuto, non dà un suggerimento. La partecipazione oggi si estrinseca in pochi modi di partecipazione popolare, il referendum e le petizioni, gli unici modi che hanno i cittadini per fare arrivare alle istituzioni la loro parola, il loro sentire.

Curioso che per questa importante opera di partecipazione la Regione metta P.M., non una lira, per memoria, teniamolo e basta. Ricordando le grandi battaglie che faceva il Partito Comunista per la partecipazione è la passata memoria, non c'è più in questo partito che governa la Regione, è una passata memoria, una volta c'era la partecipazione, adesso governiamo noi, cosa c'entra il popolo? Il popolo stia zitto, governiamo noi che siamo noi che incarniamo il verbo, la verità e le esigenze di tutto l'universo mondo.

Ho già parlato di corsi di preparazione per i segretari comunali, tantissimi comuni si trovano in difficoltà per la carenza di persone abilitate a questa funzione, andiamo a leggere il cap. 1600, erano previsti 639 milioni, equivalenti a 330,015, 96 euro, spesi neanche uno, perché si porta a residui 351 mila, tutti quelli del 2001, più qualche cosa ancora dell'anno precedente. Sul settore più importante per far funzionare i comuni non si è speso una lira, non si è dato il via a nemmeno un corso abilitante per dare strutture e funzionalità ai nostri comuni.

Ecco come si spendono o non si spendono le nostre risorse.

Previdenza integrativa. Non so se Patumi esiste ancora, se è andato in pensione, se lo hanno congelato, ma se Patumi mette le mani su questo bilancio e vede cosa sta accadendo, probabilmente farà impazzire qualche assessore e qualche funzionario della Regione. Per la previdenza integrativa la Regione stanziava ogni anno 180 miliardi, equivalenti a 92 milioni di euro, che per il 2002 aumenteranno a più di 108 milioni di euro, cioè a più di 200 miliardi di lire. Noi sappiamo cosa stanno a significare le pensioni, le previdenze integrative, eccetera, dalla riforma in poi si è passati dal vecchio sistema retributivo al sistema contributivo, uno accumula qualcosa, paga qualcosa per vederselo fruttare e poi riconoscere; possiamo dire che questa è una previdenza integrativa o è un assistenzialismo puro e semplice?

Andiamo a vedere il cap. 2030: Assegnazione a favore del Centro pensioni complementari regionali, altri 80 miliardi. Allora dobbiamo pensare che i secondi 80 miliardi devono coprire i costi di gestione. Tutti si lamentano che non solo vengono investiti male, non solo non rendono, non solo fanno perdere a chi accantona qualcosa, ma tutti si lamentano che il Centro PensPlan ha dei costi altissimi e infatti ha fatto un raddoppio di tutto, raddoppio della Presidenza,

raddoppio della dirigenza interna, funzioni che potevano essere raggruppate sono state separate e pagate in modo esagerato, 200 milioni all'anno, con due figure che hanno le stesse, identiche funzioni. Gli 80 miliardi servono, ma non per aiutare qualcuno a costruirsi una pensione, ma per costruire questo "mostrum" che abbiamo creato e chi lo sta gestendo se ne deve fare carico di fare un po' di chiarezza; fra un po' chi si è associato si auto-esonererà, ma per forza, non possiamo pagare e vedere che non solo ciò che accantoniamo non rende, ma addirittura è tagliuzzato perché nemmeno il capitale è garantito. E' possibile che la Regione debba continuamente finanziarlo, una volta istituito l'INPS e l'ente Nazionale di Previdenza di Categoria, non possiamo ogni anno sovvenzionarlo, il sistema deve reggere con le proprie gambe.

Finisco Presidente, la ringrazio per la pazienza e l'attenzione.

Devo dire una cosa, noi pensavamo di avere trovato un paese, un sistema dove una necessità da registrare c'era, ma il peggio del peggio non potevamo neanche immaginare quale potesse essere, ma lo abbiamo visto con la Sinistra al governo. La Sinistra al governo del Paese, la Sinistra al governo delle nostre istituzioni ha portato a ciò che neanche si immaginava, al peggio che pensavamo, al fondo che pensavamo di aver toccato, abbiamo visto che c'è anche uno scantinato e forse piani interrati.

Siamo contenti? Io devo dire di no. Possiamo essere contenti di avere messo sul banco di prova chi era abituato ad auto-referenziarsi ed a questo punto li abbiamo sbugiardati, ma non possiamo essere contenti, perché noi siamo gli stessi amministratori della stessa società e vederla andar male credo non possa essere una cosa piacevole per nessuno.

Ho finito Presidente. Abbiamo assistito ad una cosa immonda in quest'ultimo anno, sfiducie date alla propria Giunta, poi ritirate, rimesse in piedi, dimissioni annunciate e poi ritirate, Presidente e Vicepresidente che si sconfessano e si auto-sfiduciano vicendevolmente, noi vi chiediamo una cosa: ci fate un regalo di Natale? Metteteci le vostre dimissioni sotto l'albero, sarebbe un grande regalo per noi e per tutta la Regione Trentino Alto Adige.

PRÄSIDENT: Grazie. Consigliere Boso ne ha facoltà.

BOSO: Grazie Presidente. Ho ascoltato gli interventi di alcuni colleghi, che si sono presi il tempo di chiarire la situazione dell'economia della Regione. Questi colleghi hanno dimostrato come è facile sulla carta essere dei soggetti ingordi. Presidente del Consiglio regionale, vorrò vedere come avremmo le opportunità, da parte di Solidarietà, quando ci troveremo in Consiglio provinciale a Trento e che parlerà delle retribuzioni e del mensile dei consiglieri provinciali, quando abbiamo visto con che facilità la sinistra-centro della Regione si è aumentata le prebende per la Presidenza della Giunta, per gli assessori, per i Vicepresidenti, quando questa gente parlerà dei soldi degli amministratori politici nei confronti della povertà del territorio.

Io faccio parte della commissione per la povertà in Provincia di Trento, vorrò sentire il Presidente, cons. Passerini, quando si straccerà le vesti per parlare della povertà extracomunitaria, invece che della povertà locale.

Abbiamo visto dei giochi da circo, dei giocolieri, delle persone che fino a ieri hanno gridato alla trasparenza, al buon governo, alla coscienza

politica nel confronto dell'amministrare il bene pubblico, invece abbiamo visto che queste stesse forze di sinistra, i cosiddetti democratici di sinistra hanno fatto invece dell'incasso dei soldi dell'ente pubblico, dei soldi e della fiscalità.

Ecco perché, Presidente del Consiglio, spero e mi auguro che la riforma del ministro Tremonti, sostenuta dalla volontà del mio segretario federale Umberto Bossi, abbatta la fiscalità, la percentuale, si arrivi ad una pressione fiscale del 30%, perché chi produce ricchezza abbia più possibilità di tenersi il proprio reddito, invece di versarlo a questi enti, perché vengano gestiti come è stato dimostrato. Soggetti che con la massima negligenza si fanno sottrarre tre Audi, qualcun altro va con i soldi in contanti, quando basta consultare il sito dell'ACI in Internet e ti spiegano che per entrare in certi Stati, per entrare in Moldavia non sono autorizzati più di 1500 dollari e qui vanno con 15 mila dollari! E' mai possibile una cosa del genere! Soprattutto quelli della sinistra, che dovrebbero essere le persone che gridano allo scandalo, non fanno alcun battito di ciglia.

Ho visto che qualcuno ha ancora il coraggio di presentarsi con il giornale Unità, allora la moralità dov'è? Poi i nostri conti li regoleremo in Consiglio provinciale a Trento, perché dalle voci di spesa della Regione arriveremo al regolamento dei conti in Consiglio provinciale, perché voglio vedere, quando ci troveremo in Consiglio provinciale, a dibattere sul bilancio, sulle spese, sui tagli, sui discorsi di moralismo che sarà fatto dalla cons. Chiodi, dalla Presidente Cogo, dai cons. Pinter e Passerini. Voglio vederla questa gente, che sono usciti dall'aula quando si è presentato il cons. Tretter, perché hanno detto che ha rubato un orologio, che erano scandalizzati da questa presenza ed ora non battono ciglia quando sono compartecipi in prima persona. Questa è la differenza o forse non c'è differenza.

E' facile vedere il male negli altri e perdonare in casa propria il figlio che viene condannato a morte.

Di fronte a questo vorrei capire e, guarda caso, anche questa volta il consigliere del partito della Margherita, Molinari mi è fuggito, perché aveva detto che doveva presentare un ordine del giorno con le dimissioni della Giunta o almeno le dimissioni del triumvirato responsabile di questa situazione.

Al TG3 regionale, l'ex consigliere Tarcisio Andreolli ha detto che come partito della Margherita chiede le dimissioni della Giunta, auspica per il bene della Regione che ci siano le dimissioni della Giunta regionale.

Allora mi chiedo: è mai possibile che Mani Pulite non abbia insegnato niente o forse sono servite per far fuori i socialisti ed i democristiani che non erano compiacenti o piacevolmente amici! Sono serviti a questo i super Magistrati di Mani Pulite? Abbiamo visto la gazzarra fatta al Senato per le dichiarazioni del sottosegretario Taormina, che quello che ha dichiarato l'80% della comunità nazionale condivide nel comportamento dei Magistrati e voi avete fatto una cagnara esclusivamente per un 20%! L'80% della comunità del Trentino Alto Adige vi condanna come Giunta regionale e voi rimanete seduti ai vostri posti.

Allora voglio sapere dov'è la vostra moralità, dov'è la vostra responsabilità! Certamente la sedia potrebbe preparare le regalie natalizie, se uno è assessore, Presidente della Giunta, Vicepresidente può avere delle regalie natalizie e di capodanno o anche della Befana, anche se dicono che

l'Epifania tutte le magagne porta via, ma non pensiate che ci sia tempo, che dopo la Befana non vi sia rinfacciato quotidianamente il vostro comportamento quando parlerete di moralità, di responsabilità, di denaro pubblico, di diritti, di soldi dei consiglieri, perché voi fate mancare quell'affetto nei confronti della classe politica.

Allora, se da una parte troviamo una Presidente di Giunta che non rilascia il decreto di spesa per un convegno in Emilia Romagna e noi vorremmo sapere questa situazione, oggi leggiamo su un quotidiano i viaggi all'estero di qualche assessore e quando li abbiamo richiesti con un'interrogazione, non ci è stata data ancora risposta dove sono andate queste persone. Allora l'informazione giornalistica serve per pararvi la coscienza o oggi avete ancora troppi amici all'interno della carta stampata!

Presidente del Consiglio, collega Pahl, non so i rimanenti colleghi delle opposizioni come si comporteranno, non lo so, questo bilancio è arrivato senza il nulla osta della S.V.P., questo bilancio può essere bocciato anche dalla stessa maggioranza, in considerazione che sarebbero tre saggi che lo gestiscono dopo, però Presidente Pahl di sicuro il voto del cons. Boso e penso dei componenti della Lega Nord Padania non saranno presenti a questa votazione, visto che queste sono rogne vostre, sono cose vostre.

Spero che la stampa stia attenta se il bilancio sarà bocciato, se il bilancio sarà promosso, se gli emendamenti saranno votati, se saranno bocciati, come sarà gestito il soldo, se saranno i tre saggi che gestiranno questo bilancio, ma sicuramente non parteciperò alla vergogna della votazione di questo bilancio. No, Presidente Pahl, con rispetto alla sua persona, però credevo che anche lei potesse avere peso nella decisione che almeno i tre più responsabili dessero le dimissioni oggi dalla Giunta regionale.

Presidente Pahl, lei doveva difendere anche il nostro onore, non soltanto gli interessi del suo partito e dei Democratici di Sinistra, lei doveva difendere anche la nostra dignità, perché quando vado in giro non voglio più sentirmi dire: Boso hai cambiato macchina, perché ti hanno rubato l'Audi? Non voglio nemmeno più sentire quanta responsabilità ho e quanti soldi mi sono avanzati da Mosca!

Lei Presidente Pahl doveva difendere anche la nostra dignità, non solo gli interessi del suo partito e qui lei ha sbagliato, lei doveva imporre ai suoi alleati di maggioranza, i Democratici di Sinistra e della Margherita, di imporre le dimissioni ai responsabili della situazione che si è creata, difendendo la dignità del Consiglio regionale.

Ecco perché la Lega Nord, per bocca del proprio capogruppo, non parteciperà a questa votazione, perché non si può umiliare, offendere l'onestà delle persone, l'onestà della persona sta nella coscienza e quando non si ha coscienza non si ha nemmeno diritto di amministrare.

PRÄSIDENT: Grazie. Consigliere Urzì ne ha facoltà.

URZÍ: Grazie Presidente. Impegnerò l'aula solamente per pochi minuti, in quanto molte delle osservazioni che provengono dal nostro gruppo politico sono già state svolte dal capogruppo Taverna, ma anche da altri colleghi dell'opposizione che hanno rappresentato, in modo molto efficace, quella che è

la situazione singolare, forse anche molto dolorosa che sta vivendo in questi giorni l'istituzione regionale.

Il nostro intervento quindi è teso a sollecitare, nello spazio che ci è riservato, nell'ambito del dibattito generale sul bilancio, l'amministrazione a trarre le somme di ciò che in quest'aula è stato detto, di ciò che sui giornali è stato scritto, ma soprattutto di ciò che nella comunità che noi rappresentiamo, in queste ore, in questi giorni, si sta affermando.

Il Vicepresidente Grandi ha fatto riferimento anche ad un determinato taglio tagliente ed ironico di determinate riflessioni che sono state svolte, posso dargli ragione sicuramente, debbo però anche aggiungere come troppo pesante è il problema morale che si è posto in questi giorni, che non può essere liquidato semplicemente con una battuta ironica o con della facile satira.

Prendo atto come in quest'aula, nel momento del dibattito su un bilancio, cui si associa un dibattito sulla trasparenza dell'amministrazione regionale è assente l'assessore alla trasparenza, Zendron, assessore che fino a pochi mesi fa, quando apparteneva all'opposizione ha sempre condotto una battaglia anche esemplare, che noi avevamo apprezzato, per rivendicare il diritto da parte delle comunità, da parte della sua forza politica, i Verdi che allora stavano all'opposizione, il diritto di sapere quale destinazione avessero i fondi regionali, che dalle pieghe del bilancio – e sono tante le pieghe, tanto da renderlo spesso indecifrabile – vengono tratti per poter finanziare associazioni, investimenti, strutture, iniziative, persone, convegni, manifestazioni e quant'altro in Italia e all'estero.

Proprio nel corso di questa giornata si stava discutendo con diversi osservatori dei lavori del Consiglio regionale, della pubblica amministrazione regionale sulla impossibilità pressoché totale di penetrare nelle maglie di questo sistema, che è complesso e che è stato strutturato in maniera efficace, per comprendere esattamente quale destinazione abbiano questi fondi, al di là di indistinte voci, che si riferiscono a tutela di minoranze linguistiche, concetti molto nobili, oppure conservazione dei valori tradizionali, oppure integrazione europea e quant'altro. Una maschera dietro alla quale si nasconde un mondo che qualcuno ha definito torbido, che io non mi azzardo a definire torbido, ma un mondo nel quale non si riesce a comprendere esattamente lo sviluppo delle iniziative che da questo mondo provengono e nascono.

Manca l'assessore Zendron, che evidentemente nutre in questo momento – cerco di interpretare il suo pensiero – un profondo imbarazzo rispetto al ruolo di ieri rapportato al ruolo di oggi, ieri persona attivamente impegnata, per esempio sul fronte della FUEV, ma cito solo un esempio, a sollecitare massima chiarezza sull'impegno finanziario dei fondi pubblici della Regione, oggi "complice" di un sistema politico, che garantisce una divisione sul territorio europeo e anche oltre di fondi del contribuente italiano, per iniziative, rispetto alle quali siamo costretti, ancora una volta, a sospendere di fatto ogni giudizio, perché non le si conoscono, se non in maniera del tutto impropria e inadeguata.

Allora voglio citare, Presidente del Consiglio lei me lo concederà, un'interrogazione che risale al 15 novembre del 1999, in cui – cito testualmente – il sottoscritto, rivolgendosi alla Presidente della Giunta regionale, che ovviamente non rispose, nonché all'assessore competente e alcuni assessori

competenti risposero, non tutti, chiedeva, in riferimento a quel bilancio di previsione, che era in discussione in quel momento storico, visto e considerato il particolare impegno sulle tematiche relative alla tutela delle minoranze etnico linguistiche e la collaborazione transfrontaliera e interregionale, di avere la più ampia conoscenza sui temi e le iniziative sostenute, finanziate e sponsorizzate dalla Regione Trentino-Alto Adige, si chiese di sapere se la Giunta ed il Consiglio regionale non ritenessero di dover favorire la conoscenza fra i consiglieri regionali delle tematiche citate nelle premesse, provvedendo ad informare gli stessi consiglieri, con tempestività e regolarità su tutte le iniziative in Italia e all'estero, convegni, manifestazioni, mostre, pubblicazioni, eccetera, di cui la Giunta ed il Consiglio regionale abbiano notizie e di cui pure la Giunta ed il Consiglio regionale siano attori principali, perché sponsor, in termini economici.

Quindi si chiedeva la trasparenza nelle iniziative della Regione, sapere che cosa la Regione fa, solo questo, nulla di più. La risposta arrivò dall'allora Presidente del Consiglio Leveggi, che confermò la disponibilità a fornire informazioni al riguardo; dall'assessore Gino Fontana, che comunicò di dare la disponibilità piena ad informare periodicamente, nei termini e nei modi più opportuni, tutti i consiglieri regionali sulle iniziative promosse in Italia e all'estero dallo scrivente assessorato; dal Vicepresidente Atz che confermò la disponibilità piena di fornire ogni informazione utile a tal riguardo; non rispose la Presidente Cogo, ci siamo abituati, non rispose il Vicepresidente Grandi, risposero l'allora Presidente Leveggi, il Vicepresidente Atz, l'assessore Fontana, dopo quella risposta non pervenne più al sottoscritto un'informazione rispetto alle iniziative assunte. Carta straccia dunque quella che fu inviata al sottoscritto, risposte puramente formali per coprire una propria latitanza, una propria volontà ferma, decisa, affermata, conclamata da questo atto, che è un atto pubblico, la propria affermata volontà di non rendere conto delle proprie iniziative, delle proprie attività.

Assessore Fontana, dopo quella lettera non ebbi più modo di avere sue comunicazioni; qualcuno riferirà all'assessore Atz che dopo quella lettera non ebbi più modo di avere comunicazioni da parte dell'assessore Atz sui viaggi in Ungheria, così come su qualsiasi altra iniziativa pulita, onesta, legittima, come tutte le iniziative. Non ebbi più modo di avere informazioni da parte della Presidenza del Consiglio regionale, di cui era Presidente allora il collega Leveggi, non ebbi modo in assoluto di avere informazione da parte della Presidente Cogo e da parte del Vicepresidente Grandi, mai ritennero doveroso e necessario rispondere ad una legittima richiesta, da parte di un consigliere regionale, che ha la titolarità della rappresentanza politica di una parte importante della comunità, il nostro partito può vantare questa piena titolarità, essendo un partito ampiamente rappresentativo della comunità regionale. Non arrivarono risposte, non fu garantita trasparenza, nulla mai fu da allora possibile, nonostante altre ripetute iniziative richieste, sapere sulle iniziative, sulle manifestazioni politiche, culturali o quant'altro, organizzate dalla Giunta regionale.

L'assessore se c'è batta un colpo, l'assessore Zendron vada a rileggersi ciò che aveva avuto occasione di scrivere in tante occasioni, di affermare in tante occasioni, di sostenere fino a due mesi prima della

campagna elettorale, contro la maggioranza in cui lei decise di confluire solo due mesi più tardi, ad elezioni avvenute, evidentemente per accaparrare una parte di un determinato tipo di privilegio, che non oso definire meglio, che questo pio albergo trivulzio mette a disposizione di coloro che decidono di aderire ad un concetto politico e amministrativo, rispetto al quale siamo distanti anni luce, questo pio albergo trivulzio, che è un ospizio di miserie, in termini politici, che ritengo il caso esemplare rappresentato dalle vicende note a tutti, che non ripeto e sulle quali molti colleghi si sono soffermati, non ha bisogno di ulteriori valutazioni e commenti, perché si commenta da solo.

Concludo, signor Presidente, senza volermi soffermare oltre su questi temi, perché credo che ormai le parole abbiano già tentato, in ogni maniera, di mostrare il vero volto della nostra profonda amarezza. Altri colleghi prima di me si sono soffermati su un concetto pesante, quello delle dimissioni, è stata presentata una richiesta in questo senso, da parte di alcune forze politiche presenti in questo Consiglio, questa richiesta da noi è sostenuta con massima forza e trasparenza, perché riteniamo che questa richiesta sia dettata dal buon senso, ma che sia dettata anche da un nostro preciso dovere, quello di salvaguardare la dignità di questa istituzione in cui noi crediamo, dignità svillaneggiata da questa maggioranza, ma non dalle forze politiche che in questo Consiglio siedono nel loro complesso.

Concludo veramente, signor Presidente, riferendomi ad un aspetto completamente diverso e non trattato, probabilmente sarebbe stato oggetto di ampio dibattito all'interno di questo Consiglio regionale, se non ci fossero state le questioni note che hanno doverosamente spostato l'attenzione su particolari situazioni, legate alla gestione del denaro pubblico. E' la questione, signor Presidente, di cui peraltro lei stesso si è occupato in maniera diretta, lo abbiamo letto sulla stampa, di cui la Presidente Cogo si è occupata pure, la ringraziamo per questo, ricevendo le sue comunicazioni in termini diretti, la questione relativa alla denominazione ufficiale di questa Regione. Mi viene quasi da sorridere nell'affrontarlo in un momento storico, che onestamente ci spinge a concentrare la nostra attenzione su altri e pesanti aspetti, non dico altro, dico pesanti aspetti.

Volevo sottolineare come alcune questioni si sono poste in termini estremamente complessi, nel corso dei lavori istituzionali che hanno prodotto il dibattito di oggi in Consiglio regionale, intendo dire i lavori in commissione legislativa, dove la Giunta regionale è arrivata con una sua posizione ben chiara, che era quella espressa dalla Presidente della Giunta regionale, una posizione che, una volta tanto, mi si conceda, noi condividiamo, una posizione per cui la riforma costituzionale apportata recentemente ha introdotto una nuova denominazione dell'istituzione regionale, come Regione autonoma del Trentino Alto Adige/Südtirol, la Presidente della Giunta regionale quindi, presumo, attraverso il proprio Vicepresidente, nonché assessore al bilancio, ha tradotto questa posizione in Commissione, è arrivata una nota sottoposta dal Vicepresidente Grandi, in cui si chiariva come il testo, formulato precedentemente all'entrata in vigore del testo costituzionale, doveva essere adeguato alle nuove disposizioni costituzionali. Quindi che in lingua italiana e in lingua tedesca doveva essere apportata una correzione al testo e scritto Regione autonoma Trentino Alto Adige/Südtirol, sia nel testo italiano sia nel

testo in lingua tedesca. Ho la documentazione disponibile, ieri abbiamo letto la relazione della Commissione che fa cenno a questo passaggio.

Quindi recepita la posizione della Giunta regionale, legittima posizione della Giunta regionale. In quella sede ci sono state diverse obiezioni, sollevate da colleghi della maggioranza della S.V.P., che hanno abbaiato quel tanto che basta per indurre il Vicepresidente Grandi a ritirare la propria posizione, quella che era la nota ufficiale della posizione della Giunta regionale. Rispetto a ciò, in quanto Presidente di Commissione, nonché in quanto rappresentante del mio gruppo politico, ho fermamente protestato; in quanto Presidente di Commissione interpretando appieno a quello che credo sia un mio ruolo istituzionale di garantire il rispetto della norma costituzionale; in quanto rappresentante del mio gruppo politico per rivendicare una posizione di equilibrio fra i gruppi linguistici, che un'interpretazione parziale, come al solito dettata da squisite ragioni di carattere etnico, distorcevano, per cui nella lettura che la S.V.P. voleva dare di quel passaggio, si deduceva che la dizione in lingua italiana della Regione dovesse essere Regione autonoma del Trentino Alto Adige/Südtirol ed in lingua tedesca Autonome Region Trentino/Südtirol.

Ciò appare del tutto paradossale, ma al di là del paradosso appare del tutto lesivo di un principio di parità dei diritti fra i gruppi linguistici e l'affermazione di una volontà etnica da parte della S.V.P. di cancellare la peculiarità nelle traduzioni in lingua tedesca dei testi ufficiali dell'istituzione regionale, cancellare la particolarità etnico linguistica di questo nostro territorio regionale, per cui non deve comparire comunque traccia della dizione in lingua italiana, mentre nel testo in lingua italiana deve comunque sempre essere garantita la doppia dizione bilingue. Ciò è un paradosso, ma è anche una distorsione in termini morali di una questione, che deve essere affrontata con l'adeguata serenità e serietà. Non basta, ribadisco in quest'aula, che qualche esponente della S.V.P. abbaia per due, tre secondi, perché la Giunta regionale modifichi radicalmente la propria posizione, come è accaduto per bocca del Vicepresidente Grandi.

Allora chiedo ufficialmente, signor Presidente e me lo conceda, nonostante siano le nostre attenzioni in questo momento, che comunque si faccia fede a quel principio enunciato dalla Carta costituzionale, dal nostro legislatore costituzionale, il Parlamento italiano che ha legiferato in maniera trasparente, si garantisca il rispetto di questo preciso indirizzo, dettato responsabilmente dalla Giunta regionale, dalla Presidente Cogo, dal Vicepresidente Grandi, prima che venisse modificata questa sua posizione, in attesa di accordi politici, che dovessero in certo qual modo interpretare la norma costituzionale.

Nessun accordo politico può modificare il dettato della Costituzione, la Costituzione è e rimane e se c'è qualcuno che lo può interpretare è la Corte costituzionale e se c'è qualcuno che può limitare il dettato di quella norma costituzionale può essere solo ed esclusivamente il Parlamento, attraverso un'attività legislativa, secondo le procedure previste dall'art.138 della Costituzione, sicuramente non il Vicepresidente Grandi, sicuramente non qualche consigliere della S.V.P. in una Commissione legislativa, in un ufficio della Regione, oppure in quest'aula consiliare.

Quindi la invito, signor Presidente, a rispettare e far rispettare il dettato costituzionale, invito anche, se lei me lo concede, la Presidente della Giunta regionale a farsi carico di questo problema, sicuramente minore rispetto agli altri temi che gli altri colleghi hanno abbondantemente sviluppato, ma sul quale ritenevo doveroso puntare un attimo l'attenzione di questo Consiglio, affinché venga chiarito, perché prima dei fatti legati al pio albergo trivulzio moscovita, si parlava di questa questione e adesso questa ombra del pio albergo trivulzio moscovita rischia di mettere in ombra – chiedo scusa per il gioco di parole – un'altra vicenda che è pure significativa ed importante.

Non può essere mai introdotto un principio per cui il gruppo linguistico italiano sia fatto carico, come noi volentieri ci vogliamo fare carico peraltro, del rispetto di forme di bilinguismo, mentre il gruppo linguistico tedesco viene esonerato dal rispetto del bilinguismo. Questo è un principio che deve essere assolutamente contestato e censurato.

L'ultima considerazione relativa a questo bilancio – ci accingiamo entro breve a discutere l'articolato – è un bilancio giunto zoppo in quest'aula, in quanto non approvato, perlomeno in sede di Giunta, al contrario di quanto accaduto in Commissione legislativa, dalla componente della S.V.P., ne fa un bilancio zoppo e incerto. Di ciò, ritengo, si dovrà tenere ampiamente conto nel corso del dibattito e sono certo che ciò possa e debba determinare anche qualche conseguenza, ai fini delle votazioni che saremo invitati a sostenere di qui a poco.

Con ciò, signor Presidente, come per le ragioni già illustrate in Commissione dal nostro capogruppo, condivise da molte parti, rispetto agli interventi svolti da altri colleghi dell'opposizione, il nostro voto è negativo ed il nostro giudizio su questo bilancio rimane fermamente e assolutamente negativo. Grazie.

RÄSIDENT: Vor der Stellungnahme des Ausschusses, hat noch die Abg. Conci das Wort.

CONCI: Grazie Presidente. Ho ascoltato attentamente tutti gli interventi che mi hanno preceduto, ma anche dall'esame della situazione complessiva che si è venuta a creare in questi giorni, sia per le questioni accadute, sia per il bilancio che è all'ordine del giorno, credo sia proprio il caso di dire che c'è un tempo per il gioco ed un tempo per le cose serie e quando si parla di istituzioni io credo non sia mai il tempo del gioco, ma sia invece piuttosto quello del lavoro, dell'impegno, della serietà, del servizio alla propria comunità, dell'assunzione di responsabilità.

Ciò invece che si è consumato in questi giorni è andato complessivamente a discredito, non solo di singole persone, ma di noi tutti qua dentro e soprattutto è andato a discredito delle istituzioni e quando questo accade non accade qualcosa di indifferente, qualcosa che conta poco, ma accade qualcosa di rilevante, perché vuol dire il venir meno della fiducia dei cittadini nelle istituzioni e nelle persone che queste istituzioni rappresentano, cui i cittadini hanno dato un mandato e dare un mandato attraverso il voto vuol dire mettere lì un bene, che è la fiducia complessiva.

Noi sappiamo che questo bilancio non è soltanto un atto tecnico, ma il bilancio è sempre comunque un atto politico ed è l'atto politico più importante, perché è un po' come fare la sintesi di un lavoro svolto, delle cose messe o non messe in campo, delle scelte fatte o non fatte, è qualcosa che richiama la serietà, che richiama le scelte se si fanno e se ne fanno sempre, magari fatte male, ma ogni atto che si fa è una scelta, ma anche la non scelta a volte diventa una scelta all'assunzione di responsabilità e alla capacità di governo.

Devo dire che sfogliando le pagine del bilancio, qui dentro non c'è niente di tutto questo, c'è un bilancio di quasi 700 miliardi, una cifra rilevante, ma c'è un bilancio che non dice di un progetto complessivo, non parla di una programmazione complessiva, ma piuttosto presenta tutta una serie di eventi disarticolati, che sembrano più accontentare le esigenze dei singoli che l'esigenza di dare risposte serie alla comunità. Faccio alcuni esempi, per dire da che cosa emerge tutto questo.

Voi tutti sapete quanto in questi anni abbiamo preso posizione sull'esigenza di mantenere l'assetto tripolare della nostra Regione, siamo unici in Italia ad avere questo tipo di assetto che in questi anni ha garantito la crescita, lo sviluppo, anche la convivenza di una comunità, mettendoci dentro sia il Trentino che l'Alto Adige, con le loro peculiarità e le loro diverse identità, assetto tripolare che vede due province e una Regione come soggetti autonomi, ciascuno con le sue peculiarità, i suoi ruoli e le sue competenze. Abbiamo detto più di una volta che prima di svuotare la Regione delle sue competenze, che essa mantiene, occorreva sicuramente mettere in campo un progetto, definendo nuovi ruoli, nuove competenze.

Abbiamo detto in questi anni che non volevamo essere, con i nostri discorsi, semplici restauratori del passato, non ci interessa creare una sorta di ente mummificato che non serve a nessuno. Sappiamo che il cambiamento che governa oramai ogni settore della vita pubblica, sociale, eccetera, richiede flessibilità e richiede di essere al passo con i tempi, ma un conto è governare il cambiamento, un conto è buttare per aria le istituzioni.

Credo che in questi anni si sia operato non una sorta di governo delle istituzioni, pur nel cambiamento richiesto e nella flessibilità che continuamente il cambiamento chiede, ma invece uno smantellamento di quella che era l'istituzione, senza un progetto da sostituire a quello del passato.

Tutto questo non è accaduto e allora la prima cosa che mi viene da dire, leggendo il bilancio, si parla dell'indennità di carica alla Presidente della Giunta ed agli assessori, non è una cifra minimale, 600 milioni di lire, questi 600 milioni sono previsti anche nel futuro bilancio, a che cosa servono questi 600 milioni per una Giunta che non ha più nulla da gestire, per una Giunta che davvero può solo andare a spasso, perché se non ha più competenze da gestire che cosa ci stanno a fare?

Presidente ed assessori, questa Giunta non è stata capace di proporre un progetto alternativo, che desse almeno la speranza che quei 600 milioni non venivano buttati invano nelle tasche di persone che stanno lì a scaldare la poltrona, perché non hanno nulla da fare.

Le indennità di rappresentanza. Qui vorrei un chiarimento da parte della Presidente o del Vicepresidente, ci sono due voci e chiederei mi venisse spiegata la differenza fra l'una e l'altra, perché c'è un'indennità di

rappresentanza e si parla di spese riservate del Presidente della Giunta e del Vicepresidente, sono 50 milioni, ma poi c'è subito dopo un altro capitolo che parla nuovamente di spese di rappresentanza del Presidente della Giunta regionale e degli assessori e sono altri 200 milioni. Che differenza c'è tra l'uno e l'altro capitolo? Perché questo distinguo rispetto a spese che sono sempre rivolte alla Giunta regionale? Anche queste spese restano nel 2002 inalterate, a che cosa servono se, di fatto, nessuno ha più niente da gestire?

Come restano inalterate per il 2002 le spese per i viaggi del Presidente della Giunta regionale e degli assessori, altri 150 milioni e così pure le indennità rimborso spese per le missioni e trasferimenti altri 750 milioni. Questo non vuole dire che tutte le missioni che le istituzioni fanno sono disprezzabili, perché c'è viaggio e viaggio, c'è missione e missione e allora ci sono quelli validi, collocati all'interno di progetti specifici, che davvero fanno crescere la comunità nel suo complesso e allora sono da ritenere positivi; non quelli inutili e che non portano da alcuna parte, che servono più per dare qualche "benefit" a qualche funzionario che è da premiare o a qualche assessore che non ha ancora visitato qualche paese e trova qualche convegno o qualche congresso che gli dà la possibilità di completare le sue conoscenze geografiche.

Ci sono poi altre cifre rilevanti, che meriterebbero essere viste delibera per delibera, perché la cifra nel suo complesso dice poco o niente, ma quando troviamo il capitolo "Spese per la realizzazione di iniziative intese a favorire e sviluppare il processo di integrazione europea" è una cosa importante, significativa, perché cambiamo perfino la moneta adesso e credo che l'integrazione europea debba essere perseguita, promossa, non si limiti soltanto al cambiamento di moneta, ma riesca a creare interazione, sinergia, scambio tra i popoli, davvero un unico, grande popolo il popolo europeo. Quindi non è di per sé una cosa negativa. Abbiamo visto che all'inizio del 2001 si prevedevano 5 miliardi e mezzo e alla fine se ne spendono 6 miliardi e 750 milioni, spese che restano più o meno inalterate per il futuro, davvero queste che sono grandi cifre, per quello che potrebbe essere un progetto necessario, però io credo che se noi andassimo a spulciare delibera per delibera resteremmo tremendamente delusi, perché vedremmo un affastellarsi di una serie di iniziative, che del progetto hanno poco o nulla e che sono invece la messa insieme disarticolata di interessi di singoli.

Così pure il capitolo "Spese per la promozione e la valorizzazione delle minoranze linguistiche regionali", anche qui una grossa cifra, all'inizio del 2001 venivano previsti 3 miliardi, alla fine invece 4 miliardi e 500 milioni. Noi tutti sappiamo che il problema delle minoranze è un problema che tocca tutti quanti noi, perché credo che la nostra regione non sarebbe la stessa regione se non si sentisse regione proprio perché ci sono le singole identità dentro e ciascuno porta la sua parte di problematicità, ma anche di ricchezza e forma il volto di questa regione Trentino Alto Adige. E' chiaro che chi è più piccolo ha meno forza, meno peso e quindi va tutelato, promosso e valorizzato.

Qui faccio una domanda in particolare, ce la siamo posta anche in quarta commissione, quando abbiamo discusso il bilancio della Provincia di Trento, tutti questi soldi che vengono spesi in Regione dalle due Province, per la tutela e la valorizzazione delle minoranze linguistiche, a che cosa servono se

poi ci troviamo all'interno della collegata al bilancio – parlo della provincia di Trento, ma lo dico perché è un dato significativo – un articolo che smembra gli istituti relativi alle minoranze, l'istituto mocheno e cimbro per esempio ed i mocheni, cimbri, ladini, eccetera, ognuno va per conto proprio, perché ci hanno detto gli assessori di competenza: ahimè non siamo riusciti a tenerli insieme.

Questo non vuol dire che bisogna stare uniti per forza, ma la valorizzazione e la promozione delle minoranze deve partire non dalla divisione, ma dalla capacità di unità, che non vuol dire annullamento delle identità, per cui ciascuna con la propria peculiarità, la propria particolarità, la propria forte identità deve però essere capace di porsi in sinergia con gli altri, di fare unità, di cercare insieme soluzioni e valorizzazione, altrimenti parliamo di una manciata di persone, per quello che riguarda alcune comunità e si finisce per avere sempre meno forza e sempre meno potere.

Se tutti questi soldi che abbiamo posto per la promozione e la valorizzazione delle minoranze linguistiche, alla fine portano alla divisione, al fatto che ciascuno vuol fare quello che meglio crede, ma non c'è questa capacità di progettare insieme il futuro complessivo di queste minoranze, a che cosa è servito tutto questo denaro? Credo che questa cosa stia all'origine, che debba essere ripresa un mano, che debba esserci anche da parte delle istituzioni una risposta diversa.

In commissione non ho votato quella proposta, non l'ho votata proprio perché non credo che quella sia la soluzione di un problema, la divisione non è mai la soluzione di un problema.

Nell'andare avanti troviamo anche altri capitoli di spesa: "Spese per la concessione di sovvenzioni ai Comuni ed altri enti e associazioni per iniziative intese a favorire e sviluppare il processo di integrazione politica europea". Anche questa è una voce che mi provoca un po', perché anche noi parliamo con i sindaci, con le realtà associative e che cosa viene fuori da questi soggetti? Viene fuori che siccome sono andati in provincia e non hanno ottenuto risposte, la Regione invece ha quattrini da spendere, quindi andiamo in Regione che la Regione ci dà un po' di soldi da spendere.

Allora è sviluppare il processo di integrazione politica europea da parte dei comuni, di questi enti, di queste associazioni, oppure è un voler fare concorrenza alla provincia nell'elargizione di soldi, perché spesso questo è, tutti quanti noi lo sappiamo benissimo, nella misura in cui qualcuno si rivolge anche a noi per chiedere di poter fare qualche iniziativa e trovando la porta chiusa o pochi soldi in Provincia va a bussare alle porte della Regione. Questo non vuol dire favorire e sviluppare il processo di integrazione politica europea.

Sto parlando di quei capitoli di spesa che, tolte le spese fisse per il catasto, il tavolare, il libro fondiario, rimangono queste voci, che sono voci problematiche, perché dietro a ciascuna di esse non c'è un disegno preciso, una programmazione utile alla crescita della comunità.

"Spese per l'organizzazione e la partecipazione a convegni, congressi ed altre manifestazioni e celebrazioni pubbliche, che abbiano particolare rilevanza per la Regione". Quei 2 miliardi previsti all'inizio del 2001, che poi sono diventati 3 miliardi alla fine del 2001 per questo capitolo, che utilità hanno avuto? Quale crescita hanno provocato, all'interno di quale programmazione e progetto erano collocati?

Altro capitolo: “Spese per indagini, studi e rilevazioni. Spese per l’acquisto, la pubblicazione e la traduzione di monografie, studi ed opere di interesse regionale”. Quali sono i criteri che stanno alla base di queste scelte? Sono rientranti all’interno di un progetto preciso, oppure sono semplicemente per accontentare chi viene a bussare alla porta dicendo: dammi questa risposta, fa sì che io abbia la possibilità di fare questa traduzione e così via? Purtroppo non sono poche lire, ma abbiamo 600 milioni previsti per il 2001 e alla fine 1 miliardo, speso in indagini, studi, rilevazioni di che cosa non si sa, oppure per l’acquisto, la pubblicazione e la traduzione di monografie. A che cosa hanno dato vita? Quale progetto hanno portato avanti? Quale significativa risposta hanno dato alla comunità regionale? Credo non sia una risposta che vale il miliardo che è stato speso.

Sono in chiusura, perché credo che già le questioni dette siano state esemplificative di quanto asserito all’inizio.

Altro capitolo: “Interventi a favore di Enti, Associazioni e Comitati per incremento attività di interesse per la Regione, per l’organizzazione e partecipazione a convegni, congressi ed altre manifestazioni e celebrazioni pubbliche”. Si parte con 600 milioni e si arriva a 700 milioni.

Se noi mettiamo insieme tutte queste cifre, tolte le spese di funzionamento degli uffici e del personale, capite bene che arriviamo a quei quasi 700 miliardi, ma credo che davvero tutto questo non abbia niente a che fare con un progetto complessivo, con una programmazione di crescita e sviluppo di una comunità, ma abbia invece avuto più a che fare con una risposta a singoli, con l’elargizione di prebende, di contentini dati a questa o quella associazione, a volte a fini anche elettorali, perché no, o comunque sicuramente non in funzione di una crescita complessiva della comunità regionale, non in funzione di politiche che promuovano e sviluppino l’integrazione europea, visto che oggi l’Europa è più vicina che mai, non in funzione di un progetto complessivo di salvaguardia di questa Regione, che noi riteniamo essere un presidio, un baluardo estremamente importante e non semplicemente un ente ormai mummificato che non ha più nulla da dire.

Riteniamo che questo vada salvaguardato e tutelato nel suo complesso, ma questo bilancio ci dice che questa Giunta non ha badato a tutto questo, ha piuttosto messo insieme una serie di eventi disarticolati, che niente hanno a che fare con il governo di una Regione come la nostra, di un governo che noi vorremmo ben diverso da quello attuale.

PRÄSIDENT: La parola ha il consigliere Fontana.

FONTANA: Ritengo opportuno dover intervenire per fornire alcuni chiarimenti ai colleghi, che hanno posto dei quesiti durante la discussione, principalmente ai colleghi Willeit, Seppi, Giovanazzi ed altri.

Mi preme innanzitutto dichiarare che per minoranze linguistiche regionali si intendono la minoranza ladina, la minoranza mochena e quella cimbra e che la minoranza ladina si identifica con le popolazioni delle vallate ladine del Südtirol: la Val Badia e la Val Gardena e del Trentino: la Val di Fassa, i cui rispettivi comuni sono stati ufficialmente riconosciuti ladini dallo Stato

italiano, analogamente questo ai tre comuni della Valle dei Mocheni e al comune di Luserna, comune cimbro.

I capitoli di bilancio, previsti per la promozione e la valorizzazione delle minoranze linguistiche, sono il cap. 320 per le spese di parte corrente e il cap. 2081 per le spese in conto capitale. Sono capitoli che vengono gestiti analogamente ad altri capitoli di bilancio come i capitoli 305, 310, 510, 2080 ed altri, al 50% a favore delle minoranze trentine e 50% a favore delle minoranze sudtirolesi. Gli importi proposti dal bilancio assommano a 3 milioni, 212 mila euro, a fronte di un bilancio della Regione di 390 milioni di euro e costituiscono meno dell'1% del bilancio, più precisamente lo 0,80%.

Ritengo che queste somme, per una Regione che fonda la propria esistenza, la propria autonomia sulla presenza delle minoranze e non solo di quella tedesca sudtirolese, ma anche di quella ladina, mochena e cimbra, costituiscono un impegno dovuto verso queste minoranze. Sono importi destinati principalmente a difesa della lingua e della cultura minoritaria. Sicuramente rientra fra i finanziamenti anche il sostegno al progetto di una lingua scritta, comune per la minoranza ladina. E' questo un progetto che viene portato avanti da anni, con la compartecipazione della comunità europea ed è un progetto che non vuole togliere niente alle parlate ladine valligiane. Con questo non si vuole cancellare assolutamente il ladino né della valle di Fassa, né della Val Badia, né della Val Gardena, ma si vuole arrivare ad avere una lingua scritta, comune per tutti.

E' questo un processo che tutte le lingue maggiori hanno già avuto, la lingua italiana, la lingua tedesca, la lingua francese ed è un processo che si è andato ad evolvere nel cosiddetto mondo ladino, sia nelle popolazioni Romance del Canton Grigioni in Svizzera, che nelle popolazioni ladine friulane. In particolare in Svizzera, dove vengono parlate nel Canton Grigioni cinque versioni di ladino, è stato creato il Romancio Grigiun, che è stato presentato nel 1982 e ufficializzato nel 1999. Quest'anno addirittura sono ricorsi ad un referendum popolare che ha dato esito positivo, per cui l'ha consacrato ufficialmente.

Un processo simile si sta attuando da anni nel Friuli, per il friulano. Da noi siamo molto più indietro, però è un processo che sta avanzando, a metà novembre, proprio a Bolzano, è stata presentata ufficialmente la grammatica ladina standard e credo che nei primi mesi del 2002, comunque entro il 2002 verrà presentato il nuovo vocabolario standard ladino. E' una lingua questa di facile comprensione, per tutti e tre gli idiomi dei ladini dolomitici, che trova già ampio spazio nel nostro settimanale, per quello che riguarda la cronaca di carattere generale; speriamo che questo processo vada avanti e si rafforzi sempre più.

Vorrei anche dire perché noi ci teniamo tanto a questo progetto. Da una indagine della comunità europea risulterebbe che delle 4 mila lingue oggi parlate al mondo, il 90% in questo secolo siano destinate a scomparire e che lingue che non sono sufficientemente sostenute dalle organizzazioni ufficiali e che non sono parlate da almeno 300 mila persone, abbiano lo stesso destino. I Romanci del Canton Grigioni sono una popolazione di circa 55 mila abitanti parlanti il Romancio, i ladini dolomitici dai 30 ai 35 mila ed i friulani, altra area molto più consistente, circa mezzo milione. Questo vi

dice che se da parte nostra regionale non si fa uno sforzo comune, forte per la tutela della lingua, siamo destinati a dover scomparire.

Questi capitoli prevedono anche degli interventi forti per le due minoranze più esigue, per i mocheni e cimbri e raccolto la preoccupazione che è venuta di questa proposta, voluta dalle amministrazioni locali, mochene e cimbre e anche dagli istituti e dalle scuole di voler avere due enti separati, cioè che l'istituto culturale mocheno-cimbri curi solo la parte della Valle dei Mocheni e che la parte cimbra venga curata sotto la responsabilità del comune di Luserna. Questo anche a me preoccupa e posso dire che inizialmente sono stato fortemente contrario a questa idea.

Tuttavia qui emerge proprio la volontà di queste popolazioni e penso che questa proposta sarà frutto, se verrà ripristinata in sede di esame della collegata, di forte dibattito in seno al Consiglio provinciale di Trento.

Confido che una corretta gestione degli investimenti proposti possa essere anche un valido contributo, per sopperire a quella carenza di capacità di governo, che questa mattina lamentava il cons. Perego. Per questo confido che i capitoli proposti, a difesa ed a valorizzazione della minoranza, vengano accettati, votati e lasciati in bilancio. Mi auguro analogamente che il bilancio trovi un suo esito positivo.

PRÄSIDENT: Dann ist die Generaldebatte abgeschlossen. Gemäß Geschäftsordnung ist vorgesehen, dass wir über die Tagesordnungen abstimmen. Als einzige Tagesordnung ist die Tagesordnung vom Kollegen Taverna und anderen vorgelegt worden, betreffend die Einrichtung einer Untersuchungskommission. Der Antrag ist verlesen worden. Es ist die Forderung gekommen, getrennt abzustimmen und zwar zwischen der Präambel und zwischen dem beschließenden Teil. Die Änderungen, die vorgelegt worden sind, sind vom Einbringer, Kollegen Taverna, angenommen worden und somit bilden sie Bestandteil für den beschließenden Teil.

Es handelt sich zuerst um die Abstimmung gemäß Forderung für die Präambel und danach für den beschließenden Teil.

Die Frage lautet also...

....Abg. Denicolò.

DENICOLO': Ich habe gestern beantragt, in drei Schritten abzustimmen, den einführenden Teil, den beschließenden Teil, der mit Abg. Taverna abgemacht ist und den Punkt d), einen Antrag unterschrieben von den Abg. Morandini und Taverna. Also dass wir diese drei getrennt abstimmen.

PRÄSIDENT: Dann korrigiere ich mich. Zuerst wird also über die Präambel abgestimmt, dann wird abgestimmt beim beschließenden Teil getrennt über den Zusatz des Abg. Morandini und danach die Schlussabstimmung über den beschließenden Teil insgesamt.

Die erste Frage lautet also: Sind Sie dafür, dass die Präambel, so wie sie vom Abg. Taverna vorgelegt worden ist, anzunehmen ist? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Keiner.

Dann ist die Präambel nicht angenommen.

Jetzt kommt die Abstimmung zur Einfügung eines Zusatzes des Abg. Morandini und anderen, Prot. Nr. 7379, der heißt:

Dem Tagesordnungsantrag, mit dem eine Untersuchungskommission eingesetzt werden soll, wird im beschließenden Teil folgender Punkt d) hinzugefügt:

„d) die Zweckmäßigkeit und eine angemessene Begründung - sowohl sachlich als auch rechtlich – der Beschlüsse, die Ausgabenzweckbindungen beinhalten, insbesondere in Bezug auf die interregionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit und auf die Tätigkeiten im Rahmen der Studien, Forschung, Erfahrungen, Information und Verbreitung von Wissen, mit dem Ziel der Förderung der europäischen Integration, sowie die Angemessenheit der betreffenden Ausgaben.“.

All'ordine del giorno istitutivo della Commissione d'inchiesta è aggiunto nel dispositivo il seguente punto d):

“d) opportunità ed adeguata motivazione sia in fatto che in diritto, delle deliberazioni comportanti impegni di spesa, con particolare riferimento alla collaborazione interregionale transfrontaliera ed alle attività di studio, di ricerca, di esperienze, di informazione e di divulgazione, volte a promuovere l'unità europea; nonché congruità della relativa spesa.”.

Die Frage ist: Wer dafür ist, dass der Zusatzantrag des Abg. Morandini und anderer angenommen wird, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Somit hat die Mehrheit den Einfügungsantrag des Abg. Morandini und anderer abgelehnt.

Jetzt kommt es zur Schlussabstimmung des so geänderten Tagesordnungsantrags des Abg. Taverna und anderer zur Einsetzung von zwei Untersuchungskommissionen. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 1 Neinstimme und dem Rest Jastimmen ist der Antrag angenommen. Die Untersuchungskommissionen werden also so rasch als möglich eingesetzt werden.

PRÄSIDENT: Ich bitte die Fraktionen, mir Vorschläge zur Besetzung der Kommissionen zu geben. Wenn die Vorschläge innerhalb morgen Abend kommen, nehme ich sie so an, wie sie kommen, anderenfalls muss ich sie selbst einsetzen.

Abg. Denicolò, zum Fortgang der Arbeiten?

DENICOLO': Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche den Präsidenten um eine Unterbrechung von 20 Minuten, bevor wir in die Artikeldebatte eingehen, um die Möglichkeit zu geben, einige wichtige Beratungen in Zusammenhang mit dem Haushalt zu machen.

PRÄSIDENT: Wenn Sie die 20 Minuten einhalten können, wäre es schon recht, damit wir möglichst abends alles abschließen können, sonst ist Nachtsitzung bis zum Ende der zwei Tagesordnungspunkte, also beide Haushalte.

Ich unterbreche die Sitzung für zwanzig Minuten. Wir sehen uns um 17.08 Uhr wieder.

(ore 16.48)

(ore 17.13)

PRÄSIDENT: Die Sitzung wird wieder aufgenommen.

Bitte, Abg. Urzi.

URZÌ: Grazie Presidente. Era per richiedere la possibilità, confidando nell'accoglimento, di una sospensione dei lavori per un incontro delle forze politiche di minoranza fino alle ore 17.30.

PRÄSIDENT: Gut. Die Sitzung wird bis 17.30 Uhr unterbrochen.

(ore 17.14)

(ore 17.31)

PRÄSIDENT: Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Die Generaldebatte ist beendet. Wir stimmen über den Übergang zur Artikeldebatte ab. Wer ist für den Übergang zur Artikeldebatte? Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Der Übergang zur Sachdebatte ist angenommen.

Es ist ein Änderungsantrag eingereicht worden, Prot. Nr. 7406. Dieser Änderungsantrag ist ein vollständiger Ersatzantrag, der die Vorlage zur Gänze ersetzt. Ich verlese ihn:

Ersetzender Änderungsantrag zum Gesetzentwurf Nr. 47:
Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsgebarung der Autonomen Region Trentino-Südtirol für das Finanzjahr 2002 und dreijähriger Haushalt 2002-2004

Art. 1

(Vorläufige Haushaltsgebarung 2002)

1. Der Regionalausschuss ist im Sinne des Art. 25 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 dazu ermächtigt, den Haushalt der Region für das Finanzjahr 2002 und den dreijährigen Haushalt 2002-2004 vom 1. Jänner 2002 bis zu deren Genehmigung durch Gesetz, jedoch nicht nach dem 30. April 2002, vorläufig weiterzuführen.

Art. 2

(Inkrafttreten)

1. Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region in Kraft und ist ab 1. Jänner 2002 wirksam.

Emendamento sostitutivo al disegno di legge n. 47

Autorizzazione all'esercizio provvisorio del bilancio della Regione autonoma Trentino – Alto Adige per l'anno finanziario 2002 e bilancio triennale 2002-2004

Art. 1

(Esercizio provvisorio del bilancio 2002)

1. La Giunta regionale è autorizzata, ai sensi dell'articolo 25 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10 ad esercitare provvisoriamente dal 1° gennaio 2002 e fino a quanto sia approvato per legge, ma comunque non oltre il 30 aprile 2002, il bilancio della Regione per l'anno finanziario 2002 e il bilancio triennale 2002-2004.

Art. 2

(Entrata in vigore)

1. La presente legge entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione ed avrà effetto dal 1° gennaio 2002.

Interventi? Vicepresidente Grandi, ne ha facoltà.

GRANDI: Collegli, per spiegare le ragioni per le quali è stato prodotto questo emendamento sostitutivo, con il quale si propone al Consiglio l'approvazione dell'esercizio provvisorio per il bilancio 2002. Il Consiglio ha testè approvato le due commissioni di indagine e la Presidente ha pure attivato la propria indagine per far emergere le responsabilità, quindi siamo in presenza di tre organismi che lavoreranno le prossime settimane e dovranno concludere i lavori entro il 31 gennaio. E' evidente che in base all'evidenza delle responsabilità dovranno essere assunti provvedimenti conseguenti.

La maggioranza si è trovata, la maggioranza prende atto della situazione di difficoltà che si è venuta a creare, la maggioranza ritiene quindi di avere la necessità di disporre del tempo utile per discutere al proprio interno e per valutare l'esito delle tre commissioni, partendo dal presupposto che il bilancio è un atto politico e che il bilancio provvisorio è un atto tecnico, ha deciso di optare, nel doveroso rispetto della situazione esistente, per questa seconda soluzione; ritornerà poi in aula a seguito delle valutazioni per proporre se esisteranno le condizioni, diversamente si creeranno i presupposti di cambiamento, perché si possa procedere con l'atto politico vero e proprio di bilancio.

Quindi in attesa del lavoro e per il tempo utile agli scopi che ho detto, la Giunta è autorizzata a proporre questo emendamento sostitutivo del bilancio e quindi chiediamo cortesemente l'attenzione attorno a questo nuovo

documento contabile, che consentirà alla Giunta di operare in modo tecnico ed in modo provvisorio. Grazie.

PRÄSIDENT: Collega Divina, ne ha facoltà.

DIVINA: Oralmente vorremmo dire le stesse cose, caro collega. Presidente del Consiglio, tutore dell'aula, garante di ogni consigliere e garante del rispetto del regolamento interno, l'emendamento qui presentato manifesta una serie di irregolarità. Primo, un emendamento si deve riferire ad un articolo di legge, questo emendamento non si riferisce ad alcun articolo della legge in esame; secondo, un emendamento è articolato per commi, questo non è un emendamento perché è articolato per articoli, leggiamo il titolo "Autorizzazione all'esercizio provvisorio del bilancio della Regione Trentino Alto Adige...", questo, Presidente, lo conosciamo perfettamente, corrisponde ad un disegno di legge, che la Giunta regionale ha l'obbligo di presentare quando vi sono ragionevoli presunzioni che non si riesca nei tempi normali a licenziare il bilancio di previsione.

La legge di autorizzazione al bilancio provvisorio si chiama esattamente legge all'autorizzazione all'esercizio provvisorio, così è stata bene esposta per articoli, così è stata bene articolata, ma questo provvedimento, Presidente, deve fare l'iter di tutti i disegni di legge e lei Presidente, tutore del regolamento sa benissimo che il disegno di legge deve essere presentato in Commissione legislativa, essere esaminato, avere dei relatori di maggioranza ed eventualmente di minoranza, dopo di che essere posto all'attenzione dell'aula.

Presidente, non c'è nulla di tutto questo, non c'è nulla che stia in piedi, non è un emendamento perché non si lega ad alcun articolo, perché un emendamento si lega ad un articolo, lo si dica, si può fare l'emendamento all'articolo n. 1, ad un articolo è possibile porre un emendamento, ma tutti gli altri rimangono perfettamente in essere, è chiaro che non sta in piedi.

Questo è un escamotage, tra il resto nemmeno suffragato dalla prassi, in quanto la prassi vuole che all'esercizio provvisorio si arrivi qualora non si riesca a procedere, qua siamo in aula alle 17.40 con una legge di 9 articoli, comprendendo l'entrata in vigore che è il n. 9 e con 3 emendamenti, che presupponendo che tutti intervenissero su ognuno degli emendamenti, nel giro di un'ora è licenziato. Non sta in piedi nemmeno per prassi la possibilità di accedere al bilancio provvisorio, perché la Regione ha il diritto-dovere di portare a casa il proprio. Soltanto quando è in pregiudizio l'entrata in vigore del bilancio si ricorre con legge, secondo le norme che il regolamento prevede, in Commissione e successivamente in aula, alla legge che autorizza l'esercizio provvisorio.

Presidente, lei è il garante di tutti, non ci faccia perdere più tempo a discutere sulla legalità di quanto messo in discussione, ma applichi quello che lei sa di dover applicare.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abg. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, il mio intervento, per quanto concerne il regolamento, si incentra sul comma 3 dell'art. 62 e dirò che questo mio intervento lo argomento soltanto perché tutto ciò rimanga a verbale e perché un attento e diligente consigliere non può accettare che, in occasione della discussione del bilancio, si pervenga ad una soluzione tale, che il bilancio stesso sia sostituito con un articolo che introduce l'esercizio provvisorio.

Ovviamente sono d'accordo con tutte le argomentazioni sostenute dal collega Divina e quindi sotto questo profilo non mi voglio spendere oltre.

L'art. 62, comma 3, recita: "Non sono ammessi emendamenti o subemendamenti aventi oggetto estraneo all'argomento in discussione. Non sono altresì ammessi emendamenti e subemendamenti illogici".

L'esercizio provvisorio è un testo di legge che ha valore formale, così come ha valore formale il bilancio, l'esercizio provvisorio è uno strumento diverso dal bilancio, perché le conseguenze dell'esercizio provvisorio sono, ad esempio, l'utilizzazione degli stanziamenti previsti nel bilancio precedente e comunque viene imposto il termine del 30 aprile, per quanto riguarda l'approvazione del bilancio annuale e del bilancio triennale e quindi sul piano formale e sostanziale un qualcosa di diverso rispetto all'oggetto che noi in questo momento trattiamo, vale a dire il bilancio.

Per questa semplice, ma pregnante motivazione, l'emendamento presentato cozza con il disposto del comma 3, dell'art. 62, dovrebbe essere addirittura dichiarato inammissibile. Lo dico e qui concludo il mio intervento, limitandomi a questo aspetto formale, che è anche un aspetto sostanziale.

Per quanto riguarda poi le motivazioni per cui si è stabilito di seguire questa strada, mi riservo di intervenire nel prosieguo dei nostri lavori, ritenendo comunque che la via d'uscita, trovata dalla Giunta regionale, dimostri ancora una volta in quale situazione di degrado questa Giunta si sia trovata ad operare.

PRÄSIDENT: Prego, cons. Urzì, a Lei la parola per tre minuti.

URZÌ: Grazie Presidente. Mi permetto di intervenire in questa sede, ritengo di avere un dovere in questo senso come Presidente della II^a Commissione legislativa regionale, che è Commissione al bilancio ed allora mi preme rilevare, da un punto di vista formale ed istituzionale, come l'atto di cui prendiamo atto – mi scusi il gioco di parole – in questo momento in aula, scavalca delle competenze che sono assegnate in maniera chiara ed esclusiva alla Commissione al bilancio...

PRÄSIDENT: Lei sta parlando della stessa cosa.

URZÌ: Io sto parlando sull'ordine dei lavori, Presidente, in relazione alla presentazione di un emendamento...

PRÄSIDENT: Ci siamo ben capiti, è la stessa cosa in sostanza.

URZÌ: Se lei ritiene io proseguo.

PRÄSIDENT: Vada avanti, ci siamo già capiti.

URZÍ: La ringrazio e quindi in considerazione di ciò, signor Presidente, mi permetto, ma in termini formali, quindi non in termini strettamente politici e rappresentando quelle che sono le posizioni del partito, in termini strettamente formali ed istituzionali, signor Presidente, da Presidente di Commissione a Presidente del Consiglio regionale, di intervenire per la dichiarazione di inammissibilità di questo emendamento, presentato in forma scorretta, in quanto contiene due articoli e non singoli articoli, perché incide su un testo non attinente, come illustrato peraltro con argomentazioni diverse dal collega Taverna, in forma scorretta, perché viene a preconstituire la forma di un disegno di legge a sé stante, che deve necessariamente approdare prima e preventivamente in Commissione legislativa, nulla osta alla discussione in Commissione legislativa, come è già accaduto in passato, signor Presidente, proprio nella II^a Commissione legislativa, nel corso di questa legislatura, nulla osta che questo disegno di legge, presentato sotto forma irregolare di emendamento, approdi in Commissione legislativa.

La invito formalmente, signor Presidente, per il rispetto che è dovuto al regolamento da questo Consiglio, per il rispetto che è dovuto all'organo istituzionale della Commissione legislativa, a non prevedere come ammissibile questa cosa, che non so se definire emendamento, che è definita irregolarmente emendamento e ad invitare eventualmente coloro che volessero assumere decisioni riguardo questi passi da intraprendere, a sospendere il disegno di legge sul bilancio, a ritirarlo, affinché si possa, per le ragioni esposte dal collega Divina, presentare un disegno di legge per il bilancio provvisorio in Commissione legislativa, affinché venga presentato, approvato e possa seguire il suo normale iter.

La invito caldamente, signor Presidente, in termini formali ed istituzionali a provvedere a ciò, ritenendo doveroso salvaguardare le competenze della Commissione, cui sono stato chiamato a svolgere il compito di Presidente. Grazie.

PRÄSIDENT: Rein formell ist die Bemerkung richtig. Somit nehme ich an, dass der Ausschuss einen anderen technischen Antrag vorlegen wird. Die Aula ist dann souverän, das ganze Gesetz zu ersetzen. Es geht hier also nur um die Formalität des Änderungsantrages und es darf dann nicht heißen, es ist ein Änderungsantrag zum Gesetz Nr. 47, sondern der Änderungsantrag muss sich auf die Artikel beziehen. Das ist eine reine technische Angelegenheit. Damit teile ich dem Ausschuss mit, dass dieser Antrag wegen dieses formellen Fehlers nicht verhandelbar ist, es sei denn, sie legen einen anderen vor. Es geht nur darum, dass er sich auf den Gesetzesentwurf und auf die betreffenden Artikel bezieht. Wie ich sehe, sind Sie dabei, diesen Änderungsantrag bereits zu verfassen. Es ist eine reine technische Angelegenheit. Somit warten wir noch.

Eine andere Frage würde ich der Aula stellen: Ob es nicht sinnvoll wäre, wenn wir nicht um 18.00 Uhr unterbrechen, sondern gleich weiterfahren. Dann sind wir viel schneller fertig, als wenn wir um 19.30 Uhr wieder beginnen. Das ist ein Antrag von mir. Es können zwei dafür und zwei dagegen sprechen. Wenn keine Wortmeldungen dazu sind, dann dürfte ich Sie bitten, mit

Handerheben zu zeigen, dass wir keine Unterbrechung machen. Wer ist dafür, dass wir weitermachen? Wer ist dagegen?

Die Mehrheit ist dagegen. Also unterbrechen wir um 18.00 Uhr nicht.

Es kommt jetzt gleich der technisch geänderte Antrag des Ausschusses.

Sind andere Wortmeldungen? Abg. Boso.

BOSO: Presidente, di fronte a questo momento si dovrebbe chiedere la votazione dell'art. 1, perché noi siamo in discussione della finanziaria e discutiamo l'art. 1. Non si può permettere ad una Giunta incapace, arrogante, come quella che sta sedendo su questi banchi, incapace e disonesta, di presentare ciò che non sa fare. Devono andarsene a casa!

Questo è il gioco delle tre carte che fanno a Napoli, Presidente del Consiglio, per imbrogliare, perché l'esercizio provvisorio si presenta nel momento in cui si discute il bilancio, non fuori corso, siete anche illegali nelle operazioni!

Qui si discute l'art. 1, non gli sbagli e le arroganze, Presidente Pahl, lei mette in votazione l'art. 1, perché la Presidente della Giunta e l'assessore a bilancio non sanno fare il loro mestiere. Questa operazione è stata fatta esclusivamente per parare le scarpe al Presidente Dellai a Trento, l'hanno capito tutti! Il Presidente Dellai nell'anno 1999-2000 ha fatto la stessa cosa, abbiamo dovuto passare il bilancio, perché altrimenti andava in esercizio provvisorio, perché l'arroganza non gli ha fatto presentare né il bilancio, né il momento in discussione in commissione, perché se è obbligato per legge si deve fare secondo legge. Siete illegali in tutto!

Allora, Presidente Pahl, si passa alla votazione dell'art. 1.

PRÄSIDENT: Aus technischen Gründen geht es dann, nachdem der andere Antrag formell nicht ganz korrekt war und wir bis zu diesem Augenblick keinen anderen Antrag vorliegen haben, beginnen wir mit dem Artikel 1 und wenn ein Änderungsantrag kommt, dann ist es in Ordnung, sonst kommt keiner.

Art. 1

(Voranschlag der Einnahmen)

1. Gemäß den geltenden Gesetzen werden die Feststellung und die Einhebung der Staatssteuern, die im Sinne des mit Verfassungsgesetz vom 26. Februar 1948, Nr. 5, geändert mit Verfassungsgesetz vom 10. November 1971, Nr. 1 und mit Gesetz vom 30. November 1989, Nr. 386, genehmigten Sonderstatuts vom Staat an die Region abgetreten werden, sowie die Einzahlung der für das Haushaltsjahr 1. Jänner – 31. Dezember 2002 zustehenden Beträge und Einkünfte gemäß beiliegendem Voranschlag der Einnahmen in die Kasse der Region bewilligt.

Art. 1

(Stato di previsione dell'entrata)

1. Sono autorizzati l'accertamento e la riscossione, secondo le leggi in vigore, nei confronti dello Stato, dei tributi erariali devoluti alla Regione a sensi dello Statuto approvato con legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5 modificata con legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1 e con legge 30 novembre 1989, n. 386 ed il versamento nella cassa della Regione delle somme e dei proventi dovuti per l'esercizio finanziario dal 1° gennaio al 31 dicembre 2002 giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.

PRÄSIDENT: Sie können jetzt zum Art. 1 Wortmeldungen machen.

...Der Änderungsantrag war nicht korrekt vorgelegt. Darum warte ich auf einen anderen Antrag und der ist bis jetzt nicht da. Also habe ich den Art. 1 des Haushaltes gelesen und jetzt ist die Diskussion darüber. Sind Wortmeldungen?

Der Vizepräsident Grandi hat das Wort.

GRANDI: Sono state concordate le modalità tecniche di stesura del provvedimento ed abbiamo bisogno di un attimo per la fotocopiatura e per la distribuzione e quindi chiedo al signor Presidente di prendere atto di questo bisogno che abbiamo, di qualche attimo di tempo, solo tecnico, chiedo pertanto una sospensione...

(interruzioni varie)

PRÄSIDENT: ...Entweder jetzt kommt ein Änderungsantrag oder wir stimmen über den Art. 1 des Haushaltes ab. Sind Wortmeldungen zum Art. 1? Keine. Dann stimmen wir darüber ab, so wie er vorgelegt wurde. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 1 Stimmenthaltungen, 12 Neinstimmen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 1 des Haushaltes genehmigt.

Art. 2

(Gesamtbetrag der Ausgaben)

1. Es wird der Gesamtbetrag der Ausgaben der Region für das Haushaltsjahr 2002 in Höhe von 389.773.118,00 Euro, was die Kompetenz betrifft, und in Höhe von 632.509.756,00 Euro, was die Kassa betrifft, genehmigt.

Art. 2

(Totale generale della spesa)

1. E' approvato in euro 389.773.118,00 in termini di competenza ed in euro 632.509.756,00 in termini di cassa il totale generale della spesa della Regione per l'esercizio finanziario 2002.

PRÄSIDENT: Sind Wortmeldungen zum Art. 2?

TAVERNA: Signor Presidente, intervengo sull'ordine dei lavori, perché ci troviamo in una situazione di confusione mentale e anche procedurale. L'assessore al bilancio ha presentato una richiesta di esercizio provvisorio, ma a questo punto non si capisce: volete avere il bilancio o volete avere l'esercizio provvisorio?

Tutto questo dimostra, ancora una volta, che siete dei dilettanti, perché nemmeno dal punto di vista della procedura voi siete nella condizione di essere ossequiosi della minima logica di conduzione dei lavori.

A questo punto cosa dobbiamo fare, signor Presidente del Consiglio? Veramente siamo costretti, nostro malgrado, ad andare via, perché non possiamo essere più complici di questo siffatto modo di condurre le cose!

Volete l'esercizio provvisorio? E per quale motivo volete l'esercizio provvisorio? E perché allora adesso avete votato l'art. 1 del bilancio? Ma siamo veramente nella confusione! Mi appello, colleghi, alla necessità di richiamare all'ordine questa assemblea, perché altrimenti saremo giudicati come pazzi furiosi, degni di essere ricoverati al manicomio! Io, di fronte questa pantomima, non mi presto, non ci prestiamo!

PRÄSIDENT: Cons. Valduga.

VALDUGA: Grazie Presidente. Sono assolutamente sconcertato da ciò che avviene in quest'aula, Presidente. Credevo di trovarmi di fronte ad una Giunta che, almeno dal punto di vista formale, sapeva condurre le cose e invece mi trovo di fronte ad una Giunta incapace sul piano sostanziale e sul piano formale, una Giunta che dopo aver fatto perdere credibilità all'istituzione, dopo aver messo i cittadini della Regione Trentino Alto Adige nella condizione di pensare male di tutti e di ognuno di noi, viene qua oggi con un disegno di legge, che è quello del bilancio, che ritiene di non portare a termine, non per colpe delle opposizioni, ma per incapacità propria e che ritiene di uscire da una strettoia in cui si è cacciata da sola con l'esercizio provvisorio e poi non riesce nemmeno a presentare l'emendamento in senso formale e tecnico accettabile e mette lei nella condizione di far votare l'art. 1, precludendo qualsiasi altra possibilità di emendamento.

Quindi adesso si deve andare a discutere del bilancio, così come è stato presentato, quel bilancio che noi abbiamo contestato, che riteniamo sia il prodotto di una Giunta incapace, clientelare e spendacciona e che per metterci di meglio bisognava cancellare tutto.

Adesso signori, e mi rivolgo alle opposizioni, per la nostra dignità, per il modo in cui ci trattano dobbiamo stare qua a vedere le commedie e queste commedie a noi non interessano, ce ne andiamo a casa e se le facciano loro, questo mi pare sia l'unico compito che possiamo fare per dichiarare all'opinione pubblica che noi siamo stufi di avere governatori incapaci, che ledono gli interessi delle istituzioni...

PRÄSIDENT: Senza offese, per favore!

VALDUGA: Non sono offese, sono giudizi politici che ledono le istituzioni, che offendono i consiglieri, che non permettono di poter lavorare con la serietà che

è necessaria per poter lavorare! Allora l'unico modo è di dovercene andare via, ma questo è un gravissimo vulnus nei confronti della funzione dei consiglieri, nei confronti della funzione che deve svolgere l'ente pubblico! Vergogna!

PRÄSIDENT: Abg. Perego. Ich mache darauf aufmerksam, der Art. 1 ist regulär abgestimmt, weil der andere Änderungsantrag aus technischen Gründen nicht zulässig war.

Der Abg. Perego hat das Wort.

PEREGO: Signor Presidente, invito ogni collega e soprattutto la Presidenza di quest'aula e la Presidenza della Giunta a prendere atto dello stato confusionale, totale, pieno, profondo che ormai regna in quest'aula. E' uno stato confusionale che mette e repentaglio la dignità dell'istituzione, è uno stato confusionale creato e voluto della Giunta regionale e da questa maggioranza.

E' tutto il giorno che state litigando, che state trattando sulle dimissioni della Presidente, sulle dimissioni dell'intera Giunta e che stiamo ragionando su come salvare la faccia ad un'istituzione che l'ha persa e che la perde ogni minuto di più in cui voi state seduti a quei banchi, non avete avuto neanche la capacità di presentare un emendamento, avete fatto una cosa che a livello istituzionale, a livello regolamentare è una porcheria, è una porcheria Presidente, glielo ripeto quante volte lei vuole!

Voi oggi avevate una strada maestra, che era quella di consegnare il vostro mandato, di riconoscere il vostro errore, il vostro fallimento politico e andarsene a casa, eravamo disposti, come minoranza, ad approvare il bilancio, a salvare l'ente Regione, purché voi, dopo l'approvazione del bilancio, toglieste le tende. Eravamo anche pronti a votare gli emendamenti del collega Molinari, per ridare un minimo di dignità a quest'aula, questa sera potevamo andare via con il bilancio approvato, con i tagli alle spese inutili, che davano un minimo di dignità e di certezza all'ente ed ai cittadini e con le dimissioni di una Giunta, che ha dimostrato di non essere capace e degna di governare.

Avete fatto una confusione tale, vi siete arrovellati, vi siete incartati sulla vostra voglia di stare sempre al potere, avete chiamato a soccorso il Presidente della Giunta Dellai, coinvolgendo anche il Presidente Dellai in questa figuraccia orrenda che state facendo ed il Presidente ha cercato di salvarvi con questo escamotage dell'emendamento, chiedendo soccorso anche al Presidente Durnwalder, li avete coinvolti per la vostra incapacità anche di fare un emendamento, avete coinvolto i due Presidenti delle Giunte provinciali in una figura che è meschina, è tremenda per chi gestisce una Giunta regionale!

Allora hanno ragione i colleghi Valduga e Taverna, volete votarvi questo emendamento, volete votarvi questo bilancio? Fate quello che volete, il giudizio su di voi l'ha già dato la gente, non lo diamo noi! Il giudizio sulla sua Presidenza, signora Cogo, il giudizio sui suoi Vicepresidenti, sulla sua Giunta è già stato dato sui giornali oggi, è stato dato in base alle vostre menzogne, alla vostra incapacità, state qui a fare quello che volete, io credo che le minoranze non debbano essere complici di questo scempio delle istituzioni.

PRÄSIDENT: Der Abg. Divina hat das Wort.

DIVINA: Presidente del Consiglio e colleghi dell'opposizione, credo che dobbiamo essere in parte rallegrati dal fatto che uno scatto d'orgoglio e di dignità al Consiglio è stata data. Vi chiedo un attimo di animi più sereni, nel senso che il Presidente Pahl ha riscattato la dignità del Consiglio, non ha voluto essere complice di un'operazione che sarebbe stato avallare una completa illegalità nell'approvare questo emendamento, del tutto inammissibile.

Presidente Pahl, lei è stato un corretto applicatore delle regole e dei regolamenti e da parte nostra un grande plauso per non essere stato complice di un gruppo di incapaci e di apprendisti, perché dopo tre anni non è più consentito l'apprendistato, Presidente, qualcuno poteva essere accettato all'inizio di legislatura, dopo tre anni non è ammissibile.

Presidente del Consiglio, il nostro grande rispetto. Alla maggioranza, che si è messa in questo 'cul-de-sac', che trovi la strada per uscirne. Noi abbiamo chiesto un atto di grande dignità, un piccolo pacchetto sotto il nostro albero di Natale, le dimissioni di questa Giunta; speriamo ancora che ce lo vogliano lasciare.

PRÄSIDENT: Ich mache nochmals darauf aufmerksam, es geht jetzt normal weiter mit Art. 2 und den folgenden Artikeln. Der Art. 1 ist genehmigt und somit ist ein provisorischer Haushalt nicht mehr möglich.

Wir fahren mit Art. 2 weiter. Er ist schon verlesen worden. Sind Wortmeldungen dazu?

Der Abg. Urzì hat das Wort.

URZÌ: Grazie Presidente. Solo un'annotazione per fare presente che una via d'uscita, eventualmente per seguire quell'indirizzo che era stato dettato, lo dico a doveroso titolo di conoscenza, se mi posso permettere, il ritiro del disegno di legge, la presentazione di un disegno di legge in commissione legislativa, il rispetto delle procedure, l'approdo in aula e la definitiva trattazione in aula dell'esercizio provvisorio. Non mi permetto di dare suggerimenti a nessuno, noi siamo pronti per la discussione sull'articolato del disegno di legge, però tanto ritenevo doveroso comunicarle. Grazie Presidente.

PRÄSIDENT: Cons. Seppi, ne ha facoltà.

SEPPÌ: Signor Presidente, noi dovremmo approvare, se il cons. Boso me lo consente, 632 miliardi di lire da consegnare in mano a questa Giunta, per gestire nei prossimi 12 mesi non so quale governo, non so quale condizione di spesa, certamente se dovessimo dividere questo importo per il valore medio di una AUDI A6, potremo ingrassare tutto il popolo ungherese; del resto con qualche operazione in terra di Russia potremo sfamare anche l'Ucraina.

Per cui ritengo davvero che questo articolo non possa assolutamente essere votato, perché è la parte integrante, la parte vera, la parte unica di tutto il bilancio, che va assolutamente presa in considerazione e che va assolutamente bocciato.

Francamente non posso capire come si possa procedere con un assessorato al bilancio di questo tipo, consegnando nelle mani di questo

assessorato al bilancio, consegnando nelle mani di colui che abbandona sulla terra di Russia gli accompagnatori, 632 miliardi di contributi e di soldi pubblici.

Penso che l'unica presa di posizione intelligente che possa fare questo Consiglio, ammesso che Consiglio lo si possa ancora definire nei termini burrascosi nei quali si è espresso fino a poco fa, penso – chiudo collega Boso, lasciandole tutto lo spazio che lei vorrà nel prosieguo – che assolutamente questo passaggio vada bocciato perché è un passaggio che consegnerebbe in mano a chi, oggetto di inchiesta, perché votato all'unanimità da questo Consiglio l'oggetto dell'inchiesta e quindi fino a quando uno è oggetto d'inchiesta è nelle condizioni di non poter operare, con la disinvoltura e con la attitudine che possono essere attribuite a chi non è in queste condizioni.

Ritengo quindi vada bocciato questo articolo, perché la bocciatura di questo articolo, anche per la maggioranza, porrebbe nelle condizioni di rientrare con il bilancio provvisorio; cosa che io auspico che avvenga, perché la trovo l'unica via d'uscita.

Qualcuno oggi pensava che la signora Orfei avesse altri figli, ce ne sono diversi, il circo Crenz, il circo Barnum, il circo di Messina, il circo di Milano, il circo di Rovereto, il circo di Tione, Mosca, Dubai. Allora finisca anche questa sceneggiata, si passi all'esercizio provvisorio, mi auguro che la maggioranza blocchi questo articolo, voti contro se stessa, perché saremo a quel punto nelle condizioni di poter ritornare su determinati passi, su determinate condizioni che avete posto prima di entrare in questa discussione. Grazie.

PRÄSIDENT: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir stimmen also über den Art. 2 ab. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 2 Enthaltungen, 14 Neinstimmen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 2 angenommen.

Art. 3 (Voranschlag der Ausgaben)

1. Was die Ausgaben der Region für das Haushaltsjahr 2002 anbelangt, werden die Zweckbindung der Mittel und die Zahlung der entsprechenden Beträge bewilligt, und zwar gemäß dem beiliegenden Voranschlag der Ausgaben.

Art. 3 (Stato di previsione della spesa)

1. E' autorizzato l'impegno e il pagamento delle spese della Regione per l'esercizio finanziario 2002 in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

PRÄSIDENT: Dazu sind zwei Abänderungsanträge eingebracht worden. Ich verlese den ersten Abänderungsantrag des Abg. Molinari und anderer, Prot. Nr. 7385:

Art. 3

Al testo allegato vengono apportate le seguenti variazioni: vedi tabella allegata.

Im beiliegenden Text werden folgende Änderungen vorgenommen: siehe beiliegende Tabelle.

La tabella è stata distribuita e penso che può essere data per letta.

PRÄSIDENT: Sind Wortmeldungen zum Änderungsantrag?

Der Abg. Molinari hat das Wort.

MOLINARI: Grazie signor Presidente. Desidero complimentarmi con le opposizioni, per la bravura con la quale hanno gestito l'aula in questa mezz'ora. Dopo un'intera giornata di tira e molla, durante la quale mi si chiede di ritirare e modificare un emendamento, del quale è a conoscenza l'intera Regione, perché è stato persino pubblicato sul giornale, siamo entrati in quest'aula 20 minuti fa dicendo che si doveva andare all'esercizio provvisorio e siamo qui che trattiamo un emendamento, che è giustappunto quello sul quale si sono concentrati molti interessi, nell'arco delle ultime 24 ore.

Non so cosa altro dire, mi pare che la cosa parli da sé dal punto di vista della tenuta; dal punto di vista dei contenuti confermo chiaramente le motivazioni che ho espresso in più occasioni, rispetto al contenuto di questo emendamento, siamo in una situazione di emergenza, che ad altre latitudini si chiamerebbe di scandalo politico, siamo in una situazione nella quale abbiamo bisogno di dimostrare come maggioranza e come aula di essere in grado di dare indirizzi a questa Giunta su una materia che al momento è oggetto di verifica, di dibattito, di inchiesta da parte di una commissione consiliare.

Quindi mi sembra corretto proporre all'aula che fra gli indirizzi che si danno alla Giunta, circa la gestione di questo bilancio, in attesa che le commissioni di inchiesta completino il loro corso e lasciando libertà alla Giunta di proporre, magari in sede di assestamento, una rivisitazione dei capitoli medesimi, ci siano le condizioni perché su tutta una serie di spese attinenti la discrezionalità degli amministratori, dei componenti della Giunta, sia possibile contenere i fondi a disposizione nell'arco dei prossimi mesi e quindi sul bilancio 2002, ovviamente ripetuto sul previsionale 2003-2004, secondo un criterio per il quale propongo la riduzione ad un decimo di tutti i capitoli relativi alla rappresentanza e la riduzione alla metà, prudenzialmente, di tutta una serie di capitoli attinenti la convegnistica e quant'altro.

Non mi preoccupa ideologicamente se alcuni di questi capitoli sono intestati alle minoranze, perché ho avuto l'accortezza che questi capitoli siano ridotti della sola metà, in modo che fino al 30 giugno comunque è gestibile la identica somma che sarebbe gestibile se fosse approvato l'intero capitolo. Il che vuol dire che la maggioranza, risolti i problemi che ci stanno attanagliando in questo momento, avrà anche la disponibilità di proporre a quest'aula un assestamento, potrà entro giugno rimpinguare i medesimi capitoli ed avere a disposizione le stesse somme nella seconda metà dell'anno. Mi pare che sia un segnale estremamente importante da dare alle genti trentine e sudtirolesi, la

capacità di questa stessa maggioranza di assumere una decisione in merito, in alternativa la capacità di quest'aula di dare un indirizzo preciso alla Giunta per i prossimi mesi. Grazie.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen?
Der Abg. Divina hat das Wort.

DIVINA: Presidente, ho ascoltato l'intervento del collega Molinari con le cuffie, perché per me era musica ciò che diceva e pertanto in stereofonia era ancora più godibile. Non ricalco una sola parola di quanto affermato, dicendo soltanto di condividere appieno il tutto, ma approfitto della parola soltanto per chiedere, Presidente, la votazione per appello nominale, perché è un emendamento di una valenza tale che credo tutti i consiglieri si debbano assumere una responsabilità documentabile ai posteri, per cui dopo di me parlerà qualcun altro, ma ritenga questa mia richiesta come una richiesta di votazione per appello nominale.

PRÄSIDENT: Der Abg. Morandini hat das Wort.

MORANDINI: Dichiaro il convinto sostegno a questo emendamento, signor Presidente, non solamente perché l'ho convintamente sottoscritto, ma anche perché mi sono accorto che pochi secondi dopo la presentazione di questo emendamento da parte del cons. Molinari, presentavo un emendamento, firmato da altri colleghi della minoranza, molto vicino, fra l'altro che dà ulteriori tagli.

Dico subito, Presidente, che non mi sono per niente stupito di quanto è accaduto poco fa in quest'aula e comunque le rappresento la solidarietà per come ha condotto i lavori, perché quello che è accaduto è l'esito naturale di come in queste giornate di Consiglio regionale, la Giunta in particolare ha gestito questo tipo di lavori e gli argomenti oggetto di discussione.

Per dare velocemente le motivazioni del sostegno a questo emendamento, che è analogo nel contenuto a quanto ho presentato nell'emendamento poco dopo, dico subito che diversamente da quanto è stato enunciato dalla Giunta e da alcuni suoi componenti in queste ultime giornate e nonostante i fatti che hanno interessato l'aula in questi ultimi giorni, il capitolo 10, con riferimento a viaggi degli assessori, presenta nella proposta della Giunta un aumento da 150 a 180 milioni, quindi un aumento del 20% e per citare un altro capitolo, quello sui convegni presenta un aumento ancora più forte. Faccio presente che sui convegni la spesa definitiva del 2000 è stata di 3 miliardi, la proposta per il 2000 è di 2 miliardi, ma questi 2 miliardi sono destinati a gonfiarsi particolarmente, perché accanto a queste spese dirette c'è tutta una spesa indiretta che riguarda l'utilizzo del personale che deve lavorare per questi convegni.

Allora per queste ragioni ed anche per altre che non è il caso qui di rappresentare, voto convintamente questo emendamento che è in piena collimanza con l'emendamento da me presentato sulla stessa materia, che intende dirottare i soldi, risparmiati con questi tagli, sul capitolo relativo alla previdenza integrativa. Grazie.

PRÄSIDENT: La parola al cons. Taverna. Ne ha facoltà.

TAVERNA: Grazie, signor Presidente. Esprimo il mio convinto voto favorevole all'emendamento presentato dal collega Molinari e da alcuni consiglieri della maggioranza, perché questo emendamento viene a movimentare alcuni capitoli di spesa, che sono oggetto di forti perplessità e di forte contrapposizione nel corso del dibattito sul bilancio, avvenuto in questi giorni ed anche in relazione ad una gestione del Testo Unico delle leggi sulla cooperazione internazionale e sui rapporti con l'Europa e sulla tutela delle minoranze, che hanno evidenziato assolutamente una riserva motivata e molto evidente.

Mi associo alla richiesta di votare l'emendamento per appello nominale ed esprimo il mio compiacimento nei confronti dei presentatori dell'emendamento, perché secondo me questo emendamento significa la volontà di intervenire, modificando in corso d'opera una gestione che ci lascia molto perplessi.

PRÄSIDENT: Der Abg. Denicolò hat das Wort.

DENICOLO': Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe mein entschiedenes Nein zu diesen Abänderungsanträgen zum Ausdruck. Die SVP wird ganz einfach deswegen gegen diese Anträge stimmen, weil wir innerhalb der Mehrheit den Haushaltsentwurf durch die Kommission einstimmig durchgebracht haben und vereinbart ist, diesen Gesetzesentwurf, so wie er vorliegt, zu verabschieden. Wir stimmen gegen jede Abänderung, die in Zusammenhang mit diesem Haushalt eingebracht wird.

Es gäbe aber noch eine andere Möglichkeit, Herr Präsident. Wenn der Antrag von Seiten des Regionalausschusses eingebracht wird, diesen Gesetzesentwurf zurückzuziehen, wird die SVP für die Rücknahme des Gesetzentwurfes stimmen und man geht in die legale Form des provisorischen Haushaltes.

PRÄSIDENT: Danke! Der Abg. Valduga hat das Wort.

VALDUGA: Presidente, intervengo in una situazione particolare, perché il capogruppo della S.V.P. non solo si dichiara contrario agli emendamenti che sono stati proposti, peraltro da un componente dell'attuale maggioranza, ma poi avanza una proposta che è per certi versi interessante e però segnala anche il disagio e la frattura che esiste all'interno della maggioranza, perché invita la Giunta a ritirare questo disegno di legge, per poter presentare il disegno di legge sull'esercizio provvisorio nei tempi e nei modi che sono necessari.

Forse sarebbe bene che da questo punto di vista la maggioranza si pronunciasse sulla proposta Denicolò, perché una volta che fossero d'accordo a ritirare il disegno di legge, a presentare l'esercizio provvisorio secondo le modalità necessarie, cesserebbe la necessità di dover stare qui a dibattere.

Allora in attesa che la proposta Denicolò possa essere o accettata o respinta, perché comunque nell'un caso o nell'altro è il segno del disagio e della frattura all'interno di questa maggioranza, io intervengo sull'emendamento e

segnalo al capogruppo della S.V.P., cons. Denicolò, che la S.V.P. in Giunta non aveva votato questo bilancio, per motivazioni non so se nobili o meno, ma non lo aveva votato; lo ha votato nella Commissione consiliare e arriva adesso in aula con una ferma volontà che questo bilancio sia il suo. Mi permetta il capogruppo Denicolò di avere qualche problema rispetto alla linearità dei comportamenti anche della S.V.P., che è un partito che ho sempre stimato e ritenuto importante, soprattutto per la vita dell'Alto Adige, un po' meno per la vita del Trentino, tanto è vero che più di un volta ho detto: statevene a casa vostra che forse noi a casa nostra siamo capaci di governare, senza i vostri interventi.

Per quello che riguarda l'emendamento del cons. Molinari, non si può non essere d'accordo, perché è nella realtà delle cose la necessità di accettare gli emendamenti, ci troviamo di fronte ad una Giunta che presenta un bilancio, che inizialmente non era il bilancio della maggioranza, ma di una parte della maggioranza, che adesso è nell'occhio del ciclone perché ha dentro i capitani non coraggiosi che abbandonano i funzionari all'aeroporto e spendono e spandono i soldi pubblici; che hanno un altro Vicepresidente che va a Budapest sistematicamente per farsi le auto e adesso vuole che noi gli approviamo un capitolo di spesa, dove possono ancora sperperare i propri soldi.

Si diano una regolata e quando si saranno dati finalmente una regolata avranno riacquistato, ma le persone che ho citato non lo possono più diventare degne di essere né Presidenti, né Vicepresidenti, né assessori di una qualsiasi maggioranza, quando avranno trovato il modo di presentare una maggioranza trasparente, credibile, in quel momento potranno ripristinare le cifre che ritengono opportuno all'interno del bilancio e adoperarle finalmente con la convinzione che le adoperano positivamente e non con il dubbio e con la necessità di invocare addirittura l'intervento della Magistratura, visto e considerato che il nostro dire spesso e volentieri, anche dalla stampa purtroppo, è avvertito solo come di rancore, di opposizione, ostruzionistico.

Forse siamo qui a discutere per i nostri interessi nel momento in cui vogliamo trasparenza? Forse non siamo per gli interessi dei cittadini? Forse non siamo per l'interesse della Regione nel chiedere a voi di essere capaci di governare e di smetterla con questa commedia infinita e vergognosa?

Allora io sono per la votazione degli emendamenti del cons. Molinari, che almeno portano un minimo di correttivo all'interno di un bilancio di sperpero e voglio ci sia la votazione per appello nominale e ognuno si assuma le proprie responsabilità.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Perego. Er hat das Wort.

PEREGO: Solo per dichiarare formalmente e ufficialmente il voto convintamente favorevole del gruppo di Forza Italia a questo emendamento e per ringraziare il collega Molinari per il lavoro che ha svolto.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Denicolò.

DENICOLO': Herr Präsident! Weil ich vom Kollegen Valduga angesprochen worden bin, wieso die Südtiroler Volkspartei mit ihren Vertretern im

Regionalausschuss sich der Stimme enthalten hat und wieso dann in der Kommission einstimmig dafür und warum gerade jetzt die Position einbezogen wird, dass wir hier für diesen Haushalt ohne jede Abänderung sind, kann ich auch gleich erklären. Damit der SVP-Standpunkt klar ist: In Zusammenhang mit der Handhabung der sogenannten Beitragskapitel im Haushalt 2002 betreffend die Europainitiativen, die humanitären Hilfen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, wurde innerhalb der Koalition vereinbart, diese Beitragskapitel in Zusammenarbeit mit den beiden Landesregierungen aufgrund einvernehmlich erarbeiteter Programme auszugeben. Damit ein für alle mal klar ist, dass über diese Beitragskapitel nach entsprechenden Vorgangsweisen, die für Trient genauso gelten sollen wie für Bozen, hier klar gearbeitet wird. Weil man der detaillierten Prozedur dieses Programmteiles innerhalb der Koalition nicht Rechnung getragen hat, haben sich unsere Assessoren im Regionalausschuss der Stimme enthalten. Auf dem Weg zwischen dem Regionalausschuss in die Kommission konnte man sich auch auf die Prozedur einigen, wie das von sich gehen soll. Und aufgrund dieser Einigung hat sich die SVP auch entschlossen, voll diesen Haushalt mitzutragen. Das war der Grund.

Deswegen Ja zum Haushalt ohne jede Abänderung mit diesen Möglichkeiten der intensiven Zusammenarbeit mit den beiden Ländern aufgrund einvernehmlich vereinbarter Programme. Das war der Grund – und weil uns das zugesagt worden ist, dass man das im Haushalt 2002 auch im Hinblick eines ganz konkreten und sauberen Durchführens des Koalitionsprogramms tun wird, haben wir zu diesem Haushalt ohne jede Abänderung Ja gesagt.

PRÄSIDENT: Zum Fortgang der Arbeiten hat der Vizepräsident Grandi das Wort.

GRANDI: Sull'ordine dei lavori, perché era volontà della Giunta e della maggioranza proporre all'aula del bilancio sotto forma di esercizio provvisorio. Noi abbiamo depositato un emendamento sostitutivo, in base alle indicazioni che ci sono venute da un punto di vista tecnico, dopo si è verificato che questo non reggeva; c'è stato quel momento di difficoltà nel mentre si stavano portando gli emendamenti tecnici e si è voluto fare la forzatura di procedere. Non era assolutamente volontà della Giunta approfittare di questo passaggio per fare in modo che fosse approvato il bilancio, perché le cose che ho detto prima valgono anche ora.

Pertanto in presenza di questa situazione, che diventa ogni attimo sempre più difficile, ribadisco a nome della Giunta la volontà che si proceda solo con l'esercizio provvisorio, a quel punto c'è un'unica possibilità, che questo provvedimento di legge venga interrotto qui, che si torni in Commissione legislativa e lì la Giunta arriverà con l'esercizio provvisorio, vedremo di concordare i tempi con la Presidenza ed in questo modo rimettiamo su un binario molto più percorribile, anche da un punto di vista politico, il dibattito ed il rapporto fra di noi.

Pertanto formalizzo, Presidente, la proposta di sospensione del disegno di legge, di ritiro di questo perché non era nelle nostre intenzioni e noi ribadiamo che andremo in Commissione, chiedendo al Presidente Urzì di convocarla in tempo utile, con il disegno di legge di esercizio provvisorio.

PRÄSIDENT: Wir haben also den Vorschlag gehört. Will jemand dazu Stellung nehmen?

Der Abg. Leitner hat das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! ...dann spreche ich über den Fortgang der Arbeiten. Ich muss ja wissen, über was ich rede und es kann ja sein – und ich bitte um Nachsicht – wenn ich hier in diesem Hühnerhaufen nicht mehr alles verstehe.

Diesen Antrag kann ich gerne annehmen. Wie wir auch immer heute auseinandergehen, mit diesem Ergebnis gibt die Regierung zu, das sie nicht regieren kann. Wer immer in diesem Theater Regie führt, er führt sie schlecht, aber er führt uns auch an der Nase herum. Das möchte ich auch ganz klar und deutlich sagen. Es kann doch nicht sein, dass wir uns eine ganze Sitzungswoche hier über Dinge unterhalten, die für einige sehr unangenehm sind. Wo man jetzt versucht hat, mit einem sehr guten Schachzug ein bisschen besseres Bild zu schaffen, das macht man dann selber wieder kaputt. Also ich bin durchaus der Meinung, dass man diesen Gesetzesantrag zurückziehen soll, um einen provisorischen Haushalt zu machen. Das spricht nicht für die Regierung. Allerdings muss ich auch sagen, wenn wir hier immer wieder erleben müssen, dass der Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei einspringen muss, wenn die Regierung nicht mehr weiter weiß, um etwas auszubügeln, was man vorher verschlammt hat, dann frage ich noch einmal: wer führt hier eigentlich Regie in dieser Regierung? Die Präsidentin tut es nicht, der Vizepräsident kann es nicht und um das Schlamassel nicht noch größer werden zu lassen, versucht man jetzt die Handbremse zu ziehen. Ich finde wir liefern hier ein schlechtes Schauspiel ab. Das hat nichts mit Komödie zu tun, sondern mehr mit Tragödie aber ganz sicher mit Grotteske. Beenden wir dieses Schauspiel so schnell als möglich.

PRÄSIDENT: Der Nächste ist der Abg. Valduga. Er hat das Wort.

VALDUGA: Grazie Presidente. Ho ascoltato la proposta del Vicepresidente Grandi, tendente a manifestare la volontà di ritirare il disegno di legge di cui stiamo trattando, per poter percorrere le strade previste dalla presentazione dell'esercizio provvisorio in termini formali ineccepibili. Credo che a questo punto la maggioranza non vorrà smentire il Vicepresidente Grandi e voterà per il ritiro del disegno di legge.

Devo fare alcune precisazioni, Presidente, la prima la faccio con molta simpatia e stima nei confronti del capogruppo della S.V.P., cons. Denicolò, non avevo dubbi nel pensare che in Giunta non avevate approvato il bilancio, perché non c'era accordo sulle modalità con cui i soldi dovevano essere spesi e il fatto che lei mi venga a dire che in Commissione avete trovato la soluzione, semplicemente mettendo in moto la titolarità primigenia delle due Province di Trento e Bolzano, mi sembra che sia la dimostrazione di come la S.V.P. ritiene che la Regione non abbia motivo di esistere e questa Giunta è un ectoplasma che serve solo per depistare fondi su Bolzano e su Trento e che le

spese le può semmai fare condizionata dalle Province, il che significa una cosa addirittura abnorme e vergognosa, noi l'abbiamo sempre combattuta.

Per quello che riguarda il ritiro del disegno di legge del bilancio e l'accesso all'esercizio provvisorio, ho da fare questo commento: è la chiara dimostrazione dell'incapacità di governo di questa maggioranza ed è il risultato di una opposizione che ha denunciato in maniera chiara e da sempre l'incapacità di questa maggioranza, che ha denunciato i giochetti a cui questa maggioranza ha sottoposto l'istituto Regione per problemi di potere e di sedie. E' inutile che stia qui a fare l'elenco delle sfiducie lanciate dalla maggioranza alla Presidente Cogo, definita incompetente ed incapace, la riedizione della Cogo nonostante sia incompetente ed incapace, la Cogo che adesso è addirittura non solo incompetente ed incapace, ma è anche fedifraga perché non dice la verità di un Vicepresidente Grandi, che va in giro ed abbandona negli aeroporti i funzionari, colui che fugge da Mosca e viene a proporci un bilancio che prevede migliaia e migliaia di milioni da distribuire agli amici degli amici.

Questo è il segno chiaro di che cosa avete combinato in questi anni e spero che l'opinione pubblica ne venga informata nella maniera giusta. Ove non vi provvedesse la stampa, lo faremo noi nei prossimi giorni, perché è compito...

PRÄSIDENT: Potrebbe terminare cons. Valduga? Il tempo è esaurito.

VALDUGA: ...è compito dei consiglieri portare all'esterno la verità effettuale delle cose e quindi segnalare a quale stato di degrado, di incapacità, di presunzione sono arrivati questi signori, con la connivenza anche del famoso partito della moralità, il partito dei D.S. che in Italia sta facendo processi non solo al governo, ma all'Italia, all'estero e qui non è capace di dissociarsi dai comportamenti scorretti.

PRÄSIDENT: Der Abg. Divina hat das Wort.

DIVINA: Presidente, prima ho usato una parola che poteva essere forte, ho detto: "un gruppo di apprendisti", ma dobbiamo rincarare, nemmeno gli apprendisti si comportano in questa maniera. Adesso non so cosa esternerà la stampa alla Presidente Cogo, ma la Presidente Cogo si era salvata qualche mese fa in corner dopo aver annunciato dimissioni irrevocabili, ve lo ricordate? Annunciate in aula, annunciate alla stampa, in una diretta di telegiornale, alla domanda gli si chiedeva: a che condizioni lei ritirerebbe le dimissioni? Non ci sono condizioni.

Bene, quelle condizioni irrevocabili, quelle dimissioni irrevocabili sono rientrate e la Presidente Cogo aveva trovato una banale motivazione: sono riuscita a far fare un passo indietro alla S.V.P. che voleva demolire la Regione, portando e sfilacciando il bilancio, che di fatto non sarebbe più stata competenza regionale, ma l'avrebbe delegato sostanzialmente alle due Province.

Si era appena, appena salvata. La figura che le stanno facendo fare adesso ci fa pensare: questa donna, coperta di vergogna, un minimo di pudore non esiste più!

In quest'aula, l'unico atto che avrebbe potuto ridare un briciolo di moralità a tutto il teatrino di questi tre giorni era l'emendamento a firma del cons. Molinari ed altri, che hanno creduto corretto di dare quel tipo di segnale, l'unico atto moralizzatore che avrebbe dato un briciolo di dignità al lavoro che stiamo facendo, è stato perso anche questo.

Se alla Presidente Cogo va bene di farsi cucinare su questa graticola, a noi non sta bene che le istituzioni facciano questa penosa figura. Presidente Cogo, se a lei va bene che la Giunta cada con questa vergogna, se la porti a casa lei, se la porti a casa la sua Giunta, ma questa vergogna risparmiatela, che ci sono tanti consiglieri che credevano di essere qui per contribuire a dare la stura al bilancio della Regione e si trovano ad andare a casa con un nulla di fatto!

Tre giorni persi per nulla, sapendo già che i presupposti sarebbero stati questi. La Presidente Cogo va a casa come nulla fosse? La parola "vergogna" è la più tranquilla ed eufemistica che gli si può dare come commiato.

PRÄSIDENT: Somit steht zur Abstimmung der Vorschlag der Suspendierung des Haushaltes der Region. Zur Folge: wenn der Antrag auf Suspendierung des Tagesordnungsantrages Nr. 1 angenommen wird, wenn also der Haushalt der Region jetzt nicht mehr weiterbehandelt wird, sondern suspendiert, dann bedeutet das, dass wir im Laufe des Dezembers zuerst die Kommission und dann den Regionalrat wieder einberufen müssen. Ich mache eine Präzisierung des Antrages, weil ich gerade aufmerksam gemacht werde, was der Ausschuss vorschlägt. Der Vorschlag des Ausschusses heißt: nicht nur Suspendierung sondern Zurückziehung des Gesetzesentwurfes Nr. 47 für den Haushalt der Region. Das bedeutet, wenn er angenommen wird, dass innerhalb Dezember zuerst die Kommission und dann der Regionalrat einberufen wird. Danach kommt der Punkt 2.

Wer spricht sich dafür aus, dass der Gesetzesentwurf Nr. 47, Haushaltsvoranschlag der Region, zurückgezogen wird? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 4 Nein und 3 Enthaltungen ist der Antrag auf Zurückziehung des Gesetzentwurfes Nr. 47 angenommen.

PRÄSIDENT: Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung.

...zum Fortgang der Arbeiten, Abg. Molinari.

MOLINARI: Presidente, per correttezza nei confronti del Consiglio, un auto-correttezza del Consiglio se si può dire così, che anche questo punto venga rimesso alla prossima riunione del Consiglio regionale, mi sembra il minimo che dopo le prove che abbiamo dato in questi tre giorni, possiamo dare come esempio alla cittadinanza, giacché la riunione di fine dicembre è praticamente obbligatoria, perché la Regione non può rimanere senza una qualche formulazione giuridica circa il proprio bilancio.

PRÄSIDENT: Cons. Divina.

DIVINA: Sono incaricato dal mio gruppo di annunciare che con questo clima d'aula noi non vogliamo avere nulla a che spartire, la Lega abbandona l'aula per protesta, per l'ingiurioso comportamento di questa Giunta di apprendisti regionali. Grazie.

PRÄSIDENT: Es können zwei dafür und zwei dagegen sprechen. Will jemand dagegen sprechen, ansonsten stimmen wir ab. Ich bin nicht dafür, dass der Punkt vertagt wird.

Cons. Valduga, ne ha facultà.

VALDUGA: Ritengo che non ci sia più il clima per discutere nemmeno il bilancio del Consiglio. Ci troviamo di fronte alla "débâcle" di questa maggioranza e la maggioranza è parte fondamentale all'interno del Consiglio, per cui credo che sarà bene che si sposti la discussione del punto n. 2 dell'ordine del giorno ad una prossima seduta, che ormai dovrà essere convocata prima del 31 dicembre, a meno che questa maggioranza non ritenga di lasciare la Regione senza bilancio. E' già il primo passo nella storia di un ritiro del bilancio e di passare all'esercizio provvisorio, sarebbe il primo passo in assoluto far mancare anche l'esercizio provvisorio.

Quindi sarete impegnati a convocarci entro il 31 dicembre, in quella sede forse, alla luce anche di correzioni di tiro, può esserci magari la dimensione per poter discutere anche del bilancio del Consiglio, ma adesso con una maggioranza sbrindellata, assente in aula, perché siamo qui noi a garantire il numero legale, Presidente, altrimenti non c'è nemmeno il numero legale, siamo in una situazione di sbaraccamento!

Allora è meglio andare tutti a casa, forse il Natale ci porterà qualche grazia.

PRÄSIDENT: Ich mache aufmerksam: wenn der Haushalt des Regionalrates innerhalb Dezember nicht behandelt wird, haben Sie - und das Personal auch nicht - im Jänner keine Gehälter. Deshalb würde ich empfehlen, den Haushalt des Regionalrates, der ja nicht umstritten ist, jetzt durchzuziehen, d.h. ich empfehle im Namen des Präsidiums Punkt 2 der Tagesordnung nicht zu vertagen, sondern jetzt zu machen. Der Antrag ist auf Vertagung. Wer spricht sich für die Vertagung aus. Niemand. Wer ist dagegen? Enthaltungen?

Gut, dann behandeln wir den Haushalt des Regionalrates: **Beschlussfassungsvorschlag Nr. 25: Haushaltsvoranschlag des Regionalrats für das Finanzjahr 2002, welcher außerdem Änderungen zur Personaldienstordnung enthält (eingebracht vom Präsidium auf Vorschlag des Präsidenten des Regionalrates).**

Ich frage, nachdem Sie den Bericht schon bekommen haben, ob Sie einverstanden sind... Gut, dann verlese ich ihn...

(interruzione)

PRÄSIDENT: ...Wenn Zweifel sind, ich wiederhole die Abstimmung schon, aber dann möchte ich schon, dass Sie die Hand wirklich aufheben. Wir wiederholen also die Abstimmung. Wer ist dafür, dass der Haushalt des Regionalrates jetzt nicht behandelt wird. 9 Jastimmen. Wer ist dagegen? Enthaltungen.

Bei 1 Enthaltung, 9 Jastimmen ist der Antrag abgewiesen.

Ich verlese den Bericht:

Sehr geehrte Abgeordnete,

Nach der Beratung und Genehmigung seitens des Präsidiums am 21. November 2001 wird der Haushaltsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2002 nun dem Regionalrat vorgelegt.

Der Regionalrat verwaltet mit seinem Haushalt die für die Tätigkeit dieser gesetzgebenden Institution notwendigen Finanzmittel und gewährleistet so die Anwendung von Gesetzen und Ordnungsbestimmungen, die die Abgeordneten direkt oder indirekt betreffen. Aus diesem Grund handelt es sich bei den meisten Ausgaben um Pflichtausgaben, wobei die angeführten Voranschläge weitgehend das Ergebnis von technischen Maßnahmen sind.

In den letzten Jahren wurde der Haushalt einigen weitgreifenden Änderungen unterzogen. Diese hatten sich aus der Anwendung des RG Nr. 2 vom 26. Februar 1995 ergeben. Das RG Nr. 2 vom 26. Februar 1995 hat das Präsidium zum Erlass von Ordnungsbestimmungen für die Gebarung der Fonds zur Deckung der Leibrenten und für die Einbehaltung der Pflichtbeiträge der Regionalratsabgeordneten ermächtigt.

Maßnahmen dieser Art waren schon in den buchhaltungstechnischen Dokumenten der Haushaltsjahre 1996 - 2001 enthalten. Unvorhergesehene Verspätungen bei der Zuweisung der notwendigen Finanzmittel von Seiten des Regionalausschusses haben dazu geführt, dass die buchhaltungstechnischen Maßnahmen, mit der die Ausgabe für die direkten Leibrenten und der Anteil für die übertragbare Leibrente aller Regionalratsabgeordneten, die bis zur X. Legislaturperiode im Amt waren, gedeckt werden soll, erst im Haushaltsjahr 2002 abgeschlossen werden können.

Alle Beträge des Haushaltes wurden in Euro angegeben; in einigen Kapiteln wurde dabei einfach ein Wechselkurs von 1936,27 Lire je Euro mit leichten Aufrundungen angewandt; in anderen Kapiteln erfolgt hingegen eine Aufrundung auf die Zahl 5.

Zum besseren Verständnis des Voranschlages liegen diesem Dokument die Umrechnungstabellen Euro-Lire bei.

Für eine Gesamtübersicht über den Haushalt wurden die verschiedenen Posten in Kategorien aufgeteilt und eventuelle Abweichungen zum laufenden Haushaltsjahr angegeben.

In der **II. Kategorie** der Einnahmen "**Erträge aus dem Vermögen des Regionalrates**" sind mehr oder weniger die gleichen Beträge wie im laufenden Haushaltsjahr veranschlagt worden. Die Festlegung dieser Beträge erfolgt auf der Grundlage der vorhandenen Daten.

Im Kapitel 300 „*Zuweisung zu Lasten des Regionalhaushaltes*“ der **III. Kategorie „Sondererträge“** wurde ein beträchtlicher Rückgang verzeichnet.

Die IV. Kategorie „*Sich ausgleichende Posten im Ausgabenvoranschlag*“ weist insgesamt einen Rückgang von über 80% auf. Die einzelnen Posten dieser

Kategorie verzeichnen Erhöhungen im Kapitel 403 „*Rückzahlung durch die INPDAP (ex INADEL) der Abfertigung, die an das in den Ruhestand oder in den Wartestand versetzte Personal ausbezahlt wurde (Ausgabenkapitel 802)*“, in diesem Kapitel werden die Daten bezüglich der den Bediensteten zustehenden Vorsorgebeträge aktualisiert. Rückgänge ergeben sich hingegen in den Kapiteln 425 „*Entnahme von Beträgen zur Rückerstattung der Pflichtbeiträge für die Leibrenten und der Zusatzbeiträge*“ und 440 „*Einnahme der den normalen Kassabedarf übersteigenden Beträge*“ aufgrund der Anpassung der Bereiche.

Bezüglich der Ausgaben ergibt die Analyse der Kategorien Folgendes:

In der **I. Kategorie „Dienste des Regionalrates“** verzeichnet man eine Neufestlegung und Aktualisierung der Amtsentschädigung der Abgeordneten; insbesondere nehmen die Ausgaben im Bereich Versicherungsschutz der Regionalratsabgeordneten zu.

Die Ausgaben in der **II. Kategorie „Regionalratsabgeordnete im Ruhestand“** werden um 2,5 % erhöht. Diese Zunahme ist auf die neuen Bezugsparameter für die Berechnung der Vorsorgeleistungen und auf die Zunahme der Nutznießer zurückzuführen.

Die Ausgaben für das Personal steigen infolge des Kollektivvertrages für die Bediensteten, ausgenommen die Führungskräfte, die beim Regionalrat Dienst leisten. Das unterzeichnete Abkommen greift zum Großteil das Abkommen der Bediensteten des Regionalausschusses auf, mit Ausnahme bestimmter Tätigkeiten, für die es im Regionalausschuss nichts Entsprechendes gibt.

Das Personal des Regionalrates in Trient und Bozen setzt sich wie folgt zusammen: 5 Einheiten in der III. Funktionsebene, 4 in der IV.; 12 in der V., 3 in der VI., 7 in der VII., 5 in der VIII., und 3 im Dirigentenrang. Dazu gehören auch 5 Angestellte mit einem Teilzeitverhältnis und 4 Bedienstete im Überstellungsverhältnis. 3 außerplanmäßige Bedienstete ersetzen die Angestellten in Wartestand und die Bediensteten mit einem Überstellungs- oder Teilzeitverhältnis. Dem Sondersekretariat des Präsidenten und des Vizepräsidenten sind 2 außerplanmäßige Bedienstete als Sondersekretäre zugewiesen, während die verwaltungstechnische Arbeit von planmäßigem oder überstelltem Personal verrichtet wird.

In der **V. Kategorie „Ankauf von Gütern und Ausgaben für Dienste“** ist ein Rückgang von 0,6 % zu verzeichnen. Eine genaue Überprüfung zeigt beachtliche Kürzungen in den Kapiteln betreffend Ausgaben für Umstrukturierungen und die Miete von Räumlichkeiten; in den Kapiteln betreffend die Tätigkeit des Präsidiums im Hinblick auf Repräsentationsspesen, Organisation von Tagungen und Dienste von Außenstehenden im Interesse des Präsidiums sind Erhöhungen zu verzeichnen, während alle anderen Ausgaben abgesehen von leichten Erhöhungen mehr oder weniger gleich geblieben sind.

In der **VI. Kategorie „Übertragungen“** ist ein Rückgang im Kapitel betreffend die Rückerstattung von Anwaltspesen und eine Zunahme bei den Maßnahmen zu humanitären Zwecken zu verzeichnen. Durch einen kürzlich genehmigten Präsidiumsbeschluss wurden für diese Maßnahmen eigene Ordnungsbestimmungen genehmigt.

Bei der **VIII. Kategorie „Berichtigungs- und Ausgleichsposten der Einnahmen“** war die Neuformulierung der Rückerstattung, die im Kapitel 804 unter „Rückerstattungen und Vergütungen“ vorgesehen wurde, notwendig, um

das Vorhandensein der notwendigen Bedingungen besser feststellen zu können.

Durch die Erhöhungen in anderen Kapiteln, wie z.B. den Ausgaben für die Autobahnfahrten und die Anwendung von Vorsorgebestimmungen zugunsten der Regionalratsabgeordneten werden die verfügbaren Daten den voraussichtlichen Bedürfnissen angepasst.

Was die Sonderfonds betrifft, wurde bereits in der Vergangenheit auf die Entwicklung und auf die Zusammensetzung des Garantiefonds hingewiesen.

Die Eintragung des Kapitels unter den „Rückständen“ bedeutet, dass die in den früheren Haushaltsvoranschlägen verbuchten Zuweisungen nunmehr ihre Garantiefunktion zugunsten des Regionalrates bei der Auszahlung der geschuldeten Beträge an die ehemaligen Regionalratsabgeordneten erfüllen.

Andere Kapitel verbuchen die Finanzmittel, die für die Gebarung bestimmt sind und die aus verschiedenen Gründen die vollständige Anwendung der Gesetzesbestimmungen in Hinblick auf die Regionalratsabgeordneten gewährleisten.

Zuletzt sei noch das Kapitel 1700 erwähnt: *„Ankauf und Erneuerung von Möbeln, Schreib- und Rechenmaschinen, Spezialmaschinen, Geräten, Kunstwerken, verschiedenem Büromaterial, Ausstattungsgegenständen und Transportmitteln“*. Hier sind im Jahr 2002 auf der einen Seite ein Rückgang des Bedarfs und auf der anderen Seite beträchtliche Rückstände zu verzeichnen, die auf schon eingegangene Verpflichtungen im laufenden Finanzjahr und auf die Umsiedlung des Sitzes von Bozen zurückzuführen sind.

Abschließend kann festgestellt werden, dass sich der Voranschlag für die Kompetenzgebarung in Höhe von **31.188.145,00 Euro** durch die Verwendung von **1.830.985,00.- Euro** aus dem Überschuss ausgleicht.

Bei der Kassagebarung wird ein Gebarungsausgleich von **53.794.555,00.- Euro** erreicht, wobei Einnahmen aus dem Kassafonds in Höhe von **3.550.721,00.- Euro** verwendet werden.

Personaldienstordnung des Regionalrats

Im Haushaltsvoranschlag 2002 des Regionalrats sind wie erwähnt auch die nötigen Finanzmittel vorgesehen, um den am 13. November 2001 unterzeichneten Kollektivvertrag für das Personal des Regionalrats anzuwenden. Gleichzeitig scheint es angebracht, eine Überarbeitung der gegenwärtigen Personaldienstordnung aus folgenden Überlegungen vorzuschlagen:

- a) Durch die mit Verfassungsgesetz Nr. 2/1001 erfolgte Abänderung des Autonomiestatuts wurde das Präsidium des Regionalrats um den zweiten Vizepräsidenten erweitert, dem bestimmte Dienste, die dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten zustehen, zur Verfügung gestellt werden sollen.
- b) Das Regionalgesetz Nr. 3/2000 hat in Anpassung an die Grundsätze des Gesetzes vom 23.10.1992 Nr. 421 wesentliche Erneuerungen in der Personalverwaltung eingeführt, die nun schrittweise eingeführt und angewendet werden.
- c) Der Kollektivvertrag enthält einen juristisch-normativen Teil, der sich wesentlich auf die Ordnungsbestimmungen im Bereich der

Personalverwaltung auswirkt und mit denselben Bestimmungen koordiniert werden muss.

Angeichts dieser Sachlage hat das Präsidium den beiliegenden Änderungsvorschlag zur Personaldienstordnung ausgearbeitet (Anlage A) und denselben im einzelnen mit der Gewerkschafts- und Personalvertretung im Zuge der Tarifverhandlungen erarbeitet. Dabei wurden folgende Richtlinien berücksichtigt:

- a) Verbesserung der Effizienz der Organisationsstrukturen im Regionalrat;
- b) Straffung der bestehenden Ressourcen;
- c) Anpassung an organisationstechnische Erfordernisse;
- d) Verbesserung und Gewährleistung bestimmter Dienste in Anwendung der obgenannten Gesetzesbestimmungen.

Bei der Erarbeitung des Kollektivvertrages gingen die Verhandlungsdelegationen des Präsidiums und des Personals, wie bereits das letzte Mal vor ca. 4 Jahren vom Tarifabkommen der Bediensteten der Region vom 24.07.2001 aus, wobei abermals der Grundsatz verfolgt wurde, das besagte Tarifabkommen zu übernehmen und gleichzeitig jene Bestimmungen desselben neu festzulegen, die eine organisatorische und funktionelle Unabhängigkeit des Regionalrats gewährleisten.

Die Personaldienstordnung selbst wird erheblich gestrafft, was die einzelnen Ordnungsbestimmungen betrifft; so wird vorgeschlagen, 9 von insgesamt 25 Artikel der gegenwärtigen Personaldienstordnung gemäß koordiniertem Text, der mit Dekret des Präsidenten des Regionalrats Nr. 214 vom 23.12.1999 genehmigt wurde, zu streichen, zumal die entsprechenden Bestimmungen als nicht mehr anwendbar erachtet oder infolge der oben genannten Gesetzesbestimmungen bzw. aufgrund des jüngsten Kollektivvertrages als überholt angesehen werden.

Im einzelnen setzt sich die Personaldienstordnung gemäß beiliegendem Vorschlag wie folgt zusammen: Der Grundsatz gemäß Art. 1 der Personaldienstordnung bleibt unverändert, wonach die Gesetzesbestimmungen und grundsätzlich die Tarifabkommen der Regionalbediensteten auch auf das Personal des Regionalrats angewandt werden, ebenso die Art. 3 und 15. Die Artikel 4, 7, 9, 10, 11, 12, 22, 24 und 25 werden gestrichen. Die Artikel 2, 5, 6, 8, 13, 16, 17, 18, 19, 20, 21 und 23 werden im Sinne einer Straffung oder Klarstellung der jeweiligen Ordnungsbestimmung überarbeitet, wobei die Bestimmung selbst im Prinzip unangetastet bleibt. Neu formuliert wird in beiliegendem Vorschlag Art. 14 mit Festsetzung der Höchstanzahl der Bediensteten des Regionalrats im Stellenplan, Aufteilung der entsprechenden Stellen unter Beachtung des proportionellen Anteils einer jeden im Regionalrat vertretenen Sprachgruppe sowie mit Festlegung des Verfahrens mittels Anhören der Gewerkschaften für die Erstellung der Berufsbilder, der Beschreibung derselben und der jeweiligen Stellenanzahl. Letztendlich wird vorgeschlagen, zwei Ordnungsbestimmungen gemäß Art. 17 bis und Art. 21 bis einzuführen, wobei erstere Bestimmungen festschreibt, die im wesentlichen in der geltenden Ämterordnung des Regionalrats wiedergegeben sind, während mit Art. 21 bis Beratungsaufträge geregelt werden, die für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erteilt werden können und hiermit eine detailliertere

Regelung erfahren, wobei dieselben Aufträge bis heute mittels Anwendung von Art. 21 vergeben wurden.

Ich hoffe darauf, dass der Regionalrat dem vorliegenden Beschlussfassungsvorschlag seine Zustimmung geben wird.

DER PRÄSIDENT

Relazione

Signori Consiglieri,

la presentazione del documento relativo alla previsione di Bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2002, segue all'esame e all'approvazione da parte dell'Ufficio di Presidenza avvenuta nella seduta del 21 novembre 2001.

Il Consiglio regionale attraverso il proprio bilancio, amministra le risorse destinate al funzionamento dell'Organo legislativo, nel senso più ampio del termine e quindi assicura l'applicazione di leggi e regolamenti che investono direttamente o indirettamente la figura del Consigliere regionale. Da queste premesse è evidente che la maggior parte delle spese ha carattere obbligatorio e le previsioni registrate sono, in linea di massima, il risultato di elaborazioni tecniche.

Nel corso degli ultimi anni il bilancio è stato interessato da rilevanti modifiche intervenute con l'applicazione della legge regionale n. 2 del 26 febbraio 1995, che ha autorizzato l'Ufficio di Presidenza all'emanazione di regolamenti per la gestione di fondi a copertura degli assegni vitalizi e per gli accumuli delle contribuzioni obbligatorie dei Consiglieri regionali.

Interventi in tal senso hanno interessato i documenti contabili degli esercizi finanziari dal 1996 al 2001. Una diversa programmazione delle assegnazioni rispetto agli impegni ha posticipato all'esercizio 2002 la conclusione dell'operazione contabile che dovrà portare alla copertura dell'onere relativo agli assegni vitalizi diretti e alla quota di reversibilità di tutti i Consiglieri regionali con periodi di carica fino alla X^a legislatura.

Tutti gli importi del bilancio sono espressi in Euro; per alcuni capitoli si tratta di una operazione di semplice conversione, alla parità ufficiale Euro/Lire 1936,27 con leggeri arrotondamenti, per altri capitoli i calcoli eseguiti comportano l'onere indicato con arrotondamento minimo a 5 Euro.

Per una maggiore chiarezza e comprensione del contenuto della proposta si allegano in calce al documento le tabelle di conversione da Euro in Lire.

Una visione d'insieme del provvedimento rende necessaria la lettura per categorie e una specifica di eventuali scostamenti rispetto all'esercizio in corso.

La proposta della **II^a categoria** dell'entrata **'Proventi dei beni del Consiglio regionale'** ricalca quella del corrente esercizio. La sua quantificazione avviene sulla base dei dati certi disponibili.

Nella **III^a categoria “Proventi speciali”** si registra una considerevole flessione che interessa il capitolo 300 “Assegnazione a carico del bilancio regionale”.

La **IV^a categoria “Partite che si compensano nella spesa”** globalmente considerata presenta una riduzione superiore all’ 80%. Le singole voci che la compongono registrano incrementi nel capitolo 403 “Ricupero nei confronti dell’INPDAP (ex INADEL) dell’indennità premio di servizio corrisposta al personale collocato a riposo ed a quello in aspettativa (spesa cap. 802)” che aggiorna i dati relativi alle spettanze previdenziali del personale dipendente e riduzioni nei capitoli 425 “Svincolo di fondi per restituzioni di contributi obbligatori per assegno vitalizio e quota aggiuntiva” e 440 “Introito somme eccedenti il normale fabbisogno di cassa” per aggiornamento delle fattispecie considerate.

Nella spesa l’analisi per categorie registra:

Nella **I^a categoria “Servizi del Consiglio regionale”** la revisione ed aggiornamento dell’indennità consiliare e in particolar modo la voce che contempla la tutela assicurativa in favore dei Consiglieri regionali.

La **II^a categoria “Consiglieri in quiescenza”** si aggiorna del 2,5%. Tale incremento è legato a revisione dei parametri di riferimento per la quantificazione dell’onere ed all’estensione dell’aumento dei beneficiari.

Gli oneri per il personale dipendente sono rivisti in aumento come conseguenza del contratto collettivo riguardante il personale non dirigenziale del Consiglio regionale. L’accordo sottoscritto ricalca in massima parte quello che interessa i dipendenti della Regione, fatta eccezione per alcune particolari situazioni strettamente riferite a mansioni che non trovano corrispondenza presso la Giunta regionale.

I dipendenti dislocati su entrambi le sedi appartengono: 5 al III^a livello, 4 al IV^a, 12 al V^a, 3 al VI^a, 7 al VII^a, 5 all’VIII^a e 3 alla carriera dirigenziale. L’istituto del part-time interessa complessivamente 5 unità e quello del comando 4 unità; 3 posizioni fuori ruolo sostituiscono dipendenti in aspettativa a diverso titolo ed integrano i rapporti part-time o il personale a comando. Alle segreterie particolari del Presidente e del Vicepresidente sono assegnate n. 2 posizioni fuori ruolo per quanto riguarda la funzione di segretario particolare ed impiego di personale di ruolo o a comando per il lavoro esecutivo.

La **V^a categoria “Acquisto di beni e servizi”** si riduce dello 0,6%. Un’analisi più approfondita segna flessioni considerevoli sui capitoli relativi ad oneri programmati per ristrutturazioni e fitti di locali; aumenti sui capitoli collegati al funzionamento della Presidenza quali rappresentanza, organizzazione di incontri e servizi resi da estranei nell’interesse dell’Ufficio di Presidenza e del Consiglio ed arrotondamenti più o meno consistenti su tutte le altre spese considerate.

Nella **VI^a categoria “Trasferimenti”** le variazioni interessano negativamente il capitolo relativo al rimborso delle spese legali e positivamente il capitolo degli interventi umanitari che con recente delibera dell’Ufficio di Presidenza ha trovato una più completa regolamentazione.

Nell’**VIII^a categoria “Poste correttive e compensative delle entrate”** la revisione al rimborso prevista dal capitolo 804 “Restituzioni e

rimborsi” si è resa necessaria per un più corretto accertamento del possibile verificarsi della condizione prevista.

La rettifica in aumento di altri capitoli quali la spesa per percorso autostradale e per l'applicazione di norme a sfondo previdenziale che interessano i Consiglieri aggiorna ai dati disponibili le necessità presunte.

Nel settore dei fondi speciali l'evoluzione non solo storica, ma contabile del fondo di garanzia è già stata segnalata in precedenza. L'iscrizione del capitolo solo nella voce residui sta a significare che le assegnazioni contabilizzate nei vari bilanci concludono l'iter per la realizzazione della garanzia a tutela del Consiglio regionale nella corresponsione delle spettanze agli ex consiglieri regionali.

Altri capitoli della categoria contabilizzano le risorse da destinare alla gestione che a titolo diverso intervengono a garantire nei confronti dei consiglieri regionali la completa applicazione del disposto legislativo.

Per ultimo va menzionato il capitolo 1700 *“Acquisto e rinnovo di mobili, macchine per scrivere e per calcolo, macchine speciali, attrezzature tecniche, opere d'arte, materiali vari, suppellettili e mezzi di trasporto”* che registra per il 2002 una flessione del fabbisogno, ma rileva un considerevole residuo legato ad impegni già assunti nel corrente esercizio e riferiti alla complessa operazione di trasferimento della sede di Bolzano.

Il documento presenta una gestione di competenza che pareggia su **31.188.145,00 Euro** con l'utilizzo dell'avanzo per **1.830.985,00 Euro**. La gestione di cassa giunge a pareggio su **53.794.555,00 Euro** ed impegna il fondo cassa per **3.550.721,00 Euro**.

Regolamento organico del personale del Consiglio regionale

Nel bilancio di previsione 2002 del Consiglio regionale sono state previste le necessarie risorse finanziarie per dare applicazione al contratto collettivo del personale del Consiglio regionale, firmato in data 13 novembre 2001. Contemporaneamente si è ritenuto opportuno proporre una revisione dell'attuale regolamento organico del personale sulla base delle seguenti considerazioni:

- a) A seguito della revisione avvenuta con legge costituzionale n. 2/2001 dello Statuto di autonomia, l'Ufficio di Presidenza del Consiglio regionale è stato ampliato ad un secondo Vicepresidente, cui dovranno essere messi a disposizione i particolari servizi di cui già dispongono il Presidente e il Vicepresidente del Consiglio regionale.
- b) Al fine di recepire i principi della Legge del 23.10.1992, n. 421, la legge regionale n. 3/2000 ha introdotto sensibili innovazioni nell'ambito della gestione del personale, che saranno ora introdotte e applicate gradualmente.
- c) Il contratto collettivo contiene una parte normativa, che esplica sostanzialmente i suoi effetti sulle norme ordinamentali in materia di gestione del personale e che dovrà essere coordinata con queste.

Alla luce di questa situazione, l'Ufficio di Presidenza ha elaborato la presente proposta di modifica al regolamento organico del personale (allegato A) e l'ha sottoposta nel corso della contrattazione sindacale all'attenzione della rappresentanza sindacale e del personale.

In tale sede si è tenuto conto dei seguenti orientamenti:

- a) miglioramento dell'efficienza delle strutture organizzative del Consiglio regionale
- b) razionalizzazione delle risorse esistenti
- c) adeguamento alle esigenze organizzative
- d) miglioramento e garanzia di alcuni servizi in applicazione delle suddette norme legislative.

Nel corso delle consultazioni inerenti il contratto collettivo, le delegazioni della Presidenza e del personale hanno preso a riferimento - analogamente a quanto avvenuto 4 anni fa - l'accordo sindacale del personale della Regione del 24.7.2001, seguendo il principio di recepimento del suddetto accordo sindacale e di revisione di quelle norme che garantiscono l'autonomia organizzativa e funzionale del Consiglio regionale.

La disciplina contenuta nel regolamento organico del personale viene economizzata: si propone dunque lo stralcio di 9 dei 25 articoli dell'attuale ordinamento organico del personale di cui al testo coordinato, approvato con decreto del Presidente del Consiglio regionale n. 214 del 23.12.1999, visto che le relative norme non sono più applicabili o sono da considerare superate a seguito delle summenzionate disposizioni legislative ovvero del recente contratto collettivo.

Nel dettaglio il regolamento organico si articolerà, sulla base dell'allegata proposta, come segue: rimane invariato il principio di cui all'art. 1 del regolamento organico, in base al quale le norme di legge e gli accordi sindacali per i dipendenti regionali sono applicati anche al personale del Consiglio regionale, così come rimangono invariati gli art. 3 e 15. Gli articoli 4, 7, 9, 10, 11, 12, 22, 24 e 25 vengono stralciati. Gli articoli 2, 5, 6, 7, 8, 13, 16, 17, 18, 20, 21 e 23 sono riproposti con delle modifiche per economizzare la disciplina o per motivi di chiarezza, lasciando fondamentalmente intatta la norma.

Si è voluta dare, con tale proposta, una nuova formulazione all'art. 14 che fissa il tetto massimo dei dipendenti del Consiglio regionale nel ruolo unico del personale, la suddivisione dei contingenti in osservanza della quota proporzionale riservata ad ognuno dei gruppi linguistici presenti in Consiglio regionale nonché la definizione della procedura per individuare i profili professionali e determinare i relativi contingenti organici, in collaborazione con le Organizzazioni sindacali.

Infine si propongono due norme ordinamentali attraverso l'introduzione dell'art. 17 bis e dell'art. 21 bis: il primo fissa norme che sono già presenti nell'attuale ordinamento degli uffici del Consiglio regionale, mentre il secondo (l'art. 21bis) disciplina gli incarichi di consulenza per attività di informazione, stampa e relazioni pubbliche, che d'ora in poi saranno regolati nel dettaglio, mentre prima tali incarichi venivano conferiti sulla base dell'art. 21.

Confido nell'approvazione della proposta di delibera.

IL PRESIDENTE

Art. 1

1. Die Feststellung, Vereinnahmung und Einzahlung in die Kasse des Regionalrats der für das Finanzjahr 2002 gemäß der im beiliegenden Einnahmenvoranschlag vorgesehenen Beträge und Erträge wird ermächtigt.

Art. 1

1. Sono autorizzati l'accertamento, la riscossione e il versamento nella cassa del Consiglio regionale delle somme e dei proventi devoluti per l'esercizio finanziario 2002, giusto l'annesso stato di previsione dell'Entrata.

Art. 2

1. Der allgemeine Ausgabengesamtbetrag des Regionalrats für das Finanzjahr 2002 betreffend die Kompetenzgebarung in Höhe von **31.188.145,00 Euro** und die Kassagebarung in Höhe von **53.794.555,00 Euro** wird genehmigt.

Art. 2

1. E' approvato in **Euro 31.188.145,00** in termini di competenza ed in **Euro 53.794.555,00** in termini di cassa il totale generale della Spesa del Consiglio regionale per l'anno finanziario 2002.

Art. 3

1. Die Bereitstellung und die Bezahlung der Ausgaben für das Finanzjahr 2002 werden entsprechend dem beiliegenden Ausgabenvoranschlag bewilligt.

Art. 3

1. E' autorizzato l'impegno e il pagamento delle spese per l'esercizio finanziario 2002, in conformità all'annesso stato di previsione della Spesa.

Art. 4

1. Mit Dekreten des Präsidenten des Regionalrats werden nach vorherigem Beschluss des Präsidiums eigens vorgesehene zusätzliche Kapitel für jene Einnahmen und Ausgaben eingeführt, die auf Konto Rückstände vorgenommen werden und für die es im Haushalt kein entsprechendes Kapitel gibt. Mit denselben Dekreten wird die Ermächtigung zu Kassageschäften vorgesehen.

2. Mit Dekreten des Präsidenten des Regionalrates wird nach vorherigem Beschluss des Präsidiums der Kassastand der Kapitel für Pflichtausgaben ergänzt, und zwar mit Beschränkung auf die höheren Rückstände 2001, die sich im Vergleich zu den im Voranschlag 2002 eingeschriebenen ergeben. Diese Dekrete werden der allgemeinen Rechnungslegung beigelegt.

Art. 4

1. Con decreti del P.C.R., previa delibera dell'Ufficio di Presidenza, viene provveduto all'istituzione di appositi capitoli aggiunti per le entrate e per le spese da effettuare in conto residui e per le quali non esistano in bilancio i capitoli corrispondenti. Con gli stessi decreti è prevista l'autorizzazione di cassa.

2. Con decreti del P.C.R. previa delibera dell'Ufficio di Presidenza, sono integrate le dotazioni di cassa dei capitoli relativi a spese di carattere obbligatorio, limitatamente ai maggiori residui risultanti alla chiusura dell'esercizio finanziario 2001 rispetto a quelli presuntivamente iscritti in preventivo 2002. Tali decreti saranno allegati al rendiconto generale.

Art. 5

1. Die allgemeine zusammenfassende Übersicht über den Haushalt des Regionalrats für das Finanzjahr 2002 wird, was die Kompetenz und die Kassa betrifft, mit den beiliegenden Tabellen genehmigt.

Art. 5

1. E' approvato, in termini di competenza e di cassa, il quadro generale riassuntivo del bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2002 con le tabelle allegate.

Art. 6

1. Die Änderungen betreffend den koordinierten Text der Personaldienstordnung des Regionalrats gemäß Dekret des Präsidenten des Regionalrats Nr. 214/1999, die in der Anlage A) zu diesem Beschluss angeführt sind, werden genehmigt; das Präsidium ist beauftragt, einen koordinierten Text über die Personaldienstordnung zu erstellen.

Art. 6

1. Sono approvate le modifiche inerenti il testo coordinato del regolamento organico per il personale del Consiglio regionale di cui al D.P.C.R. n. 214/1999 riportate all'allegato A) della presente delibera; l'Ufficio di Presidenza è incaricato a predisporre un testo unificato relativo al regolamento organico per il personale del Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Sind Wortmeldungen zum Haushalt des Regionalrates?

Der Abg. Taverna hat das Wort.

TAVERNA: Grazie, signor Presidente. Un brevissimo intervento si impone, da parte mia, per esprimere un voto positivo al bilancio del Consiglio, anche perché la mia parte politica e l'opposizione è rappresentata dal collega Minniti, nei confronti del quale rinnoviamo la nostra fiducia e la nostra stima. Voi vi sarete sicuramente accorti che, al di là delle cifre del bilancio, signor

Presidente, vi è anche un allegato che riguarda la rivisitazione del regolamento organico del personale, sul quale avrei anche delle osservazioni da fare, se questa discussione si fosse verificata in un diverso clima.

Signor Presidente del Consiglio, colleghi, vi voglio anche far notare che, a fronte della proposta Molinari di rinviare la discussione della delibera del bilancio del Consiglio, in occasione dell'esercizio provvisorio, avrei potuto volentieri, come ho fatto, votare a favore di questa proposta. Ciò nonostante per dimostrare che, qualora ci siano le condizioni, anche l'opposizione garantisce il buon funzionamento delle istituzioni e, signor Presidente, non come titolo di merito, ma come sottolineatura di un fatto che il sottoscritto, come altri colleghi dell'opposizione, si sono fermati e garantiscono con la loro presenza il numero legale e quindi anche i numeri per l'approvazione del bilancio del Consiglio regionale.

Questo mi premeva dirlo, perché non soltanto fosse testimonianza del mio sentire, ma perché questo fosse riservato agli atti del Consiglio come prova di responsabilità che in questo momento, pur in questa grande difficoltà, abbiamo voluto dimostrare.

PRÄSIDENT: Grazie, cons. Taverna. Lo riconosco e ringrazio.
Cons. Valduga, ne ha facoltà.

VALDUGA: Presidente, non avevo difficoltà ad accedere alla proposta Molinari per discutere il bilancio del Consiglio, nella seduta che si terrà entro il 31 dicembre, però il fatto che il Presidente e l'assemblea abbiano deciso di continuare e proseguire con la trattazione del bilancio del Consiglio, mi trova responsabilmente presente in aula a garantire il numero legale, che non ci sarebbe se le opposizioni abbandonassero l'aula, mi trova responsabilmente a dare al Consiglio, entro i termini previsti e nelle modalità previste, il bilancio, cosa che invece non succede per la Giunta, che dimostra di essere un corpo separato e incapace di operare.

Siamo qui a dare la presenza al Consiglio regionale, pur nell'amarezza della bocciatura dell'emendamento Morandini all'ordine del giorno, presentato dal cons. Taverna, che era un emendamento che in sostanza voleva ricondurre gli atti amministrativi ad avere motivazioni in via di fatto e in via di diritto, che penso rientri nella richiesta ope legis e che invece questa maggioranza ha voluto cassare, non si sa se per ignoranza o invece per mantenersi libera e non vincolata da una disposizione quale quella prevista dall'emendamento Morandini, per continuare anche nel futuro a comportarsi come si è comportata nel passato.

Mi auguro che la mia preoccupazione non si realizzi, perché sono anche convinto che dopo queste vicende i partiti, in uno scatto di orgoglio e di dignità, cacceranno via alcuni di questa Giunta, perché si sono dimostrati assolutamente incapaci e non ce li proporranno più, spero. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, ich weiß Ihre Anwesenheit zu schätzen, auch von den Bänken der Opposition. Ich bedanke mich herzlich dafür.

Der Abg. Morandini hat das Wort.

MORANDINI: Solo per dire il mio voto positivo e per rappresentarle, come membro dell'Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale di Trento, le congratulazioni per come ha stilato questo bilancio e quindi responsabilmente restiamo in aula, garantendo anche il numero legale e confrontandoci e votando favorevolmente questo bilancio. Grazie.

PRÄSIDENT: Ich danke Ihnen herzlich. Somit sind keine weiteren Wortmeldungen mehr. Somit kommen wir zur Abstimmung. Es ist eine einfache Abstimmung durch Handaufheben. Wer ist für den Haushalt des Regionalrates? Wer ist dagegen? Enthaltungen?

Damit ist der Haushalt des Regionalrates angenommen. Geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich herzlich bedanken, dass Sie bis jetzt geblieben sind. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Opposition. Das ist ein Zeichen ihrer Bereitschaft zur demokratischen Mitarbeit. Wenn es einige andere Zwickigkeiten gegeben hat, das gehört zum normalen demokratischen Spiel. Es ist Sache des Ausschusses, einen abstimmungsfähigen Haushalt vorzulegen. Der Regionalrat hatte es getan. Ich bedanke mich für Ihre Mitarbeit und wünsche Ihnen frohe Weihnachten und ein glückliches Neues Jahr. Leider müssen wir die Kommission und den Regionalrat nochmals einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 19.12)

INDICE

DISEGNO DI LEGGE N. 47:

Bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 2002 e Bilancio triennale 2002-2004 (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 1

PROPOSTA DI DELIBERA N. 25:

Bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2002, comprendente altresì modifiche al Regolamento organico del personale (presentato dall'Ufficio di Presidenza, su proposta del Presidente del Consiglio regionale)

pag. 70

INHALTSANGABE

GESETZENTWURF NR. 47:

Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 2002 und dreijähriger Haushalt 2002 – 2004 (eingebracht vom Regionalausschuss)

Seite 1

BESCHLUSSFASSUNGSVORSCHLAG NR. 25:

Haushaltsvoranschlag des Regionalrats für das Finanzjahr 2002, welcher außerdem Änderungen zur Personaldienstordnung enthält (eingebracht vom Präsidium auf Vorschlag des Präsidenten des Regionalrats)

Seite 70

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

PÖDER Andreas (UNION FÜR SÜDTIROL)	pag.	2
TAVERNA Claudio (ALLEANZA NAZIONALE)	"	3-4-54-58-64-80
DIVINA Sergio (LEGA NORD TRENTINO - PADANIA)	"	3-25-32-53-60-63-68-70
SEPPI Donato (GRUPPO MISTO UNITALIA - MOVIMENTO SOCIALE - FIAMMA TRICOLORE)	"	4-5-7-8-60
VALDUGA Guglielmo (IL CENTRO)	"	5-58-64-67-70-81
GIOVANAZZI Nerio (IL CENTRO)	"	6-16
BOSO Erminio Enzo (LEGA NORD TRENTINO - PADANIA)	"	14-36-56
MOSCONI Flavio (FORZA ITALIA)	"	15
URZÍ Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	38-51-54-60
CONCI-VICINI Paola (UNIONE AUTONOMISTA POPOLARE)	"	43
FONTANA Gino (CIVICA - MARGHERITA)	"	47
DENICOLO' Herbert Georg (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	"	49-50-64-65
GRANDI Tarcisio (CIVICA - MARGHERITA)	"	52-57-66
PEREGO Maurizio (FORZA ITALIA)	"	59-65
MOLINARI Claudio (CIVICA - MARGHERITA)	"	62-69

MORANDINI Pino
(IL CENTRO)

" 63-82

LEITNER Pius
(LADINS - FREIHEITLICHEN)

" 67